Sen.

L E 34 Sep.

Gesetze, Verordnungen

und

Verfügungen,

die Kirchenvorstände und die Landes-synode im Fürstenthum Lippe betr.

1876—1884.

LANDES-BIBLIOTHEK DETMOLD

Detmold.
Gedruckt in F. Böger's Buchdruckerei.
1884.

LE 34

LE 34

Inhalts-Verzeichniss.

Seite

Verordnung, die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger und die Classenversammlungen der reformierten Kirchengemeinden des Landes betr., vom 18. Febr. 1876 1

Instruction für die Kirchenvorstände der reformierten Gemeinen des Landes zur Ausführung der Verordnung die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger und die Klassenversammlungen der reformierten Kirchengemeinen des Landes betr., vom 18. Febr. 1876 14

Circular-Verfügung an die Pastoren und Kirchendiener des Landes, die Nachweisungen über Ausfälle von Accidenzien betr., vom 22. Mai 1876 16

Verordnung, die Einführung einer Landessynode betr., vom 12. September 1877 19

Gesetz, die Bildung und Verwaltung eines allgemeinen Kirchenvermögens für die evangelische Kirche des Landes, die Veranlagung von Kirchensteuern und die Stellung der Kirche dem Staate gegenüber betr., vom 12. September 1877 26

Gesetz, die den Geistlichen und Kirchendienern aus Anlaß der Einführung der bürgerlichen Standesregister und der bürgerlichen Form der Eheschließung zu gewährende Entschädigung betr., vom 12. Sept. 1877 30

Geschäftsordnung für die lippische Landessynode . . 31

Geschäftsordnung für die Classenversammlungen . . 41

Bericht des Synodalvorstandes über das Ergebniß der Berathungen der ersten Landessynode im Jahr 1878 vom $\frac{29. \text{ Juli}}{10. \text{ Aug.}}$ 1878 47

Verordnung, die Abänderung der §§ 7, 8, 9, 12, 14, 15 und 17 wegen der Kirchenvorstände ꝛc. vom 18. Febr. 1876 betr., vom 29. August 1878 . . . 66

Seite

Verordnung, die Emeritirung der reformierten Pastoren des Landes betr., vom 29. August 1878 . . . 70

Verordnung, die Pension der Witwen und Waisen der reformierten Pastoren des Landes betr., vom 29. Aug. 1878 73

Verordnung, die Gehaltsverbesserung der reformierten Pastoren des Landes betr., vom 29. Aug. 1878 . 75

Circular-Verfügung an die Pastoren und Kirchendiener des Landes, Berechnung über Ausfälle an Einnahme von Accidenzien betr, vom 28. Octbr. 1878 . . 77

Circular-Verfügung an die Pastoren und Schullehrer des Landes, das Verfahren bei Uebergabe der Pfarr- und Schulstellen betr., vom 28. October 1878 . 78

Circular-Verfügung an die Pastoren des Landes, Trauung bei s. g. lustigen Hochzeiten in der Passionszeit betr., vom 28. Octbr. 1878 78

Circular-Verfügung an die reformierten Kirchenvorstände des Landes, die Abänderung einiger Paragraphen der Verordnung vom 18. Febr. 1876, die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger 2c. betr., vom 28. Octbr. 1878 79

Circular-Verfügung an die reformierten Pastoren des Landes, Aufstellung der Anschläge über das Diensteinkommen ihrer Pfarrstellen betr., vom 9. Juni 1879 81

Verfügung auf den Bericht über das Ergebniß der Berathungen der ersten Landessynode im Jahre 1878, vom 9. Juni 1879 82

Circular-Verfügung an die Kirchenvorstände des Landes, die Revision der Kirchen- und Armenrechnungen durch die Verwaltungsbehörden betr., vom 26. Januar 1880 89

Gesetz, die Aufhebung der Bestimmungen wegen Theilnahme der politischen Gemeinden an der Berathung und Beschlußnahme der kirchlichen Gemeinden über die vorhandenen Kirchenfonds und über Kirchenbauten betr., vom 2. April 1880 90

Circular-Verfügung an die Pastoren des Landes, die

Seite

Quittungen über Gehaltsbezüge aus der Synodalkasse betr., vom 30. Mai 1881 92

Circular-Verfügung an die reformierten Pastoren des Landes, Normen für die Anschläge über das Diensteinkommen der Pfarrstellen betr., vom 30. Mai 1881 93

Bericht des Synodal-Vorstandes über das Ergebniß der Berathungen der zweiten Landessynode im Jahre 1882 vom 26. Juli 1882 97

Verordnung, den Termin für den Amtsantritt der Kirchenvorsteher und Stellvertreter wie der Klassensuperintendenten betr., vom 19. Octbr. 1882 . . 131

Verordnung, die Abänderung des § 17 wegen der Kirchenvorstände ꝛc. vom 18. Febr. 1876 betr., vom 19. Octbr. 1882 132

Verordnung, den Beitritt der lutherischen Gemeinden des Landes zur Landessynode betr., vom 19. Octbr. 1882 134

Circular-Verfügung an die Pastoren des Landes, Beerdigungen auf communalen Todtenhöfen betr., vom 6. Nov. 1882 138

Circular-Verfügung an die Kirchenvorstände der reformierten Gemeinen des Landes, die Abänderung des § 17 der Verordnung wegen der Kirchenvorstände ꝛc. betr., vom 18. Febr. 1876, vom 6. Nov. 1882 139

Verordnung, die Abänderung des § 6 der Verordnung wegen der Emeritirung der reformierten Pastoren des Landes vom 29. Aug. 1878 betr., vom 16. Nov. 1882 140

Circular-Verfügung an die reformierten Pastoren des Landes, die neue Agende betr., vom 10. Sept. 1883 141

Circular-Verfügung an die reformierten Kirchenvorstände des Landes, die neue Ausgabe des Gesangbuches betr., vom 15. Octbr. 1883 142

Circular-Verfügung an die Kirchenvorstände der refor-

Seite

mierten Gemeinen des Landes, die Formulare für Beerdigungen betr., vom 10. Decbr. 1883 . . . 147

Verfügung auf die Berichte über das Ergebniß der Berathungen der zweiten Landessynode im Jahre 1882, vom 18. Febr. 1884 148

Verordnung,

die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger und die Classenversammlungen der reformierten Kirchengemeinden des Landes betr., vom 18. Febr. 1876.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen, um die einzelnen Gemeinden an der Sorge für ihre Angelegenheiten in höherem Maße als bisher selbst theilnehmen zu lassen und auf diesem Wege das kirchliche Leben auch im Allgemeinen zu wecken und zu fördern, in Bezug auf die Wahl und den Wirkungskreis der Kirchenvorstände in weiterer Ausführung bzw. unter Abänderung der im Kap. XI. XIX. XX. der Kirchenordnung von 1684 hinsichtlich der Kirchenältesten und Kirchen- und Armendechen, ferner in Kap. III. hinsichtlich der Berufung der Prediger und in Cap. XXV. hinsichtlich der Classen- und General-Convente der Prediger enthaltenen Bestimmungen hiermit nach den Vorschlägen Unseres Consistoriums und nach Begutachtung derselben durch Classenversammlungen der Kirchenvorstände, vorbehältlich einer weiteren Verordnung wegen Einführung einer Landessynode, wie folgt:

§. 1.

Der Vorstand einer kirchlichen Gemeinde besteht künftig aus dem Prediger derselben oder dessen Vertreter als ständigem Mitgliede und aus den seitens der Gemeinde gewählten Kirchenvorstehern.

Wo mehrere Prediger einer Gemeinde vorstehn, sind diese sämmtlich ständige Mitglieder des Kirchenvorstandes.

Gehülfsprediger sind Mitglieder des Kirchenvorstandes, jedoch nur dann stimmberechtigt, wenn sie zugleich den Prediger vertreten.

§. 2.

Die Zahl der Kirchenvorsteher in der einzelnen Gemeinde richtet sich bei der ersten Wahl nach der Gesammtzahl der bisherigen Kirchenältesten, Kirchen- und Armendechen.

Die endgültige Feststellung der obigen Zahl bleibt für die einzelnen Gemeinden mit Berücksichtigung von deren Seelenzahl statutarischer Bestimmung unter Genehmigung des Consistoriums vorbehalten.

§. 3.

Außer den Kirchenvorstehern selbst wird eine gleiche Zahl von Stellvertretern für dieselben gewählt.

§. 4.

Stimmberechtigt zur Wahl der Kirchenvorsteher und Stellvertreter ist jedes männliche selbstständige über 25 Jahr alte Mitglied der Gemeinde, welches bereits ein Jahr in derselben wohnt, zu den kirchlichen

Gemeindelasten, wo es erforderlich ist, beiträgt, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet und sich zum Eintritt in die wahlberechtigte Gemeinde ordnungsmäßig angemeldet hat.

Diese Anmeldung kann zu jeder Zeit erfolgen und bedarf es ferner keiner Wiederholung derselben für die einzelnen Wahlen.

§. 5.

Wählbar zum Amte eines Kirchenvorstehers oder Stellvertreters ist jedes stimmberechtigte Gemeindeglied (§. 4), welches das 30ste Lebensjahr vollendet hat, durch seine Theilnahme am Gottesdienste und am heiligen Abendmahle seinen kirchlichen Sinn bezeugt und einen christlichen Lebenswandel führt.

§. 6.

Zum Zweck der Wahl werden vom Kirchenvorstande, bei der ersten Wahl nach Einführung dieser Verordnung von dem bisherigen, nach den Bestimmungen der §§. 4. 5. Verzeichnisse der wahlberechtigten und wählbaren Gemeindeglieder aufgestellt und 14 Tage lang in einem geeigneten Locale nach zuvoriger Bekanntmachung darüber von der Kanzel zur Einsicht für die Gemeinde ausgelegt. Ueber Einwendungen gegen die aufgestellten Verzeichnisse entscheidet nach Anhörung des Kirchenvorstandes der Classen-Superintendent vorbehältlich der Berufung an das Consistorium.

§. 7.

Die Wahl erfolgt in der Kirche oder Schule in einem dafür zu bestimmenden Termine, nach vorgän-

giger zweimaliger Bekanntmachung desselben von der Kanzel und damit zu verbindender Hinweisung auf die Obliegenheiten und deshalb erforderlichen Eigenschaften eines Kirchenvorstehers, unter Leitung des Kirchenvorstandes vermittelst persönlich zu überreichender Wahlzettel, worauf jeder Wähler so viel Namen von wählbaren Gemeindegliedern zu setzen hat, als Kirchenvorsteher und Stellvertreter zu wählen sind.

Als gewählt gelten diejenigen, welche relativ die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet das Loos.

Ueber die Vertheilung der Stimmen nach der Reihenfolge von der Mehrzahl zur Minderzahl ist ein Protocoll aufzunehmen, von mindestens zwei Mitgliedern des Kirchenvorstandes zu unterschreiben und eine Abschrift davon durch den Superintendenten der Classe an das Consistorium einzusenden.

§. 8.

Fällt die Wahl auf eine nach der Ansicht des Kirchenvorstandes nicht wählbare Person, so ist darüber bei Einsendung des Wahlprotocolls zugleich an das Consistorium behuf der Entscheidung zu berichten. Wird eine solche Wahl nicht bestätigt, so tritt Derjenige hinzu, welcher nächst den andern Gewählten die meisten Stimmen erhalten hat.

§. 9.

Die Uebernahme des Amts eines Kirchenvorstehers oder Stellvertreters kann abgelehnt werden:

1., von Denjenigen, welche innerhalb der letzten sechs Jahre vorher ein solches Amt bekleidet haben,

2., bei einem Lebensalter von sechszig Jahren oder darüber,

3., wegen anderer erheblicher Entschuldigungsgründe, worüber der Kirchenvorstand vorbehältlich der Berufung an das Consistorium entscheidet.

Wer ohne solchen Grund sich weigert, das Amt eines Kirchenvorstehers oder Stellvertreters anzunehmen, verliert für die nächste Wahl sein Stimmrecht.

Für einen ablehnenden Gewählten tritt, falls es ein Kirchenvorsteher ist, der nächste Stellvertreter, für einen ausfallenden Stellvertreter ein neuer nach der Zahl der Stimmen (§. 7) ein.

§ 10.

Das Ergebniß der Wahl wird nach Feststellung desselben an einem der nächstfolgenden Sonntage der Gemeinde von der Kanzel bekannt gemacht. Etwaige Einreden dagegen sind zunächst bei dem Kirchenvorstande dann bei dem Classen-Superintendenten und zuletzt nöthigenfalls beim Consistorio anzubringen.

Die Einführung und Verpflichtung der erwählten Kirchenvorsteher erfolgt an einem der nächsten Sonntage am Schlusse des Vormittagsgottesdienstes durch den Prediger.

§. 11.

Das Amt der Kirchenvorsteher und Stellvertreter wird auf 6 Jahre übernommen. Je nach 3 Jahren scheidet die Hälfte derselben aus und wird neu gewählt. Diese Hälfte wird das erstemal nach Einführung dieser Verordnung durch das

Loos bestimmt. Nachher tritt immer diejenige Hälfte aus, welche 6 Jahre vorher gewählt worden ist.

Die Austretenden können wieder gewählt werden.

§. 12.

Scheiden während der Dauer des Amts Kirchenvorsteher oder Stellvertreter aus, so findet die Ergänzung des Kirchenvorstandes aus den derselben Wahl mit den Ausscheidenden angehörigen Gewählten nach den nämlichen Bestimmungen statt, wie nach §. 9 im Fall der Ablehnung einer Wahl.

§. 13.

Die Entlassung eines Kirchenvorstehers oder Stellvertreters während der Dauer seines Amts erfolgt, wenn er eine der zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften (§. 5) verliert oder sein Amt beharrlich vernachlässigt, und zwar durch einen Beschluß des Consistoriums auf desfalsigen Bericht des Kirchenvorstandes, nöthigenfalls auch des Classen-Superintendenten und nach vorgängiger Vernehmlassung des Betheiligten.

§. 14.

Dem Kirchenvorstande liegt im Allgemeinen die Sorge für das religiöse und sittliche Wohl der kirchlichen Gemeinde sowie für die äußern Angelegenheiten derselben ob.

Insbesondere gehört aber zu dem Wirkungskreise des Kirchenvorstandes

1. Belebung des christlichen Sinnes und Erhaltung von Zucht und Sitte in der Gemeinde, sowohl durch eigenes Vorbild als

durch besonnene Anwendung aller dazu geeigneten und statthaften Mittel,

2. Aufsicht über die würdige Feier der Sonn- und Festtage, sowie Aufrechthaltung und Beförderung der äußern Ordnung beim Gottesdienste,
3. Aufsicht über die kirchlichen Gebäude und das kirchliche Inventar desgl. über die Todtenhöfe,
4. Die Verwaltung und nächste Beaufsichtigung des Kirchenvermögens und der kirchlichen Armenfonds nach Maßgabe der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen so wie der in den einzelnen Gemeinden bestehenden und weiter statutarisch unter Bestätigung des Consistoriums zu treffenden Einrichtungen,
5. Die Prüfung und Abnahme der Kirchen- und Armenrechnungen und deren Einsendung an den Classen-Superintendenten,
6. Die Vertretung der Kirche nach Außen, vorbehältlich der Genehmigung des Consistoriums beim Beginn von Rechtsstreitigkeiten,
7. Die Aufstellung und Fortführung der Verzeichnisse der wahlberechtigten und wählbaren Gemeindeglieder. (§. 6.)

§. 15.

Dem Kirchenvorstande gemeinschaftlich mit den Stellvertretern der Kirchenvorsteher steht ferner zu:

1. Bei neuer Besetzung der Pfarrstelle die

Wahl unter den vom Consistorio vorgeschlagenen Bewerbern,

2. Die Wahl des zu den jährlichen Classenversammlungen (§. 24) außer dem Prediger abzusendenden Mitgliedes unter den Kirchenvorstehern oder Stellvertretern,
3. Die Wahl der Rechnungsführer über das Kirchenvermögen und die Armenfonds (Kirchen- und Armendechen) aus der Mitte der Kirchenvorsteher,
4. Die Veranlagung von kirchlichen Steuern nach Maßgabe der bestehenden und noch weiter zu erlassenden Verordnungen.

§. 16.

So weit nach gesetzlicher Vorschrift die weltlichen Behörden bisher an der Verwaltung des Kirchenvermögens und der Armenmittel theilgenommen haben, verbleibt es bis auf Weiteres hierbei.

§. 17.

Der Kirchenvorstand versammelt sich zur Erledigung seiner Geschäfte regelmäßig alle Vierteljahre. Daneben können nöthigenfalls außerordentliche Sitzungen stattfinden.

Die Sitzungen werden mit Gebet eröffnet.

Den Vorsitz führt der Prediger; bei mehreren Predigern findet ein jährlicher Wechsel hierin statt. Die Protocollführung übernimmt wo thunlich ein anderes Mitglied.

Die Versammlung ist beschlußfähig, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes anwesend sind.

Derselbe faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse ist jedesmal ein Protocoll in ein dazu bestimmtes Buch aufzunehmen und von allen Anwesenden zu unterschreiben.

§. 18.

Bei Verhandlungen über einen Gegenstand, bei welchem ein Mitglied des Kirchenvorstandes persönlich betheiligt ist, darf dasselbe nur auf ausdrücklichen Wunsch des Kirchenvorstandes anwesend sein.

§. 19.

Jedem Mitglied des Kirchenvorstandes wird Verschwiegenheit über den Gegenstand der Berathung und über das, was ihm im Amte anvertraut wird, zur besonderen Pflicht gemacht.

§. 20.

Ist eine Pfarrstelle erledigt, so findet hinsichtlich der Wiederbesetzung derselben mit Ausnahme der in §. 23 angegebenen Fälle das nachfolgende Verfahren statt.

Die Bewerbungen um Verleihung der erledigten Pfarrstelle sind bei dem Consistorium innerhalb der von demselben bestimmten und bekannt gemachten Frist anzubringen. Dasselbe bezeichnet hiernach möglichst bald, und wenn die Pfarrstelle durch Sterbefall erledigt ist, innerhalb sechs Monaten nach Erledigung der Stelle unter Zuziehung des Synodalvorstandes und mit Landesherrlicher Genehmigung dem Kirchenvorstande drei der Bewerber zur Wahl.

Sind nur zwei oder drei Bewerber aufgetreten, so werden diese dem Kirchenvorstande zur Wahl vorgeschlagen.

Dem Kirchenvorstande bleibt es überlassen, die Bezeichneten, wenn sie angestellte Pastoren sind, am Orte ihrer bisherigen Anstellung predigen zu hören, falls sie Vicare, Hülfsprediger oder Candidaten sind, zu einer Predigt vor der Gemeinde aufzufordern.

Ist kein oder nur ein Bewerber vorhanden, so wird die Pfarrstelle ohne das vorbezeichnete Verfahren von dem Landesherrn besetzt.

Die Wahl unter den vorgeschlagenen Bewerbern erfolgt unter Leitung des Classen-Superintendenten in einer mindestens 8 Tage vorher von der Kanzel bekannt zu machenden Versammlung des Kirchenvorstandes und der Stellvertreter, wozu sämmtliche Mitglieder wenigstens 3 Tage vor dem Wahltermine noch besonders eingeladen werden.

Zur Wahl, welche in der Kirche stattfindet und mit der eine angemessene gottesdienstliche Feier verbunden wird, kann nur dann geschritten werden, wenn drei Viertheile der Wähler anwesend sind.

Die Wahl des Predigers erfordert bei der ersten Abstimmung eine Stimmenmehrheit von zwei Dritttheilen der anwesenden Wähler.

Ergiebt sich eine solche Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht, so werden diejenigen beiden Bewerber, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl gebracht und entscheidet alsdann die einfache Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit das Loos.

Von Seiten der Glieder der Gemeinde kann gegen den so Gewählten nur dann Einsprache erhoben wer-

den, wenn Erhebliches und Begründetes gegen die Lehre, den Wandel oder die Begabung desselben vorgebracht wird. Ueber solche Einsprachen entscheidet der Landesherr auf Grund eines von dem Consistorium unter Zuziehung des Synodalvorstandes erstatteten Gutachtens.

Bis zur Einführung einer Landessynode fällt die im Obigen vorgeschriebene Zuziehung des Synodal-Vorstandes fort.

§. 21.

Das Sammeln von Stimmen ist den Bewerbern um eine erledigte Pfarrstelle bei Strafe der Nichtigkeit der Wahl untersagt.

§. 22.

Nach ordnungsmäßig vollzogener Wahl und nach Einsendung des darüber aufgenommenen, von dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern des Wahlcollegiums zu unterschreibenden Protocolls an das Consistorium erfolgt die landesherrliche Bestätigung und die Berufung des Gewählten.

§. 23.

Die Besetzung der ersten Predigerstelle zu Detmold und der damit verbundenen Generalsuperintendentur bleibt dem Landesherrn ohne Betheiligung der Gemeinde vorbehalten. Hinsichtlich der Besetzung der Pfarrstellen zu Salzuflen, Cappel und Donop verbleibt es bis auf Weiteres bei den bisherigen Einrichtungen.

Die Anstellung von Pfarrvicaren erfolgt lediglich vom Consistorio mit landesherrlicher Genehmigung. Die Annahme eines Hülfspredigers zunächst aus der

Zahl der Landescandidaten bleibt den Predigern vorbehältlich der Bestätigung durch das Consistorium überlassen.

§. 24.

Zur Belebung des Interesses der Kirchenvorstände an den kirchlichen Angelegenheiten durch gemeinschaftliche Berathungen so wie zur vorläufigen Besprechung der auf der nächsten Landessynode zur Verhandlung kommenden Gegenstände finden alljährlich Classenversammlungen der Kirchenvorstände statt, wozu jede kirchliche Gemeinde (§. 15. Nr. 2) innerhalb der Classe ihren Prediger oder dessen Vertreter (§ 1) und ein Mitglied der Kirchenvorsteher oder Stellvertreter absendet. Wenn mehrere Prediger einer Gemeinde vorstehen, nehmen sie sämmtlich an den Classenversammlungen Theil und dann auch eine gleiche Anzahl von Kirchenvorstehern oder Stellvertretern. Die Mitglieder der Classenversammlungen erhalten 6 Mk. Tagegelder aus den betreffenden Kirchencassen, jedoch keine besondere Reisekosten.

Auch den nicht deputirten Kirchenvorstehern oder Stellvertretern steht es frei, den Verhandlungen beizuwohnen, ohne daß sie jedoch dadurch ein Stimmrecht erhalten. Die Einberufung der Versammlung, die Vorbereitung der zu besprechenden Gegenstände und die Leitung der Verhandlungen liegt dem Superintendenten der Classe ob. Die Classenversammlung wird mit Gebet eröffnet und geschlossen.

Wünsche und Anträge, welche die Billigung der Versammlung finden, sind mit kurzem Bericht über den Gang der Verhandlungen zur Kenntniß des Con-

fistoriums, nach Befinden auch unmittelbar an die Landessynode zu bringen.

Die Dauer der Classenversammlung beschränkt sich in der Regel auf einen Tag.

§. 25.

Der Superintendent einer Classe, ein Vertreter desselben und ein Schriftführer werden von der Classenversammlung aus der Zahl der in der Classe angestellten Prediger jedesmal auf sechs Jahre mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

Stirbt einer der Gewählten oder scheidet er in Folge von Versetzung aus der Classe, so wird von der nächsten Classenversammlung eine Neuwahl für die Dauer der Amtszeit des Ausgeschiedenen vorgenommen. Die getroffenen Wahlen sind dem Consistorio behuf Einholung der landesherrlichen Bestätigung anzuzeigen.

§. 26.

Die gegenwärtige Verordnung, durch welche alle derselben entgegenstehenden früheren kirchengesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden, tritt mit der Publikation in Kraft.

Mit der Ausführung derselben ist Unser Consistorium beauftragt.

Detmold, den 18. Februar 1876.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Instruction

für die Kirchenvorstände der reformierten Gemeinen des Landes zur Ausführung der Verordnung die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger und die Klassenversammlungen der reformierten Kirchengemeinden des Landes betreffend, vom 18. Februar 1876.

Zu der Verordnung die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger und die Klassenversammlungen der reformierten Kirchengemeinden des Landes betreffend, vom 18. Februar 1876 geben wir folgende Instruction:

1) Die bisherigen Kirchenvorstände bleiben bis zur Constituirung der von den stimmberechtigten Gemeinemitgliedern zu wählenden Kirchenvorstände in Wirksamkeit.

2) Es sind zunächst die Listen der nach § 4 zur Wahl der Kirchenvorsteher und Stellvertreter stimmberechtigten Mitglieder der Gemeine aufzustellen. Zu diesem Zwecke sind an zwei Sonntagen (7. und 14. Mai) die Gemeineglieder aufzuforden, daß sie sich bei dem Kirchenvorstande zum Eintritt in die wahlberechtigte Gemeine ordnungsmäßig anmelden. Nach Ablauf von 14 Tagen von der letzten Publication in der Kirche ab gerechnet ist mit der Aufstellung der Verzeichnisse der wahlberechtigten und wählbaren Gemeindeglieder zu beginnen, und sind die Verzeichnisse jedenfalls innerhalb weiterer 8 Tage aufzustellen und dann gemäß § 6 nach zuvoriger Bekanntmachung von der Kanzel 14 Tage lang in einem geeigneten Locale (ein Wirtshaus ist kein geeignetes Local) zur Einsicht für die Gemeine auszulegen. Erfolgen keine Einwendungen gegen die aufgestellten Verzeichnisse, so ist gemäß § 7 Termin zur Wahl der Kirchenvorsteher und Stellver-

treter anzusetzen und mit der Wahl zu verfahren. Erfolgen Einwendungen gegen die aufgestellten Verzeichnisse, so sind die, welche Einwendung erheben, anzuweisen, daß sie sich binnen 8 Tagen an den betreffenden Klassensuperintendenten wenden, widrigenfalls ihre Einwendung unberücksichtigt bleiben würde. Seitens des Kirchenvorstandes ist in diesem Falle alsbald an den betreffenden Klassensuperintendenten zu berichten, um von demselben zu erfahren, ob die erhobene Einwendung innerhalb der gestellten Frist bei ihm angebracht ist. Bis über die erhobene Einwendung in der einen oder anderen Weise entschieden ist, darf der Termin für die Wahl der Kirchenvorsteher und Stellvertreter nicht angesetzt werden.

3) Den Kirchenvorständen bleibt es überlassen, für die Neuwahl die zu wählenden Vorsteher und Stellvertreter auf die Gemeindistricte in bisheriger Art zu vertheilen und demgemäß die Wahl vornehmen zu lassen.

4) Zu Detmold, wo bisher schon zwei getrennte Kirchenvorstände bestanden, sind auch wieder getrennte Kirchenvorstände für die Stadt- und Landgemeinde zu wählen.

5) Die aufgestellten Verzeichnisse der wahlberechtigten und wählbaren Gemeineglieder sind aufzubewahren und gemäß § 4 weiter zu führen, damit sie bei einer späteren Wahl wieder benutzt werden können.

6) Wegen Berufung der Klassenversammlungen (§ 24) wird das Erforderliche später verfügt werden.

7) Die bisherigen Klassensuperintendenten bleiben bis zu den von den Klassenversammlungen nach § 25 demnächst vorzunehmenden Wahlen in Function.

Detmold, den 24. April 1876.

Fürstlich Lippisches Consistorium.

B. Meyer.

Circular-Verfügung

an die Pastoren und Kirchendiener des Landes, die Nachweisungen über Ausfälle von Accidenzien betr., vom 22. Mai 1876.

Zu der Verordnung, die den Geistlichen und Kirchendienern aus Anlaß der Einführung der bürgerlichen Standesregister und der bürgerlichen Form der Eheschließung zu gewährende Entschädigung betr. vom 20. Novbr. 1875 erlassen wir im Einverständnisse mit Fürstlicher Regierung folgende Instruction:

Die Pastoren, Cantoren und Küster haben die von ihnen aufgestellten Nachweisungen der erfolgten Ausfälle an Einnahmen durch Accidenzien nach Schluß des Jahres und zwar bis spätestens zum 20. Januar jährlich bei uns einzureichen. Diese Nachweisungen müssen enthalten:

1.) den Ausfall an Gebühren für kirchliches Aufgebot und für ertheilte Losscheine. Der Ausfall ist, soweit es thunlich, zu ermitteln und in die Nachweisung aufzunehmen. So fern der Ausfall im Einzelnen nicht nachgewiesen werden kann, ist er nach dem fünfjährigen Durchschnitte dieser Einnahme zu berechnen. Dabei wird ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Gebühren für Proclamation getrennt von den Copulationsgebühren verzeichnet werden.

2.) den Ausfall an Copulationsgebühren. Dieser Ausfall ist durch Vergleichung der Kirchenbücher mit den Standesregistern, deren Einsicht Geistlichen u. anderen Religionsdienern nach §. 11 der vom Bundesrathe erlassenen Ausführungsverordnung vom 22. Juni 1875

unentgeltlich gestattet werden muß, genau zu ermitteln und im Einzelnen anzugeben.

3.) den Ausfall an Taufgebühren. Es ist in dieser Beziehung ganz wie hinsichtlich des Ausfalles an Copulationsgebühren zu verfahren.

4.) den Ausfall an Leichengebühren. Auch hier ist ganz wie hinsichtlich des Ausfalles an Copulationsgebühren zu verfahren. Im Uebrigen wird hier zur Vermeidung von Irrthümern noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß eine Verpflichtung zur Anzeige eines Sterbefalles bei dem betreffenden Pastor behuf Eintragung in das Kirchenbuch bezw. zur Einholung der Erlaubniß zur Beerdigung der Leiche nur in dem Falle gesetzlich begründet ist, wenn der Begräbnißplatz, auf welchem die Leiche beerdigt werden soll, ein kirchlicher Todtenhof ist. Alsdann müssen auch die bisherigen Leichengebühren entrichtet werden, und zwar ohne Unterschied, ob eine Begleitung der Leiche Seitens des Pastors oder eine s. g. stille Leiche stattfindet. Soll die Leiche dagegen auf einem s. g. communalen Todtenhofe beerdigt werden, so ist eine Verpflichtung zur Anzeige des Sterbefalles bei dem Pastor gesetzlich nicht begründet, und sind also die bisherigen Leichengebühren nur in dem Falle zu erheben, wenn ein Sterbefall aus freien Willen desjenigen, welchem die Einholung der Erlaubniß zur Beerdigung obliegt, dem Pastor behuf Eintragung des Sterbefalles in das Kirchenbuch angezeigt wird. Von einigen Pastoren ist das Bedenken geäußert, daß ihnen,

wenn eine Verpflichtung zur Anzeige des Sterbefalles bei dem Pastor behuf Eintragung in das Kirchenbuch nicht ausnahmslos vorgeschrieben werde, Sterbefälle in ihrer Gemeine meistens unbekannt bleiben, und ihnen Gelegenheit zu seelensorgerischer Thätigkeit entgehen würde, falls die Beerdigung auf einem s. g. communalen Todtenhofe erfolge. Dieses Bedenken ist nicht begründet, denn Abs. 3 des § 60 der Instruction Fürstl. Regierung v. 20. Novbr. 1875 zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Febr. 1875 bestimmt: „Die Ortspolizeibehörde hat von jeder Beerdigung auf communalen Todtenhöfen den betreffenden Geistlichen zu benachrichtigen, damit dieser der ihm nach der Verordnung vom 24. März 1855 (L. V. Bd. XI S. 303) obliegenden Verpflichtung nachkommen kann." Sache der Pastoren ist es, darauf zu achten, daß diese Bestimmung genau befolgt werde.

5.) den Ausfall an Einnahme für Kirchenbuchsextrakte. Die Einnahme für Kirchenbuchsextrakte ist genau zu notiren, und der Ausfall durch Vergleichung der wirklichen Einnahme mit dem fünfjährigen Durchschnitte dieser Einnahme zu ermitteln und nachzuweisen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind bei Aufstellung der Berechnung über Ausfälle an Einnahme von Accidenzien sorgfältig zu beachten.

Detmold, den 22. Mai 1876.

Fürstlich Lippisches Consistorium.

Verordnung,

die Einführung einer Landessynode betr., vom 12. September 1877.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen unter ausdrücklicher Wahrung des durch die Kirchenordnung von 1684 festgesetzten Bekenntnißstandes der nach Gottes Wort reformierten Kirche des Landes hiermit, wie folgt:

§ 1.

Zur Vertretung der Gesammtheit der Kirchengemeinden und zur Berathung über kirchliche Angelegenheiten wird alle vier Jahre eine ordentliche, nöthigenfalls auch in kürzeren Zeiträumen eine außerordentliche Landessynode einberufen.

§ 2.

Die Landessynode besteht aus

1. den drei Superintendenten,
2. drei von dem Landesherrn zu ernennenden weltlichen Mitgliedern,
3. sechs zu wählenden Predigern,
4. neun zu wählenden Laien.

Von den zu wählenden Predigern wählt jede der drei Klassen Detmold, Brake und Varenholz zwei, von den zu wählenden Laien je drei. Außer den Abgeordneten werden ebenso viele Stellvertreter gewählt. Für jede ordentliche Synode findet eine neue Wahl statt.

§ 3.

Die geistlichen Abgeordneten für die Synode und Vertreter werden aus den angestellten Predigern der betreffenden Klasse, die weltlichen Abgeordneten und Vertreter aus den Mitgliedern und Stellvertretern sämmtlicher Kirchenvorstände der betreffenden Klasse gewählt.

§ 4.

Die Wahl der Abgeordneten zur Landessynode erfolgt innerhalb jeder Klasse unter Leitung des Superintendenten in der der Landessynode zunächst vorhergehenden Klassenversammlung. Zur Vornahme der Wahl ist die Anwesenheit von wenigstens zwei Drittheil sämmtlicher Wähler erforderlich.

Es findet vermittelst verschlossener Stimmzettel zunächst die Wahl der einzelnen geistlichen und sodann die der einzelnen weltlichen Abgeordneten statt, und gehört dazu bei der ersten Abstimmung absolute Stimmenmehrheit.

Ist diese nicht vorhanden, so werden diejenigen beiden, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl gebracht, und entscheidet dann die einfache Stimmenmehrheit, im Fall der Stimmengleichheit das Loos.

In derselben Weise ist mit der Wahl der Stellvertreter der Abgeordneten zu verfahren.

Ueber die Wahlen ist ein Protocoll aufzunehmen, außer dem Schriftführer vom Superintendenten und zwei andern Mitgliedern des Wahlcollegiums zu unterzeichnen und an das Consistorium einzusenden.

§ 5.

Zur Annahme der Wahl als Abgeordneter zur Synode oder Stellvertreter desselben ist niemand verpflichtet.

Im Fall der Ablehnung ist zu einer neuen Wahl, nach Umständen zur Einberufung einer neuen Wahlversammlung zu schreiten. Zweifel über die Wählbarkeit eines Abgeordneten oder Stellvertreters entscheidet die Synode.

§ 6.

Die Mitglieder der Landessynode legen bei ihrem Eintritt in die Synode nachstehendes Gelöbniß ab:

Ich gelobe vor Gott, daß ich meine Obliegenheiten als Mitglied der Synode sorgfältig und treu, dem Worte Gottes und den Ordnungen der reformierten Landeskirche gemäß, erfüllen und darnach trachten will, daß die Kirche in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus.

§ 7.

Das Bekenntniß ist nicht Gegenstand der Verhandlungen der Landessynode. Der Wirkungskreis der Landessynode umfaßt folgende Rechte und Obliegenheiten.

1. Die Landessynode hat die Mitwirkung bei der Gesetzgebung auf kirchlichem Gebiete auf Grund der seitens des Consistoriums im landesherrlichen Auftrage oder seitens einzelner Mitglieder der Synode selbstgemachten Gesetzesvorlagen oder gestellten Anträge. Der Erlaß, die authentische Interpretation, die Abänderung und Aufhebung

kirchlicher Gesetze ist an die Zustimmung der Synode gebunden.

Zum Gebiete der kirchlichen Gesetzgebung gehören namentlich die kirchliche Verfassung, die Gottesdienstordnung und die Einführung neuer kirchlicher Lehr- und Gesangbücher, sowie die Normen über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Kirche.

2. Die Synode hat das Recht, in Wahrnehmung der innern und äußern Wohlfahrt der Kirche Anträge und Beschwerden in Sachen der Gesetzgebung oder der Verwaltung an den Landesherrn zu richten.
3. Der Landessynode gebührt das Recht der Controle über die Verwaltung des allgemeinen Kirchenvermögens. Insbesondere unterliegt die Feststellung des Etats und die Auferlegung einer Kirchensteuer ihrer Zustimmung.
4. Die Landessynode ist berechtigt, an den Prüfungen der Candidaten der Theologie Theil zu nehmen und tritt zu diesem Zwecke der Vorsitzende der Synode als Mitglied der theologischen Examinations-Commission mit vollem Stimmrechte ein.
5. Die Landessynode ist berechtigt, an etwaigen Versammlungen der deutschen evangelischen Kirchenkörper durch einen Deputirten Theil zu nehmen.

§ 8.

Die Synode wird vom Landesherrn einberufen und von einem landesherrlichen Commissarius eröffnet und geschlossen. Dieselbe ist beschlußfähig, sobald zwei Drittheil der Mitglieder anwesend sind.

§ 9.

Die Synode wählt nach ihrem Zusammentritte für die Dauer der Verhandlungen und für die Zwischenzeit bis zur nächsten regelmäßigen Zusammenberufung aus ihrer Mitte vorbehältlich der landesherrlichen Bestätigung mit einfacher Stimmenmehrheit einen der Prediger als Vorsitzenden und außerdem zwei Beisitzer, einen geistlichen und einen weltlichen, welche mit dem Vorsitzenden den Synodalvorstand bildet. Für jeden der Gewählten sind Stellvertreter zu wählen.

Die Synode regelt ihren Geschäftsgang.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen der Synodalversammlung und sorgt für die Beobachtung der äußern Ordnung. Die Beisitzer haben denselben bei den Präsidialgeschäften zu unterstützen. Im Fall der zeitweisen Verhinderung tritt der geistliche Beisitzer für ihn ein.

Bei wichtigen Angelegenheiten, namentlich bei Kirchengesetzen und Steuerumlagen findet eine zweimalige Berathung statt. Zwischen der ersten und der zweiten Berathung muß wenigstens ein Tag liegen.

Dem Vorstande liegt die Redaction und Beglaubigung der Synodalprotocolle und die Einreichung von Abschriften derselben beim Consistorio, ferner die Erstattung von Gutachten über Vorlagen des Consistoriums während der Zeit, wo die Synode nicht versammelt ist und die Vorbereitung der Geschäfte für die nächste Synodalversammlung ob. Der Vorstand ist in unaufschieblichen Angelegenheiten, welche sonst der Mitwirkung der Landessynode bedürfen, zuzuziehen und hat deren Rechte auszuüben.

§ 10.

Von dem Landesherrn wird für eine jede Synodalversammlung ein landesherrlicher Commissarius ernannt.

Der landesherrliche Commissarius hat das Recht, an allen Plenar- und Commissionsverhandlungen der Synode theilzunehmen, jederzeit das Wort zu ergreifen und Anträge an die Synode zu stellen. Ein Stimmrecht steht demselben nicht zu. Unter der letztern Beschränkung sind auch die Mitglieder des Consistoriums zur Theilnahme an den Synodalverhandlungen berechtigt.

Mit gleichen Befugnissen wie denen des landesherrlichen Commissarius können für einzelne Angelegenheiten besondere Commissarien in die Synodalversammlung abgeordnet werden.

§ 11.

Am Tage der Eröffnung der Landessynode findet ein feierlicher Gottesdienst statt.

Jede einzelne Sitzung wird mit Gebet eröffnet und beschlossen, wozu jedesmal ein geistliches Mitglied vom Vorsitzenden bestimmt wird.

Die Synode faßt ihre Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 12.

Die Sitzungen der Landessynode sind öffentlich, so weit es der Raum gestattet und sofern nicht die Versammlung für einzelne Verhandlungen den Ausschluß der Oeffentlichkeit beschließt.

§ 13.

Der Landesherr verkündet die Kirchengesetze, welche nach Anhörung des Consistoriums die höchste Bestätigung erhalten haben, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die erfolgte Zustimmung der Landessynode.

§ 14.

Die Mitglieder der Landessynode erhalten während der Theilnahme an der Versammlung, die Mitglieder des Vorstandes auch für die sonstigen, nach § 9 in der Zwischenzeit von einer zur andern Versammlung, ihnen obliegenden Geschäfte Tagegelder und eintretenden Falls Reisegebühren nach den von der Synode näher zu bestimmenden Sätzen.

Die Zahlung dieser sowie anderer durch die Synodalversammlungen entstehenden Kosten erfolgt aus der Synodalkasse.

§ 15.

Die gegenwärtige Verordnung, durch welche alle derselben entgegenstehenden frühern kirchengesetzlichen Bestimmungen als aufgehoben gelten, beschränkt sich einstweilen auf die reformierten Gemeinden des Landes. Es steht jedoch den drei lutherischen Kirchengemeinden frei, ihren Beitritt zu erklären, welchenfalls die Bestimmungen dieser Verordnung auch auf sie Anwendung finden, ohne daß ihr Bekenntnißstand dadurch berührt wird.

§ 16.

Als Zeitpunkt, wo die vorstehende Verordnung

in Kraft tritt, wird der 1. Januar 1878 bestimmt.

Mit der Ausführung derselben ist Unser Consistorium beauftragt.

Detmold, den 12. September 1877.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Gesetz,

die Bildung und Verwaltung eines allgemeinen Kirchenvermögens für die evangelische Kirche des Landes, die Veranlagung von Kirchensteuern und die Stellung der Kirche dem Staate gegenüber betreffend, vom 12. September 1877.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg 2c. 2c.

erlassen über die Bildung und Verwaltung eines allgemeinen Kirchenvermögens für die evangelische Kirche des Landes, die Veranlagung von Kirchensteuern und die Stellung der Kirche dem Staate gegenüber mit Zustimmung des Landtags nachfolgende Bestimmungen:

§ 1.

Die in der Synodal-Ordnung vom heutigen Tage bestimmten Synodalorgane üben die ihnen nach den folgenden §§ zustehenden Rechte nach Maßgabe dieses Gesetzes, so lange in der Zusammensetzung der Landes-Synode das Zahlenverhältniß von höchstens drei

geistlichen zu vier weltlichen Mitgliedern aufrecht erhalten bleibt; (§ 2 der Synodal-Ordnung).

§ 2.

Die bisher aus der Landkasse und der Generalkasse über die Revenüen von eingezogenen Klöstern und Stiftungen an die Consistorialkasse abgeführten, für die Zukunft vom 1. Januar k. J. an auf den Betrag von 50000 M. festgesetzten Zuschüsse bilden das zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse der evangelischen Kirche des Landes dienende allgemeine Kirchenvermögen, dessen Verwaltung Unserem Consistorium unter der Controle der Landessynode zusteht. Insbesondere ist die Festsetzung des kirchlichen Haushalts an die Zustimmung der Landessynode gebunden; (§ 7 der Synodal-Ordnung).

§ 3.

Die sonst zur Bestreitung der allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse erforderlichen Mittel sind innerhalb der in den folgenden §§ gezogenen Grenzen durch Veranlagung einer Kirchensteuer zu beschaffen, über welche auf Grund der darüber landesherrlicher Seits gemachten Vorlage die Landessynode zu beschließen hat; (§ 7 der Syn.-Ordn.)

§ 4.

Die Gesammtsumme der für landeskirchliche Zwecke zu beschließenden Umlagen darf ein Simplum der Klassen- und Einkommen-Steuer der zur evangelischen Landeskirche gehörigen Bevölkerung nicht übersteigen.

Umlagen, welche diesen Betrag überschreiten, bedürfen der Bestätigung durch ein Staatsgesetz. Das-

selbe gilt, wenn Kirchengesetze eine Belastung der Gemeinden zu Gemeindezwecken verordnen oder zur Folge haben.

§ 5.

Die Kirchensteuern tragen den Character der öffentlichen Steuern, sie genießen daher denselben Vorzug wie diese im Concurse, und sind von den Landes-Steuerkassen einzuziehen.

§ 6.

Die evangelische Kirche ordnet und verwaltet, unbeschadet der Rechte des Staats, ihre Angelegenheiten unter der Oberaufsicht des Cabinets-Ministeriums selbstständig.

§ 7.

Insbesondere steht den Staatsbehörden zu:

1. Die Anordnung und Vollstreckung der zur Aufrechterhaltung der äußeren kirchlichen Ordnung erforderlichen polizeilichen Vorschriften;
2. Die Regelung der streitigen Kirchen-, Pfarr- und Küstereibausachen sowie die Vollstreckung der einstweiligen Entscheidungen in diesen Sachen;
3. die Mitwirkung bei der Veränderung bestehender, sowie bei der Bildung neuer Pfarrbezirke.

§ 8.

Die Beschlüsse der kirchlichen Organe bedürfen zu ihrer Gültigkeit auch in Zukunft der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in allen Beziehungen,

in welchen das bisher der Fall gewesen ist, insbesondere in folgenden Fällen:

1. bei dem Erwerb, der Veränßerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum; sowie bei der Veräußerung oder Verpfändung von Zehnten, Grundrenten und anderen Vermögens-Objecten;
2. bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben;
3. bei Anleihen, soweit sie nicht bloß zu vorübergehender Aushülfe dienen und aus der laufenden Einnahme derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;
4. bei der Einführung und Veränderung von Gebührentaxen;
5. bei der Errichtung neuer, für den Gottesdienst, die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmter Gebäude;
6. bei der Anlegung oder veränderten Benutzung von Begräbnißplätzen;
7. bei der Veranstaltung von Hauscollecten;
8. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens zu andern als den bestimmungsmäßigen Zwecken.

§ 9.

Die Staatsaufsichtsbehörde ist berechtigt, von der kirchlichen Vermögensverwaltung Einsicht zu nehmen, zu diesem Behuf die Etats und Rechnungen einzufordern, sowie außerordentliche Revisionen vorzunehmen und auf Abstellung der etwa gefundenen Gesetzwidrig-

keiten durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zu bringen.

§ 10.

Kirchliche Gesetze und Verordnungen sind nur soweit rechtsgültig, als sie mit einem Staatsgesetz nicht in Widerspruch stehen.

Detmold, den 12. September 1877.

Woldemar, Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

Gesetz,

die den Geistlichen und Kirchendienern aus Anlaß der Einführung der bürgerlichen Standesregister und der bürgerlichen Form der Eheschließung zu gewährende Entschädigung betreffend, vom 12. Septbr. 1877.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen unter gleichzeitiger entsprechender Aufhebung der Verordnung vom 20. November 1875 (L.-V. Bd. XVI. S. 460) mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

Einziger Paragraph.

Die Geistlichen und Kirchendiener werden vom 1. Januar k. J. an für den Ausfall an Gebüren, welchen sie in Folge des Reichsgesetzes, die Beur-

kundung des Personenstandes und die Eheschließung betreffend, vom 6. Februar 1875 erleiden, aus denjenigen Mitteln entschädigt, welche nach § 2 des Gesetzes, die Bildung und Verwaltung eines allgemeinen Kirchenvermögens 2c. betreffend, der Landeskirche überwiesen worden sind.

Detmold, den 12. September 1877.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Geschäftsordnung für die lippische Landessynode.

§ 1.

Ist die Synode von dem landesherrlichen Commissarius eröffnet, die Verpflichtung der Synodalen erfolgt (cf. § 3 d. Verordn. v. 12. Sept. 1877) und ist vom ältesten Superintendenten das Eingangsgebet gesprochen, so werden die Verhandlungen mit einer Ansprache des Alterspräsidenten (d. i. des ältesten Geistlichen der Versammlung) eingeleitet.

§ 2.

Der Alterspräsident, welcher bis zu erfolgter Wahl und Bestätigung des Synodalvorstandes die Functionen des Vorsitzenden versieht, betraut nach seinem Ermessen zwei Mitglieder der Versammlung, ein geistliches und ein weltliches, mit der einstweiligen Führung des Protokolls.

§ 3.

Die Ablegung des Gelöbnisses (cf. § 6 d. Verordn. v. 12. Sept. 1877) geschieht in der Art, daß der landesherrliche Commissarius, nachdem er den feierlichen Act angekündigt und die Versammlung zur Erhebung von den Sitzen aufgefordert hat, die vorgeschriebene Gelöbnißformel verliest und den nunmehr aufgerufenen Einzelnen mittelst der von jedem zu sprechenden Worte: „Ich gelobe es vor Gott" das Gelöbniß abnimmt.

Etwa später eintretende Mitglieder werden in derselben Weise in der ersten Sitzung, der sie beiwohnen, durch den Vorsitzenden verpflichtet.

§ 4.

Fürstliches Consistorium legt dem Vorsitzenden der Synode vor:

1) Ein Verzeichniß der 21 Mitglieder der Synode und der 15 gewählten Stellvertreter;
2) die Protokolle der Classenversammlungen über die Wahlen;
3) das Rescript betreffs der vom Landesherrn ernannten drei Mitglieder der Synode;
4) etwa eingegangene Proteste, welche die Wahl betreffen.

Sind benannte Eingaben der Versammlung bekannt gemacht, liegen auch der Synode keine schriftliche Proteste betreffs der Wahlen vor und begehrt nach ergangener Aufforderung kein Mitglied zur Sache das Wort, so werden die Wahlen als gültig angenommen.

Wird eine Wahl beanstandet, so behält der Ge-

wählte dennoch bis zur Ungültigkeitserklärung Sitz und Stimme in der Synode.

Wird eine Wahl für ungültig erklärt, (cf. § 5 d. Verordn. v. 12. Sept. 1877) so ist unverzüglich an Fürstliches Consistorium zu berichten, damit der Stellvertreter sofort einberufen oder sonst das Erforderliche angeordnet werde.

§ 5.

Sind nun wenigstens zwei Drittel der Synodalmitglieder, deren Wahl für gültig erkannt ist, zugegen, so gilt die Synode für constituirt und wählt sofort den Synodalvorstand, d. i. den Vorsitzenden und die beiden Beisitzer, sowie die Stellvertreter der drei Vorstandsmitglieder, jeden einzeln. Haben die Gewählten die Wahl angenommen, so werden zwei Schriftführer, ein geistliches und ein weltliches Mitglied erwählt.

Diese Wahlen erfolgen sämmtlich schriftlich durch verschlossene Stimmzettel und entscheidet einfache Stimmenmehrheit. (cf. § 9 der Verordn. v. 12. Sept. 1877.)

Das Ergebniß der Wahl des Vorstandes und der Stellvertreter ist alsbald dem landesherrlichen Commissarius behufs Einholung der landesherrlichen Bestätigung zu übermitteln.

§ 6.

Dem Vorsitzenden liegt außer den bereits im Gesetz benannten Functionen ob, über die Beobachtung der Geschäftsordnung zu wachen, das Wort zu ertheilen, die Fragen zur Abstimmung zu stellen und das Ergebniß derselben auszusprechen, die Zeit der

nächsten Sitzung zu bestimmen und in Einvernehmen mit der Versammlung die Tagesordnung für die folgende Sitzung festzustellen.

§ 7.

Behufs Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen der Synode liegt es dem Vorsitzenden ob, Abschweifungen der Redner von dem zur Verhandlung stehenden Gegenstande zurückzuweisen. Ist solches in derselben Rede zweimal geschehen, so kann die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden beschließen, daß dem Redner das Wort über den Gegenstand entzogen werden soll.

Verletzungen des Anstandes, Persönlichkeiten und Beleidigungen werden durch den Ruf zur Ordnung gerügt und haben im zweiten Wiederholungsfalle während der nämlichen Verhandlung die Entziehung des Wortes zur Folge, wenn auf diese Folge vorher vom Vorsitzenden aufmerksam gemacht worden ist.

Beschwerden über einen Ordnungsruf oder über die Entziehung des Wortes können in der nächsten Sitzung nach Vorlesung des Protokolls angebracht und nach Anhörung des Beschwerdeführers und des Vorsitzenden von der Versammlung ohne weitere Discussion entschieden werden.

Fortgesetzte Störungen, welche die Verhandlungen wesentlich beeinträchtigen, ziehen die Aufhebung der Sitzung nach sich, welche nicht vor einer Stunde wieder eröffnet werden kann.

Ein Ordnungsruf wird im Protokoll vermerkt.

§ 8.

Der Vorsitzende ist jederzeit berechtigt, den Vorsitz

in den Sitzungen der Synode an den geistlichen Beisitzer abzugeben und ist verpflichtet, dies zu thun, wenn er einen Antrag stellen will.

§ 9.

Das von den Schriftführern aufzunehmende Protokoll muß enthalten:

1) den Gegenstand, sowie den Gang der Verhandlungen;
2) alle Anträge in wörtlicher Fassung;
3) das Ergebniß der Abstimmungen.

§ 10.

Das Protokoll wird zu Anfang der folgenden Sitzung verlesen, daß dies geschehen, vermerkt und von dem Synodalvorstande unterschrieben. Das Protokoll der letzten Sitzung ist bei dem Schluß derselben zu verlesen und festzustellen.

Ueber etwaige Erinnerungen gegen die Fassung des Protokolls entscheidet die Versammlung. Wird die Einsprache für begründet erachtet, so ist die entsprechende Aenderung vorzunehmen.

§ 11.

Ein Gesuch um Urlaub ist bei dem Vorsitzenden einzubringen. Ueber Ertheilung des Urlaubs auf Einen Tag entscheidet der Vorsitzende, handelt es sich um längere Zeit, so entscheidet die Versammlung.

Ist ein Mitglied voraussichtlich auf länger als vier Tage verhindert, so ist sofort der Stellvertreter einzuberufen.

§ 12.

Selbständige Anträge der Synodalmitglieder sind von drei Synodalen unterstützt bei dem Vorstande schriftlich einzureichen und von diesem in nächster Sitzung zur Kenntniß der Synode zu bringen.

Ein als dringlich in der Versammlung selbst eingebrachter Antrag muß durch vier Mitglieder, außer dem Antragsteller, unterstützt sein, wenn darüber abgestimmt werden soll, ob er zur Verhandlung kommen darf.

Auch die im Laufe der Berathungen über die Vorlage zu stellenden Anträge und Unteranträge sind auf Verlangen des Vorsitzenden schriftlich einzureichen.

§ 13.

Jedes Mitglied der Versammlung, welches zu einem Gegenstande der Debatte reden will, hat um das Wort zu bitten, und wird dasselbe der Reihenfolge der Anmeldungen nach ertheilt. Melden sich mehrere gleichzeitig, so bestimmt der Vorsitzende die Reihenfolge.

Während der landesherrliche Commissarius oder ein Special-Commissar jederzeit befugt ist, so bald ein Redner ausgesprochen hat, das Wort zu ergreifen und Anträge zu stellen, unterfallen die Mitglieder Fürstlichen Consistoriums bezüglich der Redeordnung den nämlichen Vorschriften, wie die Synodalmitglieder. Nur, wenn es sich darum handelt, Auskunft zur Sache zu erhalten, hat der Vorsitzende das Recht, Mitgliedern der benannten Behörde außer der Reihe das Wort zu ertheilen.

Außerdem können jederzeit das Wort erhalten diejenigen, welche

1) darauf antragen wollen, die Debatte über einen Gegenstand — unter Beschränkung, welche im § 15 ausgesprochen — zu schließen.
2) bezüglich der Fragestellung Einsprache erheben wollen,
3) zur Geschäftsordnung etwas bemerken wollen.

Persönliche Bemerkungen sind am Schluß der Debatte anzubringen.

§ 14.

Die Redner sprechen stehend von ihren Plätzen aus. Das Vorlesen schriftlich abgefaßter Reden oder anderweitiger längerer Schriftstücke ist nur mit Erlaubniß des Vorsitzenden gestattet. Berichterstatter dürfen ihren Bericht vorlesen. Die Redner dürfen nicht unterbrochen werden vorbehältlich der Bestimmungen des § 7.

§ 15.

Nachdem zwei Redner — event. für und wider — über einen Gegenstand der Verhandlungen gehört worden sind, kann von einem Mitgliede der Versammlung Schluß beantragt werden.

§ 16.

Jede zur Abstimmung zu bringende Frage ist von dem Vorsitzenden so zu fassen, daß darüber mit Ja und Nein abgestimmt werden kann.

Wenn eine Mehrheit von Fragen zu stellen ist, so kündigt der Vorsitzende deren Reihenfolge vor der Abstimmung an. Dabei erhalten Verbesserungsanträge ihre Stelle vor den Anträgen, auf welche sie sich be-

ziehen, weiter gehende vor denjenigen, welche eine mindere Abweichung vom Hauptantrage enthalten.

Gegen Fassung und Reihenfolge der Fragen können, jedoch nur sofort nach deren Ankündigung, Einwendungen erhoben werden, über welche, wenn der Vorsitzende darauf nicht eingeht, die Versammlung entscheidet.

Sind Verbesserungsanträge zur Annahme gelangt, welche den Inhalt des Hauptantrages modificiren, so kommt der Hauptantrag mit dieser Modification zur Abstimmung. Wird derselbe abgelehnt, so fallen damit die schon angenommenen Verbesserungsanträge hinweg.

§ 17.

Ueber jede Frage wird gesondert durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt. Die absolute Mehrheit ergibt den Beschluß. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Ist die Mehrheit zweifelhaft, so erfolgt die Zählung. Das vom Vorsitzenden verkündigte Ergebniß ist nicht weiter anfechtbar. Namentliche Abstimmung findet statt, wenn dieselbe von einem Mitgliede beantragt und der Antrag von drei weiteren Mitgliedern unterstützt wird.

§ 18.

In solchen Fragen, welche das eigene persönliche Interesse eines Mitgliedes zur Synode betreffen, steht demselben kein Stimmrecht zu.

§ 19.

Bei wichtigen Angelegenheiten, namentlich bei Kirchengesetzen und Steuerumlagen findet eine zwei-

malige Berathung statt. Zwischen der ersten und der zweiten Berathung muß wenigstens ein Tag liegen.

§ 20.

Für die Dauer der Session ist von der Versammlung eine Verfassungs-, eine Finanz- und eine Petitionscommission zu wählen. Jede derselben muß aus sieben Mitgliedern bestehen, und zwar 3 geistlichen und 4 weltlichen.

Außerdem kann für jede vorliegende Angelegenheit eine besondere Commission ernannt werden, wenn es die Synode für erforderlich hält, und bestimmt die Versammlung, aus wie viel geistlichen und weltlichen Mitgliedern eine solche bestehen soll. Jede Wahl geschieht durch Stimmzettel; auf einem Zettel stehen sämmtliche zu Wählende, und entscheidet einfache Majorität.

§ 21.

Von der Constituirung einer Commission ist dem landesherrlichen Commissarius sogleich Nachricht zu geben.

§ 22.

Die Sitzungen der Commissionen sind nicht öffentlich. Mitglieder der Synode können allen Commissionssitzungen als Zuhörer beiwohnen.

Dem landesherrlichen Commissarius ist jedesmal von der Anberaumung einer Commissionssitzung rechtzeitig Anzeige zu machen, damit er nach seinem Ermessen derselben sowohl selbst beiwohnen als für die betreffenden Vorlagen den Specialcommissarius benachrichtigen und, wenn er es nöthig erachtet oder von

der Commission es gewünscht wird, auch den Referenten im Consistorium zur Theilnahme an den Commissionsverhandlungen veranlassen kann.

§ 23.

Da die Sitzungen der Synode der Regel nach öffentlich sind, so hat der Vorsitzende auch in Bezug auf die anwesenden Zuhörer die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Jeden Mißbrauch der Oeffentlichkeit durch Störung der Ruhe und Ordnung, insbesondere durch Zeichen des Beifalls oder Mißfallens hat er sofort zu rügen und, wenn es nöthig wird, hat er den Zuhörerraum räumen und schließen zu lassen oder die Sitzung zu unterbrechen, resp. aufzuheben.

§ 24.

Die Synode kann sich nur mit landesherrlicher Genehmigung auf einige Zeit vertagen.

§ 25.

Die Schließung der Synode durch den landesherrlichen Commissar erfolgt, nachdem diesem durch den Vorsitzenden der Synode Anzeige gemacht ist, daß die Berathung der Vorlagen ꝛc. beendigt ist.

§ 26.

Der Synodalvorstand wird in der Zeit, in welcher die Synode nicht versammelt ist, durch den Vorsitzenden, wenn es ihm nöthig scheint, zusammenberufen. Er giebt den Berathungsgegenstand an und bestimmt Ort sowie Zeit der Zusammenkunft.

Da dem Synodalvorstande auch die Vorbereitung

der Geschäfte für die nächste Synode obliegt, so hat er sich rechtzeitig mit den Kirchenbehörden zu benehmen, damit die Vorlagen drei Wochen vor Beginn der Synode in den Händen der Synodalmitglieder sein können.

Geschäftsordnung
für die Classenversammlungen.

§ 1.

Die Classenversammlung, zu der unter Vorlegung der Tagesordnung vom Superintendenten zeitig einzuladen ist, kann durch den Vorsitzenden eröffnet werden, sobald zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

§ 2.

Die Wahl der weltlichen Deputirten wird für gültig angenommen, wenn bei Beginn der Sitzung nicht ein schriftlicher Protest von Mitgliedern des betreffenden Kirchenvorstandes oder deren Stellvertretern vorliegt.

Die Versammlung entscheidet im letztern Falle über die Gültigkeit der Wahl.

Diejenigen Abgeordneten, deren Wahl beanstandet ist, können nur zur Abgabe von Aufklärungen in Bezug auf ihre Wahl zugelassen werden, nicht aber an den Abstimmungen theilnehmen.

§ 3.

Die Versammlung ist befugt, einen Gehülfen und

eventuell Stellvertreter des Schriftführers aus den Geistlichen der Classe zu erwählen.

§ 4.

Dem Vorsitzenden liegt die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Versammlung ob. Er wacht über die Beoachtung der Geschäftsordnung, leitet die Verhandlungen, ertheilt das Wort, stellt die Fragen zur Abstimmung und spricht das Ergebniß der letzteren aus.

Stört ein Mitglied der Versammlung die Ordnung durch Worte oder Handlungen, welche die Würde einer zum Dienst der Kirche berufenen Versammlung verletzen, so wird dasselbe vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Gegen den Ordnungsruf ist dem Betroffenen sofortige Berufung an das Urtheil der Versammlung gestattet, bei deren Entscheidung es verbleibt.

Bei erheblichen Störungen der Ordnung ist der Vorsitzende auch berechtigt, die Sitzung zu unterbrechen oder zu schließen.

§ 5.

Ein Ordnungsruf wird im Protocoll vermerkt.

§ 6.

Der Superintendent ist jeder Zeit berechtigt, den Vorsitz an seinen Stellvertreter abzugeben und verpflichtet, dieses zu thun, falls er einen Antrag stellen will.

§ 7.

Das vom Schriftführer aufzunehmende Protocoll muß enthalten:

1) den Gegenstand, sowie den Gang der Verhandlungen im Allgemeinen;
2) alle Anträge in wörtlicher Fassung;
3) das Ergebniß der Abstimmungen.

§ 8.

Kein Mitglied darf ohne Urlaub des Vorsitzenden, der nur in dringenden Fällen zu ertheilen ist, die Sitzung versäumen oder ohne vorherige Anzeige beim Vorsitzenden dieselbe auf längere Zeit verlassen.

§ 9.

Das Protocoll wird vor dem Schluß der Sitzung verlesen, daß dieses geschehen, bemerkt und von dem Vorstande, d. h. von dem Superintendenten, seinem Stellvertreter und dem Schriftführer unterschrieben.

§ 10.

Ueber etwaige Erinnerungen gegen die Fassung des Protocolls entscheidet die Versammlung.

Wird die Einsprache für begründet erachtet, so ist die entsprechende Veränderung vorzunehmen.

§ 11.

Selbstständige Anträge der Abgeordneten sind schriftlich mindestens drei Tage vor dem Tage der Classenversammlung an den Superintendenten abzugeben und bestimmt der Vorstand über die Zulässigkeit derselben.

Ein als dringlich in der Versammlung selbst eingebrachter Antrag muß durch fünf Mitglieder, den Antragsteller ungerechnet, unterstützt sein.

Der Antragsteller hat die Dringlichkeit sofort zu

begründen und wird dann ohne weitere Verhandlung, über die Dringlichkeit abgestimmt und solche als angenommen betrachtet, wenn zwei Drittel der Stimmen sich dafür erklären.

§ 12.

Jedes Mitglied der Versammlung, welches reden will, hat sich durch ein dem Vorsitzenden erkennbares Zeichen zum Worte zu melden. Die Redner gelangen nach der Reihenfolge ihrer Meldungen zum Worte. Melden sich mehrere gleichzeitig, so bestimmt der Vorsitzende die Reihenfolge.

§ 13.

Es können immer das Wort verlangen diejenigen, welche

1) darauf antragen wollen, die Debatte über einen Gegenstand zu schließen,
2) bezüglich der Fragestellung Einsprache erheben und
3) zur Handhabung der Geschäftsordnung etwas bemerken, oder eine persönliche Bemerkung machen wollen.

§ 14.

Die Redner sprechen stehend von ihren Plätzen aus. Sie dürfen keine Persönlichkeiten einmischen. Das Vorlesen schriftlich abgefaßter Reden oder anderweitiger längerer Schriftstücke ist untersagt. Nur in dem Fall, daß vom Superintendenten ein Berichterstatter über einen Gegenstand der Berathung ernannt war, darf er seinen Bericht verlesen.

§ 15.

Die Redner dürfen nicht unterbrochen werden.

§ 16.

Nur der Vorsitzende ist berechtigt, den Redner, welcher von dem Gegenstande der Verhandlung abweicht, darauf aufmerksam zu machen. Ist solches in derselben Rede zweimal geschehen, so kann die Versammlung auf den Antrag des Vorsitzenden beschließen, daß ihm das Wort über den vorliegenden Gegenstand entzogen werden soll.

§ 17.

Der Schluß der Berathung über einen Gegenstand erfolgt, wenn der Vorsitzende nach Anhörung oder Verzicht der zum Worte Gemeldeten oder in Ermangelung solcher den Schluß ausspricht, sowie, wenn die Versammlung auf Antrag eines Mitgliedes den Schluß der Berathung annimmt.

Nach erklärtem Schluß können nur der Antragsteller und der Berichterstatter noch das Wort verlangen.

§ 18.

Jede zur Abstimmung zu bringende Frage ist von dem Vorsitzenden so zu fassen, daß darüber mit Ja und Nein abgestimmt werden kann.

Wenn eine Mehrheit von Fragen zu stellen ist, so kündigt der Vorsitzende deren Reihenfolge vor der Abstimmung an. Dabei erhalten Verbesserungs-Anträge ihre Stelle vor den Anträgen, auf welche sie sich beziehen, weitergehende vor denjenigen, welche eine mindere Abweichung vom Hauptantrage enthalten.

Gegen Fassung und Reihenfolge der Fragen können, jedoch nur sofort nach deren Ankündigung, Einwendungen erhoben werden, über welche, wenn der Vorsitzende darauf nicht eingeht, die Versammlung entscheidet. Sind Verbesserungsanträge zur Annahme gelangt, welche den Inhalt des Hauptantrages modificiren, so kommt der Hauptantrag mit dieser Modification zur Abstimmung. Wird derselbe abgelehnt, so fallen damit die schon angenommenen Verbesserungsanträge hinweg.

§ 19.

Ueber jede Frage wird gesondert durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt. Die absolute Mehrheit der Abstimmenden ergibt den Beschluß. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Ist die Mehrheit zweifelhaft, so erfolgt die Zählung. Das vom Vorsitzenden verkündigte Ergebniß ist nicht weiter anfechtbar.

Namentliche Abstimmung findet Statt, wenn dieselbe von einem Mitgliede beantragt, und der Antrag von vier weitern Mitgliedern unterstützt wird.

Bericht

des Synodalvorstandes über das Ergebniß der Berathungen der ersten Landessynode im Jahr 1878 vom $\frac{29.\ \text{Juli}}{10.\ \text{Aug.}}$ 1878.

Detmold, den 10. August 1878.

Detmold, den 29. Juli 1878.

An
Hochfürstliches Consistorium.

Bericht des Synodalvorstandes „das Ergebniß der Berathungen der diesjährigen Landessynode betreffend."

Nach § 9 der Verordnung „die Einführung einer Landessynode betr. vom 13. Septbr. 1877" liegt dem Synodalvorstande die Redaction und Beglaubigung der Synodalprotocolle und die Einreichung von Abschriften derselben beim Consistorio ob. Der Synodalvorstand erachtet es jedoch im Einvernehmen mit dem landesherrlichen Commissarius Herrn Geheimen Regierungsrath Meyer für zweckmäßig, nicht blos die Protocolle zu überreichen, sondern einen umfassenden, die Ergebnisse der Verhandlungen darlegenden Generalbericht zu erstatten. Dieser wird sich zunächst auf die der Synode gemachten Vorlagen und dann auf die von der Synode gestellten Anträge und Wünsche zu erstrecken haben.

I. Vorlagen.

1. Vorlage 1.: „Verordnung die Gehaltsverbesserung der reformierten Pastoren des Landes betr. vom . . . . . .

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung

„die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Sept. 1877" zwei Mal berathen.

§ 1 der Vorlage ist unverändert angenommen.

§ 2 würde nach Beschluß der Synode folgende Veränderung erfahren: „Jeder im Dienste der reformierten Kirche des Landes angestellter Pastor erhält neben freier Wohnung:

a. nach .....

.....

d. nach einer Dienstzeit von 25 Jahren mindestens 3000 Mark.

§ 3. Ist mit der Veränderung angenommen, daß gemäß § 14 der Verordnung „die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Septbr. 1877" statt Consistorialkasse Synodalkasse zu setzen sei.

§ 4 ist unverändert angenommen.

§ 5. Die Synode beschloß, daß diese Verordnung am 1. Januar 1879 in Kraft treten möge.

Anlage 1 ergiebt, wie die Verordnung nach den Beschlüssen der Landessynode lauten würde.

2.) Vorlage 2. Verordnung „die Emeritirung der reformierten Pastoren des Landes betr. vom" ....

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung „die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Septbr. 1877" zwei Mal berathen.

§ 1 der Vorlage ist unverändert angenommen.

§ 2 ist unverändert angenommen.

§ 3 würde nach Beschluß der Synode folgende Veränderung erfahren:

.....

ist das Consistorium unter Hinzuziehung

des Synodalvorstands berechtigt, seine Emeritirung zu verfügen.

§ 4 ist mit der Veränderung angenommen, daß es statt Consistorialkasse „Synodalkasse" heiße.

§ 5, § 6 u. § 7 sind unverändert angenommen.

§ 8 ist mit der Veränderung angenommen, daß es statt „Synodalausschusse" „Synodolvorstande" heiße.

§ 9. Die Synode beschloß, daß diese Verordnung am 1. Octbr. dieses Jahres in Kraft treten möge.

Anlage 2 ergiebt, wie die Verordnung nach den Beschlüssen der Landessynode lauten würde.

3.) Vorlage 3. Verordnung die Pension der Witwen und Waisen der reformierten Pastoren des Landes betr. vom .....

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung „die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Sept. 1877" zwei Mal berathen.

§ 1, § 2 und § 3 der Vorlage sind unverändert angenommen.

§ 4 ist mit der Veränderung angenommen, daß es statt Consistorialkasse „Synodalkasse" heiße.

§ 5 ist dahin abgeändert, daß es heiße:

Verheirathet sich die Witwe eines Pastors wieder, so fällt ihre Pension vom Tage der Wiederverheirathung ab fort.

§ 6 und § 7 sind unverändert angenommen.

§ 8. Die Synode beschloß, daß diese Verordnung mit der Publikation in Kraft treten möge.

Anlage 3 ergiebt, wie die Verordnung nach den Beschlüssen der Landessynode lauten würde.

4. Vorlage 4, Verordnung die Abänderung der §§ 7, 8, 9 und 15 der Verordnung „die Kirchenvorstände u. s. w. betr." vom 18. Febr. 1876 betr. vom .....

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung „die Einführung einer Landessynode betr." vom 12. Septbr. 1877 zwei Mal berathen.

§ 1 der Vorlage a l 1, 2 u. 3 sind unverändert angenommen.

a, l 4 würde nach Beschluß der Synode folgende Veränderung erfahren: die Wahl erfolgt in der Kirche oder Schule für die betreffende Gemeinde im Ganzen oder districtweise cf. § 15, 5 .....

.....

als Kirchenvorsteher oder Stellvertreter zu wählen sind.

a, l 5 würde nach Beschluß der Synode ganz wegfallen.

a, l 6 ist nichts erinnert.

a, l 7 würde nach Beschluß der Synode § 8 der Verordnung ꝛc. folgende Fassung erhalten:

.....

„so ist darüber bei Einsendung des Wahl-
„protokolls zugleich an das Consistorium
„zu berichten, welches dann nach Anhörung
„des Betreffenden unter Zuziehung des
„Synodalvorstandes entscheidet. Wird eine
„solche Wahl nicht bestätigt, so ist eine
„Neuwahl vorzunehmen.

a, l 8 würde nach Beschluß der Synode § 9 der Verordnung lauten .....

Lehnt ein Gewählter die Wahl ab, so ist eine Neuwahl vorzunehmen.

a, 1 in 9 und 10 ist unverändert angenommen.

§ 2 beschloß die Synode, daß diese Verordnung mit der Publication in Kraft treten möge.

Da § 9 der genannten Verordnung nach dem Beschluß der Synode dahin abgeändert werden soll, daß der Schluß desselben lautet: „Lehnt ein Gewählter die Wahl ab, so ist eine Neuwahl vorzunehmen," so würde nach § 12 der genannten Verordnung auch dann eine Neuwahl vorzunehmen sein, wenn während der Dauer des Amtes Kirchenvorsteher oder Stellvertreter ausscheiden. Die Synode war jedoch der Ansicht, daß in solchen Fällen eine Neuwahl nicht zweckmäßig sei, vielmehr zur Vermeidung wiederholter, die Gemeinden immerhin nicht unerheblich erregender Neuwahlen nach Analogie der Bestimmungen in den betreffenden preußischen Gesetzen Cooptation durch den Kirchenvorstand das Bessere sei, und nahm die Synode den Antrag der betreffenden Commission an, welcher dahin lautete, daß § 12 der genannten Verordnung folgende Fassung erhalten möge:

„Scheiden während der Dauer des
„Amtes Kirchenvorsteher oder Stellvertre-
„ter aus, so wählt der gesammte Kirchen-
„vorstand einen Ersatzmann bis zur nächsten allge-
„meinen Wahl."

Anlage 4 ergiebt, wie die Verordnung nach den Beschlüssen der Landessynode lauten würde.

5.) Vorlage 5, den Etat betr.

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung „die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Septbr.

1877" zwei Mal berathen. Die Synode beschloß, daß es statt Etat der Consistorialkasse: Etat der „Synodalkasse" 2c. heißen möge.

Zu Einnahme Tit. I. „Bestand der Rechnung vom 1. Januar bis 1. Juli 1878. Auf Grund der vom Rechnungsführer eingezogenen Erkundigung gab der landesherrliche Commissarius Herr Geheime Regierungsrath Meyer an, daß aus der Rechnung vom 1. Januar bis 1. Juli 1878 ein Bestand von rund 6000 Mark verbleiben werde, und wurde dieser Bestand mit 6000 Mark für das Rechnungsjahr vom 1. Juli 1878 bis 1. Juli 1879 in Ansatz gebracht.

Tit. II Zuschuß aus der Landkasse und Tit. III Zuschuß aus der Kirchenkasse zu St. Marien zu Lemgo zur Pension des Pastors Kulemann fand sich für die ganze vierjährige Etatperiode nichts zu erinnern.

Tit. IV, $^1/_2$ Simpl. Classen- und Einkommensteuer 2c. Da der Rechnungsabschluß des Jahres 1. Juli 1878 bis 1879 ein derartiges Ergebniß lieferte, daß eine Kirchensteuerhebung in demselben nicht nothwendig erschien, beschloß die Synode, daß eine Kirchensteuererhebung im ersten Finanzjahre nicht erfolgen, daß aber in jedem der drei folgenden Finanzjahre $^1/_2$ Simpl. Classen- und Einkommensteuer von den reformierten 2c. erhoben werden solle und wurden demgemäß im Etat unter Tit. IV für das Jahr 1. Juli 1879—1880, 1. Juli 1880—1881, 1. Juli 1881—1882 jedesmal 11500 Mark in Ansatz gebracht.

Tit. V wurde unverändert angenommen.

Zu Ausgabe Tit. I und II fand sich nichts zu erinnern und wurde unverändert angenommen.

Tit. III, Gehalte der Prediger.

A. Bisherige Gehaltszuschüsse wurden unverändert angenommen.

Tit. III, Gehalte der Prediger.

B. Gehaltszulagen in Folge der Verordnung die Gehaltsverbesserung der reformierten Pastoren des Landes betr. vom .....

Nach Vorlage 1, „Verordnung die Gehaltsverbesserung der reformierten Pastoren des Landes betr." vom . . . . würden für das Rechnungsjahr vom 1. Juli 1878—1879 rund 4418 Mark; für das Rechnungsjahr 1. Juli 1879—1880 rund 9486 Mark; für das Rechnungsjahr 1. Juli 1880—1881 rund 9823 Mark; für das Rechnungsjahr 1. Juli 1881—1882 rund 9975 Mark anzusetzen sein.

Tit. IV, „Gehalte emeritirter Prediger" 2c. und Tit. V „sonstige Gehalte" fand sich nichts zu erinnern und wurden diese Posten unverändert angenommen.

Tit. VI Pensionen. A. Pensionen bis zum Erlaß 2c. Pos. 1—9 wurden unverändert angenommen.

Die Synode beschloß zu diesem Titel vom 1. Juli dieses Jahres ab für folgende:

1. Witwe Pastor Neubourg zu Blomberg;
2. " " Dreves zu Hohenhausen;
3. " " Krüger zu Varenholz;
4. " " Sartorius in Gütersloh;
5. Kinder des verstorbenen Pastors Sturhahn zu Elbrinxen

eine Unterstützung von je 300 Mark für die Finanzperiode vom 1. Juli 1878—1882 ihrerseits zu bewilligen und die Höchstlandesherrliche Genehmigung zu dieser Ausgabe gehorsamst zu beantragen. In der

Voraussetzung, daß diese Genehmigung erfolgen werde, brachte Synode für jedes der 4 Rechnungsjahre statt der in Ansatz gebrachten 3306 Mark 1500 Mark mehr, also jedesmal 4806 Mark in Ansatz.

Tit. VI, „Pensionen." B. Pensionen für Witwen und Kinder fand sich nichts zu erinnern und wurde die Position angenommen.

Tit. VII „an Kirchen," Tit. VIII für „milde Zwecke" und Tit. IX „öffentliche Abgaben" 2c. fand sich nichts zu erinnern und wurden unverändert angenommen.

Tit. X „Remunerationen und Unterstützungen."

1. „Remuneration für Prediger und für Aushülfe in außerordentlichen Fällen."

Synode erachtete, daß hier statt 300 Mark nur 150 Mark in Ansatz zu bringen seien und beschloß demgemäß 150 Mark in Ansatz zu bringen.

2. „Rechtsanwalt Caspari" wurde, so lange ein Hülfsarbeiter im Consistorium nöthig sei, unverändert angenommen.

3. „Consistorialrath Heinrichs" wurde unverändert angenommen.

4. „Pastor Pothmann zu Talle." Da feststeht, daß der Pastor Pothmann seine Pensionirung zum 1. Octbr. dieses Jahres beantragen wird und die Synode annehmen zu dürfen glaubte, daß die Emeritirung erfolgen werde, so brachte Synode nur 1/4 der in Ansatz gebrachten 450 Mark mit 112,50 Mark in Ausgabe.

5. „Pastor a. D. Wendt zu Donop."

Synode beschloß, dem Pastor a. D. Wendt zu Donop eine Unterstützung von 300 Mark statt 225 Mark zu gewähren und die Höchstlandesherrliche Ge-

nehmigung dazu gehorsamst zu beantragen. In der Voraussetzung, daß diese Genehmigung erfolgen werde, brachte die Synode 300 Mark im Etat in Ansatz.

In dem Tit. X würden hiernach für das Rechnungsjahr 1. Juli 1878—1879 1162 Mark und für jedes der drei folgenden Rechnungsjahre 1050 Mark in Ansatz zu bringen sein.

Tit. XI „Entschädigung mehrerer 2c."

Tit. XII „Entschädigung hinsichtlich u. s. w." und Tit. XIII „Verwaltungskosten" fand sich nichts zu erinnern und wurden unverändert angenommen.

Tit. XIV „Bureaukosten" 2c. fand sich gegen die in Ausgabe gebrachte Summe von jährlich 750 Mark nichts zu erinnern und wurde dieselbe angenommen. Nur würde nach Ansicht der Synode statt des Synodal-Ausschusses des „Synodalvorstandes" zu setzen sein.

Tit. XV „Vermischte Ausgaben und Kosten der ersten Landessynode" fand sich nichts zu erinnern und wurden unverändert angenommen.

Anlage 5 ergiebt, wie der Etat nach den Beschlüssen der Synode lauten würde.

II. Anträge.

1. In Bezug auf die „Verordnung die Kirchenvorstände 2c. betr. vom 18. Februar 1876":

§ 14 möge dahin abgeändert werden, daß 5. die Prüfung und Abnahme der Kirchen- und Armenrechnungen und deren Einsendung an den Classensuperintendenten gestrichen und unverändert als 5. dem § 15 zugefügt werden möge.

Wenn diesem gehorsamsten Antrage Folge gege-

ben würde, so würde zweckmäßig der nach Vorlage 4 diesem § als 5 hinzutretende Satz „die Entscheidung darüber, ob die Wahl 2c." Nro. 6 werden.

§ 10. Es möge Consistorium ersucht werden, eine bestimmte Frist für Anbringung etwaiger Einreden durch Circularverfügung anzuordnen.

Zu demselben § wurde dann noch der Antrag gestellt und angenommen, daß Consistorium bei der Entscheidung über etwaige Einreden den Synodalvorstand zuziehen und in Verbindung mit demselben schließlich entscheiden möge.

§ 14, 7 wurde der Antrag angenommen, daß hinzugefügt werden möge:

Die Aufforderung zu weiteren Anmeldungen zur Aufnahme in das Verzeichniß hat 4 Wochen vor dem jedesmaligen allgemeinen Wahltermine zu geschehen.

§ 16 Die Synode wünschte, daß hinsichtlich der Betheiligung der weltlichen Behörden an der Verwaltung des Kirchenvermögens und der Armenmittel durch ein Gesetz die bestehenden Vorschriften aufgehoben und die kirchlichen Angelegenheiten ausschließlich den kirchlichen Behörden überwiesen werden möchten. Da der landesherrliche Commissarius Herr Geheime Regierungsrath Meyer bemerkte, die Angelegenheit werde durch eine demnächst erscheinende neue Gemeindeordnung erledigt werden, so nahm die Synode von weiteren Beschlüssen und Anträgen Abstand.

§ 17. Die Synode beantragte die Bestimmung, daß die Protocolle der Kirchenvorstandsverhandlungen nicht von allen Anwesenden, sondern nach geschehener Vorlesung und Genehmigung nur von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer bzw. einem oder zwei

andern Mitgliedern des Kirchenvorstandes zu unterschreiben seien.

§ 19. Die Synode beantragt den Zusatz: „Die „Pflicht zur Verschwiegenheit ist beschränkt auf die „die Seelsorge und Kirchenzucht betreffenden Angelegenheiten und auf die als vertraulich bezeichneten „Gegenstände."

§ 20. Die Synode beantragt zum vorletzten a. lin. dieses § einen Zusatz: „daß Einsprachen gegen „die Wahl eines Predigers nur innerhalb einer bei „der Bekanntmachung der Wahl von der Kanzel zu „bezeichnenden . . . tägigen, ausschließenden Frist „vorgebracht werden könnten."

§ 25. Von dem Synodalen Zeiß wurde beantragt, die Synode wolle höhern Orts vorschlagen, daß § 25 der Verordnung die „Kirchenvorstände u. s. w. betr. vom 18. Febr. 1876 Absatz 1, Zeile 3 dahin abgeändert werde, daß es statt 6 Jahre „heiße 8 Jahre entsprechend 2 auf einander folgenden Legislaturperioden der Synode cf. § 2 der Verordnung „die Einführung einer Landessynode betreffend vom 12. September 1877."

Die Synode beschloß, diesen Antrag Fürstlichem Consistorio zur Erwägung und etwaigen weiteren Veranlassung zu überweisen.

Der landesherrliche Commissar Herr Geheime Regierungsrath Meyer bemerkte zu allen diesen von der Synode beantragten Abänderungen, es würde sich empfehlen, in den Bericht an das Consistorium etwa Folgendes aufzunehmen: „Wenn nicht allen diesen „Anträgen entsprochen werden könne, was schwerlich „der Fall sein würde, da die Abänderung einer erst „kürzlich erlassenen Verordnung manches gegen sich

„habe, so möge durch Circularverfügung, so weit als „thunlich, den Anträgen der Synode entsprochen wer„den."

Dieser Vorschlag wurde von der Synode angenommen.

2. In Bezug auf die Verordnung, „die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Septbr. 1877." Der Synodale Zeiß beantragte: Die Synode wolle betreffenden Orts dahin wirken, daß § 7, 4 der Verordnung „die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Septbr. 1877" folgende Fassung erhalte: „Die Synode ist berechtigt, an den Prüfungen der „Candidaten der Theologie Theil zu nehmen und zu „diesem Zwecke mit absoluter Stimmenmehrheit einen „Prediger des Landes zu erwählen, der als „Mit„glied" der theologischen Examinationscommission mit „vollem Stimmrechte eintritt."

Die Synode beschloß, diesen Antrag Fürstlichem Consistorium zur Erwägung zu überweisen.

3. In Bezug auf das Gesetz, „die Bildung und Verwaltung 2c." betr. vom 12. Septbr. 1877.

Die Finanzcommission beantragte: Es möchten die erforderlichen Schritte gethan werden, die Lutheraner gemäß des genannten Gesetzes zur allgemeinen Kirchensteuer heranzuziehen und dann auch dieselben an den Gehaltsverbesserungen der Pastore u. s. w. Theil nehmen zu lassen, oder event. alle die Posten des Etats, welche sich auf die Lutheraner beziehen, auszuscheiden und eine besondere Casse für die Lutheraner zu bilden. Bis zur definitiven Regelung der Sache seien die Posten im Etat zu belassen.

Die Synode nahm diesen Antrag an und be-

schloß, denselben Consistorium zur Erwägung und etwaigen Veranlassung zu überweisen.

4. In Bezug auf die Circularverfügung Fürstl. Consistoriums an die sämmtlichen reformierten und lutherischen Prediger des Landes „die sogenannten lustigen Hochzeiten in der Passionszeit betr. vom 13. Septbr. 1858."

Der Synodale Zeiß beantragte, die Synode möge für sehr wünschenswerth erklären, daß die Bestimmung aufgehoben werde, nach welcher die Geistlichen des Landes die kirchliche Trauung zu versagen haben, wenn angehende Eheleute in der Fastenzeit eine von der Polizeibehörde erlaubte, sogenannte lustige Hochzeit feiern wollen.

Synode nahm den Antrag an und beschloß, denselben Fürstlichem Consistorium zur Erwägung und weiterer Veranlassung zu überweisen.

5. In Bezug auf die Consistorialverordnung „die Grundsätze, nach welchen bei Uebergabe der Pfarr- und Schulstellen zu verfahren ist, betr. vom 2. Januar 1834 und die weitern diesen Gegenstand betr. Verordnungen."

Der Synodale Seiff beantragte: Die Synode wolle beschließen, Hochfürstliches Cabinetsministerium ist zu ersuchen, anzuordnen, daß die beim Stellenwechsel von Predigern und Kirchendienern anforderbaren Vergütungen der Meliorationen u. s. w. auf Verlangen des Forderungsberechtigten binnen 2 Jahren von den Gehaltsbezügen des Verpflichteten nach Verfügung Fürstlichen Consistoriums zu bezahlen seien.

Die Synode nahm den Antrag an und beschloß, denselben Fürstlichem Consistorium zur Erwägung zu empfehlen.

6. Weitere Anträge.

a) Der Synodale Zeiß beantragte: Die Synode wolle den dringenden Wunsch aussprechen, daß die betreffenden Behörden unsers Landes bei Ertheilung der Erlaubniß zur Errichtung von Gast- und Schenkwirthschaften so wie in der Controle derselben mit möglichster Strenge verfahren möchten.

Dieser Antrag wurde von der Synode mit der Motivirung der Verfassungs-Commission: „Weil in kirchlicher und sittlicher Beziehung eine Vermehrung der Wirthschaften von mancherlei Nachtheilen begleitet sei," angenommen und beschlossen, denselben Fürstlichem Consistorium zur Erwägung und weiteren Veranlassung zu überweisen.

b) Der Synodale Meyer zu Dinglinghausen beantragte:

„Das Amt Brake und die Stadt Lemgo haben „zur Einschränkung der Tanzlustbarkeiten die Bestim„mung getroffen, daß nur gegen Zahlung von 10 Mk. „zur Armenkasse die Erlaubniß dazu ertheilt wird. „Synode möge bei Fürstlicher Regierung durch Fürst„liches Consistorium beantragen, daß dies allen Aem„tern zur Nachahmung empfohlen werde."

Die Synode beschloß, diesen Antrag Fürstlichem Consistorium zur Erwägung und Berücksichtigung zu empfehlen.

7. Anträge anläßlich des Etats für die Synodalkasse.

a) Die Finanzcommission beantragte, daß von den Pastoren des Landes alle 4 Jahre Anschläge über das Einkommen der Pfarrstellen von Fürstlichem Consistorium eingefordert werden möchten und daß bestimmt

werde, diese Anschläge seien von dem Pastor unter Zuziehung des Kirchenvorstandes aufzustellen.

Synode nahm diesen Antrag an und beschloß, denselben Fürstlichem Consistorium zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

b) Die Finanzcommission beantragte, daß Synode Fürstliches Consistorium ersuche, es möge dasselbe in Verbindung mit dem Synodalvorstande die Normen festsetzen, nach welchen in Zukunft die Anschläge über das Einkommen der Pfarrstellen durch den Pastor unter Hinzuziehung des Kirchenvorstandes aufzustellen seien.

Die Synode nahm diesen Antrag an und beschloß, denselben Fürstlichem Consistorium zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

c) Die Finanzcommission beantragte, „Synode möge beschließen, daß in den Anschägen über das Einkommen der Pfarrstellen die sechsfüßige Deputatklafter aus den Herrschaftlichen Forsten mit 15 Mark in Ansatz zu bringen sei, vorbehältlich des Abzuges des sogenannten Klaubelohnes."

Die Synode nahm diesen Antrag an und beschloß, denselben Fürstlichem Consistorium zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

d) Der Synodale Quentell beantragte: Die Synode möge Fürstliches Consistorium ersuchen, den Pastoren des Landes, welche Zuschüsse zu ihrem Gehalt aus der Synodalkasse erhalten, aufzugeben, daß sie in Zukunft die Grundstücke mit Ausschluß derer, welche sie selbst benutzen, öffentlich mit Hinzu-

ziehung des Kirchenvorstandes zu verpachten hätten.

Zu diesem Antrage stellte der Landesherrliche Commissarius Herr Geheime Regierungsrath Meyer den Zusatzantrag, daß hinter dem Worte: Kirchenvorstandes, die Worte: „vorbehältlich der Wahl unter den Bietenden" eingefügt werden möchten.

Synode nahm den Antrag mit dem Zusatzantrag an und beschloß, denselben Consistorio zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

e) Der landesherrliche Commissarius Herr Geheime Regierungsrath Meyer machte darauf aufmerksam, daß die Synode noch nicht Beschluß über die dem Synodalvorstand event. zu gewährenden Diäten und Transportkosten gefaßt habe.

Synode beschloß, daß die Diäten und Transportkosten für den Synodalvorstand in der Zeit, wo die Synode nicht versammelt sei, genau nach dem Regulativ „die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode betr." zu berechnen seien.

f. Die Finanzcommission beantragte, daß der von dem Pastor Reinert zu Almena eingereichte Anschlag über das Einkommen der Pfarrstelle zu Almena von Fürstlichem Consistorium zurückgegeben und die Einreichung eines neuen Anschlages gefordert werden möge, da in dem eingereichten Anschlage von den verpachteten Ländereien nur der allgemeine Nutzungswerth, nicht aber der jetzige Pachtertrag angegeben sei, wie dies die Circularverfügung Fürstlichen Consistoriums vom 15. April 1878 Nro. 839 fordere; — daß ferner der von dem Pastor Geller zu Bösingfeld eingereichte Anschlag aus demselben Grunde

zurückzugeben und ein neuer Anschlag einzufordern sei;

daß ferner bei dem Pastor Hovedissen zu Lüdenhausen von Fürstlichem Consistorium angefragt werden möge, ob in dem eingereichten Anschlage bei den Ländereien auch der zeitige Pachtwerth angegeben sei und ob die Wiese und der Kuhkamp nach den zeitigen ortsüblichen Preisen nicht zu niedrig veranschlagt seien;

daß ferner der Pastor Krecke zu Elbrinxen durch Fürstliches Consistorium aufgefordert werden möge, im nächsten Jahre einen mit Hinzuziehung des Kirchenvorstandes aufgestellten Anschlag über das Einkommen der Pfarrstelle zu Elbrinxen einzureichen.

Die Synode nahm diese Anträge an.

g) Die Finanzcommission beantragte, die Synode wolle Fürstliches Consistorium ersuchen, daß dasselbe die Pastoren auffordere, die Berechnung über Ausfälle an Einnahme von Accidenzien, namentlich in Bezug auf die ausgestellten Scheine möglichst sorgfältig aufzustellen und keine den Einzelnen geschenkten Scheine mit in Anrechnung zu bringen.

Die Synode nahm diesen Antrag an.

h) Die Finanzcommission beantragte, daß dem mit dem Pedellendienst bei der Synode beauftragten Consistorialpedell Schulte für seine Mühwaltung während der Sitzungen der Landessynode und Bedienung des Synodalvorstandes in den nächsten 4 Jahren eine Remuneration von 100 Mark, jetzt zahlbar, bewilligt werden möge.

Die Synode nahm diesen Antrag einstimmig an.

8. Anträge die Agende, den Katechismus und das Gesangbuch betreffend.

Vom Synodalen Grupe waren folgende Anträge gestellt:

a) Synode wolle beschließen, daß zur Herstellung einer neuen Agende durch passende Verwehrung des bisherigen Materials und nöthig gewordene Veränderung der Trauformulare eine Commission gewählt werde, welche einer nach 2 Jahren zu berufenden außerordentlichen Synode ihre Arbeiten zur weiteren Beschlußfassung vorlege und daß die in dieser Hinsicht nöthigen Schritte bei den betreffenden hohen Behörden gethan werden. Synode beschloß auf Antrag der Verfassungscommission, eine aus drei Geistlichen und zwei weltlichen Mitgliedern bestehende Commission zur Bearbeitung der Agende zu wählen mit der Maßgabe, daß dieselbe das Recht habe, sich sachverständige Mitarbeiter in gleicher Zahl zu wählen, die jedoch kein Stimmrecht haben. Die Commission solle in Verbindung mit dem Synodalvorstand und Fürstlichem Consistorium bis zur nächsten ordentlichen Synode eine Vorlage ausarbeiten.

In diese Commission wurden gewählt: die Pastoren Neubourg, Mörs und Sturhahn und die Synodalen Meier zu Kleinenmarpe und Brand zu Langenholzhausen.

b) Synode wolle beschließen, daß, da bei den Uebelständen, welche aus dem Gebrauch der verschiedenen Katechismen zwischen Schule und Confirmandenunterricht hervortreten, sich auch noch Schwierigkeiten durch den großen Heidelberger Katechismus ergeben, eine Commission gewählt werde, welche einer nach 2 Jahren zu berufenden außerordentlichen Synode Material zur Entscheidung dieser Frage vorlege oder geeignete Katechismen in Vorschlag bringe, welche die

kirchliche Lehre ihren wesentlichen Grundzügen nach schriftgemäß und in einer der Jugend faßlichen Weise darstellen, und daß die in dieser Hinsicht nöthigen Schritte bei den betreffenden hohen Behörden gethan werden.

Die Synode beschloß auf Antrag der Verfassungscommission mutatis mutandis wie ad a und wählte in diese Commission: Superintendent Krücke, Superintendent Zeiß und Pastor Grupe, und die Synodalen Knopsmeier und Niedermeier.

c) Synode wolle beschließen, daß zur Revision des Gesangbuches zur Ermöglichung der Einführung desselben in allen Gemeinden des Landes eine Commission gewählt werde, welche einer in 2 Jahren zu berufenden außerordentlichen Synode ihre Arbeiten zur weiteren Beschlußfassung vorlege, und die in dieser Hinsicht nöthigen Schritte bei den betreffenden hohen Behörden geschähen.

Die Synode beschloß auf Antrag der Verfassungscommission, eine aus 3 geistlichen und zwei weltlichen Mitgliedern bestehende Commission zur Revision des Gesangbuches zu wählen mit der Maaßgabe, daß dieselbe das Recht habe, sich sachverständige Mitarbeiter in gleicher Zahl zu wählen, die jedoch kein Stimmrecht haben. Die Commission solle in Verbindung mit dem Synodalvorstand und Fürstlichen Consistorium bis zu einer außerordentlichen, jedenfalls bis zur nächsten ordentlichen Synode eine Vorlage ausarbeiten.

In diese Commission wurden gewählt: Superintendent Weerth, Pastor Dreves und Pastor Krücke, und die weltlichen Synodalen Quentell zu Brake und Krecke zu Salzuflen.

Indem der Synodalvorstand vorstehendem Generalberichte die sämmtlichen Protocolle der Synode beifügt, bittet er Fürstliches Consistorium, das Weitere veranlassen zu wollen.

Der Synodalvorstand.

L. Krücke. W. Weerth. Chr. Krecke.

Verordnung,

die Abänderung der §§ 7, 8, 9, 12, 14, 15 und 17 wegen der Kirchenvorstände ꝛc. vom 18. Februar 1876 betreffend, vom 29. August 1878.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc ꝛc. verordnen unter Zustimmung der Landessynode, wie folgt:

§ 1.

Die §§ 7, 8, 9, 12, 14, 15 und 17, letzter Absatz, der Verordnung, die Kirchenvorstände ꝛc. betreffend, vom 18. Februar 1876 werden in der Art abgeändert, daß

a. § 7 lautet:

Die Wahl der Kirchenvorsteher und Stellvertreter wird getrennt, jede in einem besonderen Termine vorgenommen.

Die Wahl erfolgt in der Kirche oder Schule für die betreffende Gemeine im Ganzen oder districtweise

(cf. § 15, 6) nach vorgängiger zweimaliger Bekanntmachung des Termines von der Kanzel und damit zu verbindender Hinweisung auf die Obliegenheiten und deshalb erforderlichen Eigenschaften eines Kirchenvorstehers, unter Leitung des Kirchenvorstandes vermittelst persönlich zu überreichender Wahlzettel, worauf jeder Wähler so viel Namen von wählbaren Gemeinegliedern zu setzen hat, als Kirchenvorsteher oder Stellvertreter zu wählen sind.

Als gewählt gelten Diejenigen, welche relativ die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet das Loos.

Ueber die Vertheilung der Stimmen nach der Reihenfolge von der Mehrzahl zur Minderzahl ist ein Protokoll aufzunehmen, von mindestens zwei Mitgliedern des Kirchenvorstandes zu unterschreiben und eine Abschrift davon durch den Superintendenten der Klasse an das Consistorium einzusenden.

b. § 8 lautet:

Fällt die Wahl auf eine nach Ansicht des Kirchenvorstandes nicht wählbare Person, so ist darüber bei Einsendung des Wahlprotokolls zugleich an das Consistorium zu berichten, welches dann nach Anhörung des Betreffenden unter Zuziehung des Synodalvorstandes darüber entscheidet. Wird eine solche Wahl nicht bestätigt, so ist eine Neuwahl vorzunehmen.

c. § 9 lautet:

Die Uebernahme des Amtes eines Kirchenvorstehers oder Stellvertreters kann abgelehnt werden:

1. von Denjenigen, welche innerhalb der letzten sechs Jahre vorher ein solches Amt bekleidet haben,

2. bei einem Lebensalter von sechzig Jahren oder darüber,

3. wegen anderer erheblicher Entschuldigungsgründe, worüber der Kirchenvorstand vorbehältlich der Berufung an das Consistorium entscheidet.

Wer ohne solchen Grund sich weigert, das Amt eines Kirchenvorstehers oder Stellvertreters anzunehmen, verliert für die nächste Wahl sein Stimmrecht.

Lehnt ein Gewählter die Wahl ab, so ist eine Neuwahl vorzunehmen.

d. § 12 lautet:

Scheiden während der Dauer des Amtes Kirchenvorsteher oder Stellvertreter aus, so wählt der Kirchenvorstand gemeinschaftlich mit den Stellvertretern der Kirchenvorsteher einen Ersatzmann bis zur nächsten allgemeinen Wahl.

e. § 14 lautet:

Dem Kirchenvorstande liegt im Allgemeinen die Sorge für das religiöse und sittliche Wohl der kirchlichen Gemeine sowie für die äußeren Angelegenheiten derselben ob.

Insbesondere gehört aber zu dem Wirkungskreise des Kirchenvorstandes:

1. Belebung des christlichen Sinnes und Erhaltung von Zucht und Sitte in der Gemeine, sowohl durch eigenes Vorbild als durch besonnene Anwendung aller dazu geeigneten und statthaften Mittel.

2. Aufsicht über die würdige Feier der Sonn- und Festtage, so wie Aufrechterhaltung und Beförderung der äußren Ordnung bei'm Gottesdienste.

3. Aufsicht über die kirchlichen Gebäude und das kirchliche Inventar, desgl. über die Todtenhöfe.

4. Die Verwaltung und nächste Beaufsichtigung des Kirchenvermögens und der kirchlichen Armenfonds nach Maßgabe der vorhandenen gesetzlichen Bestim-

mungen so wie der in den einzelnen Gemeinen bestehenden und weiter statutarisch unter Bestätigung des Consistoriums zu treffenden Einrichtungen.

5. Die Vertretung der Kirche nach Außen, vorbehaltlich der Genehmigung des Consistoriums beim Beginn von Rechtsstreitigkeiten.

6. Die Aufstellung und Fortführung der Verzeichnisse der wahlberechtigten und wählbaren Gemeineglieder. (§ 6.)

f. § 15 lautet:

Dem Kirchenvorstande gemeinschaftlich mit den Stellvertretern der Kirchenvorsteher steht ferner zu:

1. Bei neuer Besetzung der Pfarrstelle die Wahl unter den vom Consistorio vorgeschlagenen Bewerbern.

2. Die Wahl des zu den jährlichen Classenversammlungen (§ 24) außer dem Prediger abzusendenden Mitgliedes unter den Kirchenvorstehern oder Stellvertretern.

3. Die Wahl der Rechnungsführer über das Kirchenvermögen und die Armenfonds (Kirchen- und Armensachen) aus der Mitte der Kirchenvorsteher.

4. Die Veranlagung von kirchlichen Steuern nach Maßgabe der bestehenden und noch weiter zu erlassenden Verordnungen.

5. Die Prüfung und Abnahme der Kirchen- und Armenrechnungen und deren Einsendung an den Klassen-Superintendenten.

6. Die Entscheidung darüber, ob die Wahl der Kirchenvorsteher oder Stellvertreter für die Gemeine im Ganzen oder districtweise unter Bestimmung der Zahl der für jeden District zu Wählenden vorgenommen werden soll.

g. § 17, letzter Absatz, lautet:

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse ist jedesmal ein Protokoll in ein dazu bestimmtes Buch aufzunehmen und nach geschehener Vorlesung und Genehmigung von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer bzw. in Ermangelung des letzteren von einem oder zwei andern Mitgliedern des Kirchenvorstandes zu unterschreiben.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit der Publikation in Kraft und wird Unser Consistorium mit Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 29. August 1878.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Verordnung,

die Emeritirung der reformierten Pastoren des Landes betreffend, vom 29. August 1878.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen unter Zustimmung der Landessynode in Bezug auf die Emeritirung der reformierten Pastoren des Landes, wie folgt:

§ 1.

Jeder im Dienste der reformierten Kirche des

Landes stehende Pastor hat, wenn er in Folge von Krankheit oder Alter theilweise oder ganz dienstunfähig geworden, das Recht, einen Hülfsprediger anzunehmen, oder sich emeritiren zu lassen.

§ 2.

Die Annahme eines Hülfspredigers erfolgt gemäß § 23, Abs. 2 der Verordnung, die Kirchenvorstände ꝛc. betreffend, vom 18. Februar 1876.

§ 3.

Wenn ein Pastor in Folge von Dienstunfähigkeit länger als 3 Jahre einen Hülfsprediger hat annehmen müssen, ist das Consistorium unter Hinzuziehung des Synodal-Vorstandes berechtigt, seine Emeritirung zu verfügen.

§ 4.

Ein emeritirter Pastor erhält jährlich vom Tage seiner Emeritirung ab aus der Synodalkasse:

bei	einer	Dienstzeit	bis	10	Jahre	600	Mark
"	"	"	"	20	"	900	"
"	"	"	"	30	"	1200	"
"	"	"	über	30	"	1500	"

§ 5.

Die Dienstzeit wird von dem Tage der ersten Anstellung, sei es als Pastor, Hülfsprediger, Vicar, Rector oder Lehrer an einer höheren Schule im hiesigen oder in einem andern deutschen Staate ab gerechnet.

§ 6.

Wenn das Einkommen der Pfarrstelle, welche

ein emeritirter Pastor zuletzt inne gehabt, über 2400 Mark außer freier Wohnung beträgt, so erhält er von seinem Nachfolger $^2/_3$ des den Betrag von 2400 Mark außer freier Wohnung übersteigenden Einkommens der Pfarrstelle.

Der Nachfolger hat in diesem Falle keinen Anspruch auf Gehaltsverbesserung, wenn ihm auch nach seinem Dienstalter ein höheres Einkommen als ihm verbleibt, zustehen sollte.

§ 7.

Der Emeritengehalt wird für das Quartal, in welchem der Emeritus stirbt, und für das darauf folgende Quartal noch voll an die Witwe oder die Kinder desselben gezahlt. Sind eine Witwe oder Kinder nicht da, so erfolgt die Zahlung nur bis zum Tage des Todes.

§ 8.

Ein emeritirter Pastor verliert seinen Gehalt (§ 4 und 6):

a. wenn er wegen eines während seiner Dienstzeit oder im Pensionsstande begangenen Verbrechens oder Vergehens verurtheilt wird, welches ihn eines Pfarramtes unwürdig machen würde.

Die Entscheidung über letzteren Punkt steht dem Consistorium in Verbindung mit dem Synodalvorstande vorbehältlich der Berufung an das Cabinets-Ministerium zu. Es bleibt jedoch dem Consistorium in Verbindung mit dem Synodal-Vorstande vorbehalten, in diesem Falle seiner Frau beziehungsweise seinen minorennen Kindern eine Unterstützung bis $^2/_3$ des Emeritengehaltes zu bewilligen;

b. wenn der Emeritus eine andere Anstellung im öffentlichen Dienste annimmt, welche ihm ein seinem letzten Diensteinkommen gleiches oder höheres Einkommen gewährt;
c. wenn der Grund, aus welchem die Emeritirung erfolgte, später gehoben wird, der Emeritus aber ein ihm angetragenes geistliches Amt, mit welchem ein seinen Emeritengehalt um mindestens 450 Mk. übersteigendes Einkommen verbunden ist, ausschlägt.

§ 9.

Diese Verordnung tritt vom 1. October 1878 an in Kraft und wird Unser Consistorium mit Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 29. August 1878.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Verordnung,

die Pension der Witwen und Waisen der reformierten Pastoren des Landes betreffend, vom 29. August 1878.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen unter Zustimmung der Landessynode in Bezug auf die den Witwen und Waisen der reformierten Pastoren des Landes zu gewährenden Pension, wie folgt:

§ 1.

Die Witwe eines im Dienste der reformierten Kirche des Landes verstorbenen Pastors erhält eine jährliche Pension von 450 Mk.

§ 2.

Die Kinder eines im Dienste der reformierten Kirche des Landes verstorbenen Pastors erhalten folgende jährliche Pensionen:

I. wenn die Mutter lebt:

a. jeder unversorgte Sohn bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 50 Mk.
b. jede unverheirathete Tochter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre 40 Mk.

II. wenn die Mutter gestorben ist:

a. jeder unversorgte Sohn bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 100 Mk.
b. jede unverheirathete Tochter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre 75 Mk.

§ 3.

Die Berechtigung zum Bezuge dieser Pensionen beginnt mit dem Schlusse des Nachjahres. Die Pension erlischt mit dem Schlusse des Quartales, in welchem der Tod der Berechtigten erfolgt, oder sie das bestimmte Lebensalter erreichen.

§ 4.

Die Pensionen werden aus der Synodalkasse gezahlt.

§ 5.

Verheirathet sich die Witwe eines Pastors wieder,

so fällt ihre Pension von dem Tage der Wiederverheirathung ab fort.

§ 6.

Die Witwe eines emeritirten Pastors erhält, wenn die Ehe während der Dienstzeit desselben und vor dessen vollendetem 60. Lebensjahre geschlossen war, die gleiche Pension, ebenso die Kinder desselben.

§ 7.

Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf die Witwen und Waisen der vor Erlaß desselben verstorbenen Pastoren des Landes, jedoch gehen die einzelnen Witwen bewilligten Pensionen fort.

§ 8.

Diese Verordnung tritt mit der Publication in Kraft, und wird Unser Consistorium mit Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 29. August 1878.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Verordnung,

die Gehaltsverbesserung der reformierten Pastoren des Landes betreffend, vom 29. August 1878.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc.

verordnen unter Zustimmung der Landessynode in Bezug auf die Gehalte der reformierten Pastoren des Landes, wie folgt:

§ 1.

Jeder im Dienste der reformierten Kirche des Landes angestellte Pastor erhält ein jährliches Einkommen von mindestens 1950 Mark neben freier Wohnung.

§ 2.

Jeder im Dienste der reformierten Kirche des Landes angestellte Pastor erhält neben freier Wohnung:

a. nach einer Dienstzeit von 5 Jahren mindestens 2100 Mk.
b. nach einer Dienstzeit von 10 Jahren mindestens 2400 Mk.
c. nach einer Dienstzeit von 15 Jahren mindestens 2700 Mk.
d. nach einer Dienstzeit von 25 Jahren mindestens 3000 Mk.

§ 3.

Ist das dem Pastor hiernach rechtlich zustehende Einkommen nicht mit der Stelle verbunden, die er inne hat, so wird die fehlende Summe aus der Synodalkasse zugeschossen.

§ 4.

Die Dienstzeit wird von dem Tage der Anstellung als Pastor, Hülfsprediger, Vicar, Rector oder

Lehrer an einer höheren Schule im hiesigen oder in einem anderen deutschen Staate ab gerechnet.

§ 5.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1879 an in Kraft, und wird Unser Consistorium mit Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 29. August 1878.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Circular-Verfügung

an die Pastoren und Kirchendiener des Landes, Berechnung über Ausfälle an Einnahme von Accidenzien betr., vom 28. October 1878.

Die Herren Pastoren und Kirchendiener des Landes werden hierdurch anläßlich eines Antrages der diesjährigen Landessynode angewiesen, die Berechnung über Ausfälle an Einnahme von Accidenzien namentlich in Bezug auf die ausgestellten Kirchenbuchsextracte möglichst sorgfältig aufzustellen und keine den Einzelnen erlassenen oder geschenkten Gebühren mit in Anrechnung zu bringen.

Detmold, den 28. October 1878.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Circular-Verfügung

an die Pastoren und Schullehrer des Landes,
das Verfahren bei Uebergabe der Pfarr- u. Schulstellen betr.,
vom 28. October 1878.

Zu der Consistorial-Verordnung, die Grundsätze, nach welchen bei Uebergabe der Pfarr- und Schulstellen zu verfahren ist, betreffend vom 2. Januar 1834 und die daran sich anschließenden weiteren Verordnungen diesen Gegenstand betreffend, wird anläßlich eines Antrages der diesjährigen Landessynode bestimmt, daß die bei dem Stellenwechsel von Pastoren, Kirchendienern und Lehrern anforderbaren Meliorationen spätestens binnen 2 Jahren nach erfolgtem Dienstantritte an die Forderungsberechtigten bezahlt werden müssen und daß die Zahlung der Meliorationen aus den Gehaltsbezügen des Verpflichteten event. auf den Antrag der Forderungsberechtigten durch das Consistorium verfügt werden kann.

Detmold, den 28. October 1878.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Circular-Verfügung

an die Pastoren des Landes,
Trauung bei s. g. lustigen Hochzeiten in der Passionszeit betr.,
vom 28. October 1878.

Mit Rücksicht auf die durch das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Ehe-

schließung vom 6. Februar 1875 eingetretene Veränderung der Verhältnisse wird die Circular-Verfügung des Consistoriums, die Versagung der Trauung bei s. g. lustigen Hochzeiten in der Passionszeit betr., vom 13. Sept. 1858 Seite 73 und 74 des zweiten Nachtrages zu der Sammlung von Verordnungen ꝛc. hiermit aufgehoben. Die Herren Pastoren werden jedoch angewiesen, in Verbindung mit den Kirchenvorständen in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die Sonntage, die Feierzeiten und namentlich auch die Passionszeit geheiligt werden.

Detmold, den 28. October 1878.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Circular-Verfügung

an die reformierten Kirchenvorstände des Landes, die Abänderung einiger Paragraphen der Verordnung vom 18. Februar 1876, die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger ꝛc. betr., vom 28. October 1878.

Auf Grund der von der diesjährigen Landessynode gestellten Anträge wird mit Höchstlandesherrlicher Genehmigung zu der Verordnung, die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger und die Classenversammlungen der reformierten Kirchengemeinen des Landes betr., vom 18. Februar 1876, cf. Verordnung, die Abänderung der §§ 7, 8, 9, 12, 14, 15,

und 17 wegen der Kirchenvorstände ꝛc. vom 18. Februar 1876 betr., vom 29. August 1878 Folgendes verordnet:

1. Zu § 10. Etwaige Einreden gegen das von der Kanzel bekannt gemachte Ergebniß der Wahl sind zunächst bei dem Kirchenvorstande und dann bei dem Classensuperintendenten und zuletzt nöthigenfalls bei dem Consistorio jedesmal innerhalb 8 Tagen anzubringen und ist auf diese Frist jedesmal hinzuweisen.

Consistorium wird dann seine schließliche Entscheidung unter Zuziehung des Synodal-Vorstandes treffen.

2. Zu § 14, 6. Die Aufforderung zu weiteren Anmeldungen zur Aufnahme in die Verzeichnisse der wahlberechtigten und wählbaren Gemeineglieder hat 4 Wochen vor dem jedesmaligen allgemeinen Wahltermine zu geschehen.

3. Zu § 19. Die Pflicht der Verschwiegenheit ist beschränkt auf die die Seelsorge und Kirchenzucht betreffenden Angelegenheiten und auf die als vertraulich bezeichneten Gegenstände.

4. Zu § 20. Von Seiten der Glieder der Gemeine kann gegen den so Gewählten innerhalb einer bei der Bekanntmachung der Wahl von der Kanzel zu bezeichnenden achttägigen, ausschließenden Frist nur dann Einsprache erhoben werden, wenn Erhebliches und Begründetes gegen die Lehre, den Wandel oder die Begabung desselben vorgebracht wird.

Detmold, den 28. October 1878.

Fürstlich Lippisches Consistorium.

B. Meyer.

Circular-Verfügung

an die reformierten Pastoren des Landes, Aufstellung der Anschläge über das Diensteinkommen ihrer Pfarrstellen betr., vom 9. Juni 1879.

Auf Antrag der vorjährigen Landessynode werden die Herren reformierten Pastoren des Landes angewiesen, in Zukunft alle 4 Jahre und zwar vor dem Zusammentritte der ordentlichen Landessynode einen von ihnen unter Zuziehung des Kirchenvorstandes aufgestellten Anschlag über das Einkommen ihrer Pfarrstellen uns einzusenden. Die Normen, nach denen dieser Anschlag aufzustellen ist, werden demnächst von uns mitgetheilt werden.

Es wird jedoch schon jetzt bestimmt, daß in dem Anschlage die sechsfüßige Deputatholzklafter aus den Fürstlichen Forsten vorbehältlich des Abzuges des s. g. Klaubelohnes mit 15 Mark zu berechnen ist, welcher Betrag auch in Zukunft für die Meliorationsrechnungen maßgebend ist.

Weiter wird auf Antrag der vorjährigen Landessynode bestimmt, daß die Herren reformierten Pastoren des Landes, welche Zuschüsse zu ihrem Gehalte aus der Synodalkasse erhalten, in Zukunft die von ihnen selbst nicht benutzten Pfarrgrundstücke mit Hinzuziehung des Kirchenvorstandes öffentlich im Wege der Versteigerung, vorbehältlich der Wahl unter den Bietenden, zu verpachten haben.

Detmold, den 9. Juni 1879.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Verfügung

auf den Bericht über das Ergebniß der Berathungen der ersten Landessynode im Jahre 1878, vom 9. Juni 1879.

Dem Synodalvorstand erwidern wir auf den Bericht vom $\frac{29. \text{ Juli}}{10. \text{ Aug.}}$ v. J., Ergebniß der Berathungen der Landessynode betr., Folgendes:

Ad I. Vorlagen.

1, Vorlage, Verordnung, die Gehaltsverbesserung der reformierten Pastoren des Landes betr.

2, Vorlage, Verordnung, die Emeritirung der reformierten Pastoren des Landes betr.

3, Vorlage, Verordnung, die Pension der Witwen und Waisen der reform. Pastoren des Landes betr.

4, Vorlage, Verordnung, die Abänderung der §§ 7, 8, 9 und 15 der Verordnung die Kirchenvorstände ꝛc. betr. vom 18. Februar 1876 betr.

Den Anträgen der Landessynode ist durch die vier betreffenden Verordnungen vom 29. August 1878 cf. Gesetz-Sammlung für das Fürstenthum Lippe Nr. 16 vom Jahre 1878 entsprochen.

Ad. I. Vorlagen.

5, Vorlage, den Etat der Synodalkasse betr.

Der Etat der Synodalkasse für die Zeit vom 1. Juli 1878—30. Juni 1882 ist unter Berücksichtigung der Anträge der Landessynode festgestellt, bzw. wird es geschehen.

Ad II. Anträge.

1. In Bezug auf die Verordnung, die Kirchenvorstände ꝛc. betr., vom 18. Febr. 1876, Abänderung

der §§ 14 und 17 betr. Den Anträgen ist in der Verordnung, die Abänderung der §§ 7, 8, 9, 12, 14, 15 und 17 wegen der Kirchenvorstände ꝛc. vom 18. Febr. 1876 betr., vom 29. Aug. 1878 entsprochen worden. Den Anträgen auf Abänderung der §§ 10, 14 b, 19 und 20 ist durch die Consistorialverordnung vom 28. October 1878 Nr. 2619 entsprochen. Der Antrag auf Abänderung des § 25 soll in Erwägung gezogen und nöthigenfalls der nächsten Landessynode eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

2. In Bezug auf die Verordnung, die Einführung einer Landessynode betr., vom 12. Sept. 1877. Dem Antrag auf Abänderung des § 7, 4 ist die Höchstlandesherrliche Genehmigung nicht ertheilt.

3. In Bezug auf das Gesetz, die Bildung und Verwaltung ꝛc. betr., vom 12. Sept. 1877. Dem Antrage ist die Höchstlandesherrliche Genehmigung nicht ertheilt; es sind jedoch mit den lutherischen Gemeinen des Landes Verhandlungen wegen ihres Beitritts zur Landessynode angeknüpft und darf gehofft werden, daß dieselben Erfolg haben.

4. In Bezug auf die Circularverfügung des Consistoriums, die s. g. lustigen Hochzeiten in der Passionszeit betr., vom 13. Sept. 1838. Dem Antrage der Landessynode ist durch die Consistorialverfügung vom 28. Oct. 1878 Nr. 2618 entsprochen.

5. In Bezug auf die Consistorialverordnung, die Grundsätze ꝛc. betr., vom 2. Jan. 1834. Dem Antrage der Landessynode ist durch die Consistorialverordnung vom 28. Oct. 1878 Nr. 2617 entsprochen.

Ad 6. Weitere Anträge a und b, von den Anträgen der Landessynode ist Höchsten Orts Kenntniß

genommen, zu einer entsprechenden Verfügung an Fürstliche Regierung jedoch keine Veranlassung gefunden, da dieselbe sich mit den Gegenständen in jüngster Zeit mehrfach beschäftigt hat und eine Versäumung hierin ihr in keiner Weise zur Last fällt.

Ad 7. Anträge anläßlich des Etats der Synodalkasse. Den Anträgen der Landessynode sub a, c und d ist durch Consistorialverordnung vom 9. Juni d. J. Nr. 1395 entsprochen. Dem Antrage der Landessynode sub b wird demnächst entsprochen werden, und sind die Verhandlungen wegen der Normen, nach welchen die Anschläge über das Einkommen der Pfarrstellen aufzustellen sind, bereits eingeleitet.

Dem Antrage der Landessynode sub e wird entsprochen werden. Den Anträgen sub f ist entsprochen. Dem Antrage der Landessynode sub g ist durch die Consistorialverfügung vom 28. Oct. 1878 Nr. 2616 entsprochen. Dem Antrage der Landessynode sub f ist entsprochen und sind dem Consistorialpedell Schulte 100 Mark angewiesen und aus der Consistorialkasse ausbezahlt.

Ad 8. Anträge, die Agende, den Katechismus und das Gesangbuch betr. Auf die Anträge der Landessynode ist unter dem 23./26. Mai d. J. nachfolgende Resolution Fürstlichen Cabinets-Ministeriums ergangen:

„Der Beschluß der Synode wegen der Agende, des Katechismus und des Gesangbuches ist dahin gegangen, daß die erwählten s. g Commissionen in Verbindung mit dem Synodalvorstande und Fürstlichem Consistorium Vorlagen ausarbeiten sollen; und sind die Commissionen zur Bearbeitung der Agende und des Katechismus bzw. zur Revision des Gesangbuches ernannt.

In formeller Beziehung würden diese Beschlüsse überhaupt nur dann ausführbar sein, wenn der Durchlauchtigste Fürst die Einberufung einer außerordentlichen Synode zu befehlen geruhen sollte. Denn für jede ordentliche Synode findet eine Neuwahl statt, und kann deshalb eine Synode nicht eine Commission aus ihrer Mitte niedersetzen, welche ihre Thätigkeit auf die nächste ordentliche Synode erstrecken soll, von welcher die Commissionsmitglieder möglicherweise gar nicht Mitglieder sind. Außerdem beschränkt sich die Thätigkeit einer Synode auf die Zeit ihres Zusammenseins. In der Zwischenzeit zwischen den Synoden ist allein der Synodalvorstand zu einer Thätigkeit, wie sie die Synodalordnung vom 12. September 1877 vorschreibt, befugt.

Der Landessynode ist zwar in sofern das Recht der Initiative eingeräumt, als sie (vgl. § 6 der Syn.-Ordn.) Beschlüsse über die seitens einzelner Mitglieder ausgearbeiteten Gesetzentwürfe fassen kann, welche dann der landesherrlichen Bestätigung unterliegen; dadurch kann aber eine Befugniß der Synode, sich selbst durch niedergesetzte Commissionen Vorlagen ausarbeiten zu lassen, nicht begründet werden.

Wollte sich Fürstliches Consistorium bei der Berathung solcher Commissionen betheiligen, so würde es die von ihm im Namen des Durchlauchtigsten Fürsten auszuübende Initiative aus der Hand geben.

Fürstliches Consistorium faßt nun die Beschlüsse der Synode dahin auf, daß die fr. Commissionen Material für Vorlagen ausarbeiten und bei dieser ihrer Thätigkeit in Verhandlung mit dem Consistorium treten sollen, um von demselben Winke, Rathschläge und Anweisungen zu erhalten, und daß das

von den Commissionen beigebrachte Material dann von Fürstlichem Consistorium bei der ihm obliegenden Ausarbeitung der der Synode zu machenden Vorlagen benutzt werde. Wenn dieß auch die Auffassung der Synode gewesen ist, so entspricht ihr jedenfalls nicht der Wortlaut ihrer Beschlüsse, nach welchen die Commissionen die Vorlagen für die Synode ausarbeiten sollen. Aber auch bei dieser Auffassung würden die fr. Commissionen als solche immerhin als Beauftragte der Synode erscheinen, welche von Fürstlichem Consistorium unabhängig und nicht verpflichtet wären, von letzterem irgend welche Weisungen anzunehmen. Wie bemerkt, kennt die hiesige Synodalverfassung derartige Commissionen der Synode zur Ausarbeitung von Vorlagen nicht, sie würden also nur in Vereinbarung mit Fürstlichem Consistorium unter landesherrlicher Genehmigung niedergesetzt werden können.

Die Zweckmäßigkeit der Maßnahme, bei der Berathung der in Frage stehenden Gegenstände, der Beschaffung des erforderlichen Materials für demnächstige Vorlagen an die Synode und der Ausarbeitung dieser Vorlagen selbst einige Mitglieder der zeitigen Synode und auch außerhalb der Synode stehende geeignete Personen zuzuziehen, kann nicht verabredet werden, und erscheint es deshalb angemessen, in so weit auf den Plan der Synode einzugehen. Es muß aber daran festgehalten werden, daß eine zur Ausarbeitung 2c. der landesherrlichen Vorlagen für die Synode niederzusetzende Commission nicht unabhängig von Fürstlichem Consistorium die fr. Arbeiten vornehme und mit letzterem nur in geschäftliche Verbindung trete, sondern unter directer Leitung Fürstlichen Consistoriums seine Arbeiten vornehme. Es wird also die Com-

mission eine aus Beauftragten Fürstlichen Consistoriums und aus den von der Synode hierfür benannten Personen zusammengesetzte unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Consistoriums stehende sein müssen und nicht die Vorlagen für die Synode auszuarbeiten und zu beschließen, sondern nur Vorschläge für die zu machenden Vorlagen zu eröffnen haben.

Nur in dieser Weise erscheint die freie Entschließung des Durchlauchtigsten Fürsten hinsichtlich der der Synode demnächst in fr. Beziehung zu machenden Vorlagen in erforderlicher Weise gewahrt, wogegen andernfalls voraussichtlich die von vornherein abzuweisende Auffassung hervorgerufen würde, daß die Commissionen über die zu machenden Vorlagen beschlossen haben.

Was sodann die in Frage stehenden Berathungsgegenstände selbst anbetrifft, so erscheint

1, nach dem von Fürstlichem Consistorium Vorgetragenen allerdings die Einführung einer neuen Agende für die reformierten Kirchengemeinden wünschenswerth und haben der Durchlauchtigste Fürst die Ausarbeitung einer solchen behuf demnächstiger Vorlage in der Landessynode gnädigst befohlen;

2, eben so ist es höchstlandesherrlich genehmigt, daß der bei den meisten Gemeinden sich in Gebrauch befindende Heidelberger Katechismus einer Umarbeitung unterzogen, und das Elaborat demnächst, in so weit es höchsten Orts gebilligt wird, demnächst der Landessynode vorgelegt werde. Da indessen der Landessynode nur eine Mitwirkung bei der Einführung neuer kirchlicher Lehrbücher zusteht, so wird sich die Vorlage für die Synode hierauf zu beschränken haben und bleibt Fürstlichem Consistorium als der Oberschulbehörde die Erwägung

überlassen, ob und in welcher Weise das neue kirchliche (für den Confirmandenunterricht bestimmte) Lehrbuch auch in den Schulen einzuführen ist.

3, Hinsichtlich des Gesangbuches muß Fürstlichem Consistorium darin vollständig beigestimmt werden, daß sich die Einführung eines ganz neuen Gesangbuches nicht empfiehlt, welches an die Stelle des jetzigen s. g. neuen Gesangbuches bzw. des noch in einigen Gemeinden gebrauchten alten Gesangbuches tritt. Es wird sich demnach nur um eine Durchsicht und Ueberarbeitung des s. g. neuen Gesangbuches und um Herstellung eines Gesangbuches zu handeln haben, welches neben den bisherigen Gesangbüchern gebraucht werden kann und erst im Laufe der Zeit an der letzteren Stelle tritt.

Fürstliches Consistorium wolle demgemäß seinerseits unter dem Vorsitze und unter der Leitung eines Mitgliedes des Collegs eine Commission zur Berathung der in Frage stehenden Gegenstände und zur Eröffnung von Vorschlägen für die demnächst dieserhalb der Synode zu machenden Vorlagen niedersetzen, zu derselben die von der Synode benannten Mitglieder der Synode, so wie etwa sonst dafür geeignete Personen zuziehen, demnächst das Resultat der Commissionsberathungen einer Prüfung unterziehen und die hiernach festgestellten Vorlagen für die Synode zur Einholung der höchstlandesherrlichen Genehmigung einreichen."

Der Weisung Fürstlichen Cabinets-Ministeriums werden wir in der nächsten Zeit entsprechen und versehen uns gern zu den von der Landessynode erwählten Commissionen, daß sie die Angelegenheiten

in der vorgeschriebenen Weise mit uns thunlichst fördern werden.

Detmold, den 9. Juni 1879.

Fürstlich Lippisches Consistorium.

Circular-Verfügung

an die Kirchenvorstände des Landes,
die Revision der Kirchen- und Armen-Rechnungen durch die Verwaltungsbehörden betr., vom 26. Januar 1880.

Auf Grund eines Erlasses Fürstlichen Cabinets-Ministeriums vom 14/16 d. M. werden die Kirchenvorstände des Landes davon in Kenntniß gesetzt, daß eine Revision der Kirchenrechnungen durch die Fürstlichen Verwaltungsämter hinfort nicht mehr stattfindet, und daß demnach auch Revisionsgebühren zur Sportelnkasse nicht mehr zu zahlen sind.

Wo eine Revision der Kirchenrechnung durch einen Magistrat bisher stattgefunden hat, bleibt es bis auf Weiteres bei dieser Ordnung.

Die Armenrechnungen sind nach wie vor den Fürstlichen Verwaltungsämtern durch die Herrn Superintendenten zur Revision zuzusenden.

Detmold, den 26. Januar 1880.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Gesetz,

die Aufhebung der Bestimmungen wegen Theilnahme der politischen Gemeinden an der Berathung und Beschlußnahme der kirchlichen Gemeinden über die vorhandenen Kirchenfonds und über Kirchenbauten betreffend, vom 2. April 1880.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

§ 1.

Nachfolgende Bestimmungen:

1. im § 12 der Verordnung, die Beiträge zu den Bedürfnissen der Kirchen und Schulen betreffend, vom 16. Mai 1827, insoweit danach bei neuen Bauten oder Reparaturen der Kirchengebäude seitens der Kirchenvorstände die Obrigkeiten und Vorsteher der politischen Gemeinden zur Beschlußnahme zuzuziehen sind;

2. im § 35 der Verordnung, die Gemeinde-Verfassung betreffend, vom 2. März 1841, insoweit danach bei wichtigen Kirchenbauten, deren Kosten durch besondere Gemeindeumlagen aufzubringen sind, die Vorsteher der betheiligten Dorfschaften zur Berathung und Beschlußfassung zugezogen werden müssen, und die Kirchenrechnungen dem Gemeinderathe auf dessen Ersuchen zur Einsicht mitzutheilen sind;

3. in der Verordnung vom 30. März 1841 zur näheren Bestimmung des Gesetzes vom 16. Mai 1827, die Beiträge zu den Bedürfnissen der Kirchen und

Schulen betreffend, soweit sich dieselben auf Kirchenbauten beziehen;

4. in den §§ 123 und 124 der Städteordnung vom 16. Mai 1843, dahin lautend:

„Die vorhandenen Kirchenfonds werden in der bisherigen Art verwaltet. Hat der Magistrat seither an dieser Verwaltung Theil genommen, so geschieht dies auch ferner, und kann er damit Einen oder Einzelne aus seiner Mitte beauftragen.

Sollen Kirchenbauten ausgeführt werden, deren Kosten wegen Unzulänglichkeit der vorhandenen kirchlichen Mittel ganz oder theilweise von der Gemeinde aufgebracht werden müssen, so hat der Magistrat deshalb mit den Stadtverordneten in Berathung zu treten, und ist übrigens nach Vorschrift der Verordnung vom 16. Mai 1827 zu verfahren."

werden aufgehoben.

§ 2.

Wo in einer Kirchengemeinde zu deren Bedürfnissen auch seitens der politischen Gemeinde beigetragen wird, muß dieserhalb eine Auseinandersetzung erfolgen, welche, wenn keine gütliche Einigung stattfindet, im Verwaltungswege herbeizuführen ist.

§ 3.

Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage der Publikation in Kraft.

Detmold, den 2. April 1880.

Woldemar, Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

Circular-Verfügung

an die Pastoren des Landes,
die Quittungen über Gehaltsbezüge aus der Synodalkasse betr.,
vom 30. Mai 1881.

Die den Pastoren des Landes aus der Synodalkasse zustehenden Gehaltsbezüge werden von denselben in der Regel in vierteljährlichen Raten gegen Quittung erhoben, und kann dies auch ferner geschehen. Zur Vereinfachung der Synodalkassen-Rechnung empfiehlt es sich aber, daß außerdem von den Pastoren Quittungen, welche auf den Jahresbetrag der Gehaltsbezüge lauten, am Schlusse des vom 1. Juli bis 30. Juni laufenden Rechnungsjahres direkt an den Rechnungsführer der Synodalkasse, Rechnungsrath Merckel hierselbst, eingesandt werden. Diese Quittungen sind jährlich bis spätestens zum 15. Juli und zuerst für das Rechnungsjahr $18^{80}/_{81}$ an den Rechnungsrath Merckel hierselbst frankirt einzusenden. Dieselben sind so auszustellen, daß sie lauten auf: 1) Gehalt 2) Gehaltszulage in Folge der Verordnung, die Gehaltsverbesserung der reformierten Pastoren des Landes betr., vom 29. August 1878.

sub 1) Gehalt sind alle aus der Synodalkasse erfolgenden Zahlungen, mögen sie nun Gehalte oder Pastoratsgelder 2c. heißen, zu einer Summe zu vereinigen und im Jahresbetrage anzugeben.

sub 2) ist nur die Gehaltszulage, welche auf Grund der genannten Verordnung erfolgt, im Jahresbetrage anzugeben.

Die Jahresbeträge sub 1 und 2 sind schließlich

auf der Quittung zu einem Betrage zu vereinen, so daß die Quittung lauten würde:

„Aus der Synodalcasse habe ich für das Jahr . .
. . . . . .
1) Gehalt . . . . . .
2) Gehaltszulage in Folge der Verordnung vom 29. August 1878 . . . . . .
Summa . . . .

erhalten.

Ort Datum
Name "

Auf die Entschädigung für Ausfall an Einnahme durch Accidenzien, wie auch auf Entschädigung für verringertes Diensteinkommen in Folge der Edikte vom 9. und 15. März 1854 bezieht sich diese Verfügung nicht.

Detmold, den 30. Mai 1881.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Circular-Verfügung
an die reformierten Pastoren des Landes,
Normen für die Anschläge über das Diensteinkommen der Pfarrstellen betr., vom 30. Mai 1881.

Die Herrn reformierten Pastoren des Landes empfangen hierbei die mit dem Synodalvorstande ver-

einbarten Normen, nach welchen in Zukunft die alle vier Jahre einzureichenden Anschläge über das Diensteinkommen der Pfarrstellen aufzustellen sind.

Es sind hiernach nun die Anschläge aufzustellen und bis spätestens zum 31. December d. J. hierher einzusenden.

Detmold, den 30. Mai 1881.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Normen

für die von den Herrn reformierten Pastoren des Landes unter Zuziehung der Kirchenvorstände alle vier Jahre aufzustellenden und dem Consistorium vor dem Zusammentritte jeder ordentlichen Landessynode einzusendenden Anschläge über das Diensteinkommen der Pfarrstellen.

I. Baare Einnahmen.

1) Gehalte, Canons ꝛc. Die einzelnen Posten sind unter Angabe der Fälligkeitstermine und der Cassen, aus welchen sie fließen, anzugeben.

2) Zinsen von ausgeliehenen Capitalien. Die Capitalien sind einzeln unter Angabe der Schuldner, des Zinsfußes und des Fälligkeitstermines der Zinsen anzugeben. Capitalien über 150 Mark dürfen nicht unter 4% ausgeliehen werden.

3) Accidenzien. Der wirkliche Ertrag derselben ist nach dreijährigem Durchschnitte anzugeben und ist hierbei die Entschädigung, welche für Ausfall

an Einnahme durch Accidenzien in Folge des Reichsgesetzes, die Einführung der Civilstandsregister betr., vom 6. Febr. 1875, aus der Synodalkasse gewährt wird, aufzuführen und mit in Einnahme zu stellen; daneben ist jedoch unter Zugrundelegung der catastermäßigen Gebühren anzugeben, wie viel laut den Eintragungen im Kirchenbuche a) für Copulationen b) für Taufen c) für Confirmationen d) für Leichen e) für Communionen hätte einkommen müssen, und wie viel f) für Kirchenbuchsextracte und g) von Wöchnerinnen eingekommen ist.

4) Festopfer. Der wirkliche Ertrag desselben ist nach dreijährigem Durchschnitte anzugeben.

5) Bekanntmachungen. Wo noch Einnahme aus weltlichen Bekanntmachungen, sei es von der Kanzel, sei es durch Anschlag an der Kirche, vorkommt, ist dieselbe nach dreijährigem Durchschnitte anzugeben.

(Damit der sub 3 bis 5 vorgeschriebene dreijährige Durchschnitt der wirklichen Einnahme angegeben werden könne, sind genaue Aufzeichnungen zu machen, welche auch während der Vacanz einer Pfarrstelle von dem Kirchenvorstande fortzusetzen sind).

II. Einnahme von Naturalien und Prästationen.

1) Grundstücke, welche selbst benutzt werden. Als Ertrag sind $^3/_4$ des ortsüblichen Pachtpreises der einzeln abzuschätzenden Grundstücke anzusetzen, da der volle Pachtpreis bei der Selbstbewirthschaftung nach Lage der Sache nicht zu erzielen sein wird und deßhalb auch nicht in Anrechnung gebracht werden kann. In Abzug zu bringen sind die auf

den Grundstücken ruhenden Lasten, Canons, Zehnten und Abträge von Meliorationscapitalien.

2) Grundstücke, welche verpachtet sind. Es ist der Reinertrag der Verpachtung nach Abzug der entstehenden Unkosten unter Aufführung der einzelnen verpachteten Grundstücke anzugeben.

3) Pachtkorn und Zehnten. Maßgebend ist der von Fürstlicher Ablösungscommission in der letzten Bekanntmachung — dieselbe erfolgt zu Anfang jeden Jahres — festgesetzte Preis.

4) Kleinere Naturalgefälle. Maßgebend ist der von Fürstlicher Regierung in der letzten Bekanntmachung — dieselbe erfolgt von 6 zu 6 Jahren — festgesetzte Preis.

5) Naturalgefälle z. B. Hude- und Mastberechtigung, Plaggen 2c., für welche gesetzliche Preise nicht bestehn, sind nach den ortsüblichen Preisen zu veranschlagen.

6) Dienste. Dieselben sind nach den gesetzlichen Ablösungspreisen und, sofern solche nicht bestehen sollten, nach den ortsüblichen Preisen unter Abzug der Gegenleistung zu veranschlagen.

7) Deputatholz. Die sechsfüßige Deputatklafter aus den Herrschaftlichen Forsten ist mit 15 Mark unter Abzug des Stamm- und Klaubegeldes zu veranschlagen. Kleinere Klaftern sind nach Verhältniß dieses Satzes zu berechnen. Für sonstige Holzprästationen ist der ortsübliche Preis anzusetzen, eventuell ist die Taxation eines Forstverständigen einzuholen.

Detmold, den 30. Mai 1881.

Fürstlich Lippisches Consistorium.

B. Meyer.

Bericht
des Synodal-Vorstandes
über das Ergebniß der Berathungen der zweiten Landessynode im Jahre 1882 vom 26. Juli 1882.

Detmold, 26. Juli 1882.

An
Fürstliches Consistorium!

Generalbericht des Synodalvorstandes, das Ergebnis der Beratungen der zweiten Landessynode betr.

Nach § 9 der Verordnung die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Sept. 1877, liegt dem Synodalvorstande die Redaction und Beglaubigung der Synodalprotocolle sowie die Einreichung von Abschriften derselben beim Consistorium ob. Der Synodalvorstand erachtet es jedoch im Einvernehmen mit den landesherrlichen Commissarien Geh. Oberregierungsrat Meyer und Generalsuperintendent Koppen und dem Beschluß der Landessynode, welche den Abdruck des Generalberichts der Verhandlungen der Landessynoden beantragt hat, entsprechend, für zweckmäßig, nicht nur die Protocolle zu überreichen, sondern einen umfassenden, die Ergebnisse der Verhandlungen darlegenden Generalbericht zu erstatten. Dieser wird sich zunächst auf die der Synode gemachten Vorlagen und die mit denselben im Zusammenhange stehenden Anträge und dann auf die von der Synode gestellten Anträge und Wünsche zu erstrecken haben.

I.
Vorlagen.

1. Vorlage 1.

Verordnung, den Beitritt der lutherischen Gemeinden des Landes zur Landessynode betr. vom . . . .

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung die Einführung einer Landessynode betr. v. 12. Septbr. 1877 zwei Mal beraten.

§ 1. Im Eingang „ist vor" lutherischen Gemeinden zu setzen: vier.

§ 2. a lin. 2 Zeile drei ist vor Abstimmung zu setzen: der Beteiligung an der Debatte und

§ 3 ist unverändert angenommen.

§ 4 Zeile 1 erhält die Fassung:

„Die lutherischen Gemeinden des Landes haben und dem entsprechend ist in Zeile 8 bezw. 9 zusammenzusetzen und zusammenzutreten zu setzen.

Am Schluß des § sind die Worte „nach wie vor" zu streichen.

§ 5 ist statt Gehaltverbesserung „Gehaltsverbesserung zu setzen.

§ 6, I ist unverändert angenommen.

§ 6, II 6 § 4 erhält die Fassung:

„Ueber die Wahlen ist ein Protocoll aufzunehmen, vom Schriftführer, vom Superintendenten, bezw. in der lutherischen Klasse vom Vorsitzenden des Wahlcollegiums zu unterzeichnen und an das Consistorium einzusenden."

In § 6 III ist in Zeile 4 zu setzen statt: „und den Ordnungen der evangelischen Landeskirche gemäß„ und den bestehenden kirchlichen Ordnungen gemäß ꝛc.

§ 6 IV ist unverändert angenommen desgl. § 7.

Anlage 1 ergiebt, wie die Verordnung nach den Beschlüssen der Landessynode lauten würde.

Zu der Verordnung wurde der Antrag des Synodalen Krücke II und Horrmann: Synode ersucht Fürstliches Consistorium, der lutherischen Gemeinde Detmold den Wunsch auszusprechen, ihr Gemeindestatut der Verordnung vom 18. Febr. 1876 bzw. 29. Aug. 1878 conform zu machen, einstimmig angenommen.

2. Vorlage 2.

Verordnung, die Abänderung des § 17 wegen der Kirchenvorstände 2c. vom 18. Febr. 1876 betr. vom . . . .

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung vom 12. Sept. 1877 zwei Mal beraten.

In § 1 a lin. 1 ist Satz 2 und 3 umzustellen und am Schluß von Satz 2 zu setzen: Daß die dann Erschienenen über die vorliegende Sache Beschlus zu fassen berechtigt seien.

§ 2 ist unverändert angenommen.

Anlage 2 ergiebt, wie die Verordnung nach den Beschlüssen der Landessynode lauten würde. — Zu der Verordnung der Antrag der Verfassungscommission angenommen: Synode wolle beschließen Fürstliches Consistorium möge eine Instruction zu der betr. Verordnung erlassen, welche erstens als Auslegung „des Begriffs „ordnungsmäßig" in § 1 die Bestimmung, daß zur Kirchenvorstandssitzung eine rechtzeitige, spätestens einen Tag vor der Sitzung erfolgende schriftliche, die Angabe der Tagesordnung enthaltende Einladung, zu erfolgen habe und zweitens Kenntnisgabe davon enthalte, daß sich die in der

Verordnung getroffene Bestimmung auch auf die Stellvertreter beziehe.

Dem Gange der Verhandlungen der Landessynode entsprechend, folgt der Bericht über Vorlage 3 die Agende und das Gesangbuch betr., der Vorlage 4 und der Vorlage den Etat betr.

3. Vorlage 4.

Die Beratung derselben fand nur einmal statt und wurde dieselbe unverändert angenommen.

Dieselbe liegt als Anlage 3 an.

4. Vorlage den Etat der Synodalkasse für 1. Juli 1882 bis 1. Juli 1886 betr.

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Sept. 1877 zweimal beraten.

Auf den von der Synode angenommenen Antrag der Finanzcommission, welcher dahin lautet: Um Unklarheiten in der Rechnung zu vermeiden wird Fürstliches Consistorium ersucht in Zukunft die Cassenbestände in der Rechnung nach den Rubriken a. Depositen, b. Vorschüsse, c. Cassenbestände aufzuführen, wird vor Einnahme in den Etat gesetzt:

Vermögensbestand der Synodalkasse

1. Capitalien	6000 Mark à	4%
"	10000 Mark à	$3\frac{1}{3}$%
"	8000 Mark à	$3\frac{1}{3}$%
Sa.	24000 Mark.	

2. Vorschüsse an die geistliche Wittwenkasse unverzinslich

6537 Mark

Sa. 30537 Mark.

Auf Beschlus der Synode wird dem Wort Einnahme: „Während der Etatsperiode 1882 bis 1886 zugesetzt.

Zu Einnahme Tit. I. Als Bestand aus der Rechnung de $18^{81}/_{82}$ wird angesetzt: 3263 Mark.

Tit. II wird der Antrag Seiff, das Wort „Zuschuß" fortzulassen, angenommen. Er lautet: Aus der Landkasse 50000 Mark für jedes Jahr der Etatsperiode.

Bei Tit. III Zuschuß aus der Kirchenkasse zu St. Marien 2c. fand sich nichts zu erinnern.

Zu Tit. IV Hebung $^1/_2$ Simplum Classen- und Einkommensteuer 2c. pos. 12300 Mark für die Etatsperiode wird genehmigt; zu demselben aber der Antrag der Finanzcommission „Synode wolle Fürstliches Consistorium ersuchen, dasselbe möge mit Zuziehung des Synodalvorstandes die Hebung des $^1/_2$ Simplums Classen- und Einkommensteuer für das 4. Jahr sistieren, wenn sich ein Ueberschuß von annähernd 12000 Mark über die Bestände der Synodalkasse von c. 23000 ergeben sollte angenommen.

Bei Tit. V wird beschlossen: Tit. V als besonderen Tit. V Zinsen mit den Positionen je 573 Mark für die 3 ersten Jahre und 273 Mark für das letzte Jahr der Etatsperiode zu setzen.

Hinzugefügt wurde Tit. VI Vermischte Einnahmen mit je 227 Mark.

Als Generalsumme der Einnahme wurde demnach pro $18^{82}/_{83}$ = 66662 Mark; pro $^{83}/_{84}$ = 63400 Mark; $^{84}/_{85}$ = 63400 Mark; $^{85}/_{86}$ = 63100 Mark in den Etat gesetzt.

Dadurch entsteht ein Defizit für alle 4 Jahre; für $^{82}/_{83}$ von 1484 Mark; für $^{83}/_{84}$ von 2152 Mark; für $^{84}/_{85}$ von 5658 Mark; $^{85}/_{86}$ von 11,159 Mark. Die Finanzcommission beantragt: Synode wolle beschließen, Fürstliches Consistorium zu ersuchen, diese Deficits aus den Beständen der Synodalkasse zu decken und dazu das Capital von 8000 Mark zu $3^1/_3\,^0/_0$ zuerst zu verwenden. Der Antrag wird angenommen. Es würden demnach nach dem obigen Anschlage den Beständen zu entnehmen sein pro $^{82}/_{83}$ = 1484 Mark; pro $^{83}/_{84}$ = 668 Mark; pro $^{84}/_{85}$ = 3506 Mark; pro $^{85}/_{86}$ = 5501 Mark; in Summa 11,159 Mark. Es bliebe hiernach der Vermögensbestand nach Ablauf des 4. Finanzjahres 12,841 Mark, und würde dazu das Vermögen der geistlichen Wittwenkasse mit 11 000 Mark hinzukommen, also das Vermögen der Synodalkasse 23,841 Mark betragen.

Zu Ausgabe.

Tit. I fand sich nichts zu erinnern.

Tit. II wurde unverändert mit der Position von je 9618 Mark nach der Vorlage genehmigt.

Bei Tit. III Gehalte der Prediger. A. Bisherige Gehaltszuschüsse Position 23 955 Mark fand sich nichts zu erinnern.

Bei B. Gehaltszulagen ꝛc. wurden die Positionen pro $^{82}/_{83}$ = 9165 Mark; pro $^{83}/_{84}$ = 9018 Mark; pro $^{84}/_{85}$ = 9788 Mark; pro $^{85}/_{86}$ = 10 915 Mark angenommen.

Bemerkt wird hierzu, daß nach Beschluß der Synode 1) Bei Pfarre Lipperode dem jetzigen Pastor daselbst die Einnahme für seine Mühwaltung

in Cappel vokationsmäß beim Anschlage seiner Pfarre nicht anzurechnen ist. 2) bei Barntrup der Antrag der Finanzcommission: Synode wolle dem Superintendenten Zeiß soviel Zulage zu seiner Stelleneinnahme bewilligen, als er als Pastor von Barntrup rechtlich beanspruchen kann, angenommen. 3) bei Pfarre Wöbbel auf Antrag der Finanzcommission der Beschluß gefaßt wurde, daß dem Pastor von Wöbbel die vom Consistorium angesetzten 75 Mark Transportkosten nach Schieder von seinem Gehalte abgesetzt und nicht mit in Anschlag gebracht werden.

Ferner wurden zu diesem Tit. die beiden Anträge der Finanzcommission: a) Synode wolle beschließen, daß bei Aufstellung der Pfarrgehalte nur die catastermäßigen Accidenzien berechnet werden b) die Gehaltserhöhung, nicht wie es bisher gehalten, vom 1sten des folgenden Quartals, sondern von dem Tage der Anstellung an zu berechnen.

Tit. IV Gehalt emeritierter Prediger wurden die Positionen 4500 M. für $18^{82}/_{83}$; 4500 M. für $^{83}/_{84}$; 6000 M. für $^{84}/_{85}$ und 6000 M. $^{85}/_{86}$ für den Etat angenommen.

Bei Tit. V ist nichts zu erinnern.

Bei demselben wurde der Antrag des Synod. Krücke II „Synode wolle beschließen, Fürstliches Consistorium zu ersuchen, eine Ablösung der Position des Tit. V nebst denen der Tit. VII und Tit. VIII zu bewirken, von der Synode angenommen.

Tit. VI A Pensionen, werden die Positionen 1—14 der Vorlage genehmigt. Als Position 15 werden als Pension der Wittwe Superintendent Clüsener 300 Mark in den Etat aufgenommen, nachdem dazu der dahin gehende Antrag der Petitions- und

Finanzcommission „Synode wolle auf die Petition der Witwe Clüsener dahin beschließen, das Gesuch derselben Fürstlichem Consistorium zur thunlichsten Berücksichtigung zu überweisen.

Hinsichtlich der Petition der Pastorin Neubourg in Lemgo um Erhöhung ihrer Pension von 300 Mark auf 450 Mark wurde bei Beratung dieses Titels auf Antrag der Finanzcommission beschlossen, das Gesuch der Pastorin Neubourg Fürstlichem Consistorio mit dem Ersuchen zu überweisen, dasselbe nach Prüfung der Verhältnisse thunlichst zu berücksichtigen.

Tit. VI B wird mit der Position pro $18^{82}/_{83}$ = 450 Mark; $^{83}/_{84}$ = 1350 Mark; pro $^{84}/_{85}$ = 1800 Mark; pro $^{85}/_{86}$ = 2225 Mark angenommen. Desgleichen Tit. VII und VIII wie Tit. IX mit dem Zusatz „für die 2te Pfarre in Detmold."

Tit. X Position 1—3 wird nach der Vorlage angenommen, hinzugefügt wird nach Beschluß der Synode Position 4 mit 500 Mark für jedes der 4 Etatjahre „für außerordentliche Unterstützungen in außerordentlichen Fällen. Die Verfügung über diese Summe steht nach Beschluß der Synode dem Consistorium mit Synodalvorstande zu. Demnach ist die jedesmalige Etatsumme von Tit. X 1550 Mark.

Zu Tit. XI ist nichts zu erinnern.

Bei Tit. XII werden für die ersten 2 Jahre je 3500 Mark, für das 3. und 4. Jahr je 4000 Mark in den Etat aufgenommen.

Bei Tit. XIII, Tit XIV und XV ist nichts zu erinnern.

In Tit. XVI wird nach eingeholter Genehmigung Fürstl. Cabinetsministeriums die Position 5000 Mark

eingesetzt, in welcher 200 Mark Gratifikation an Consistorialpedell Schulte für seine Mühewaltung während der Tage der Synode und bei den Sitzungen des Synodalvorstandes im Laufe dieser Etatsperiode auf einstimmigen Beschluß nach dem Antrage der Finanzcommission einbegriffen sind.

Auf Antrag der Finanzcommission wird die Hinzufügung eines Tit. XVII Zuschuß zur geistlichen Wittwenkasse mit den Positionen 1263, 1381, 1499 und 1617 für das betreffende Jahr der Etatsperiode beschlossen.

Demnach beläuft sich die ganze Summe der Ausgabe pro $18^{82}/_{83}$ auf 68,147 Mark; pro $^{83}/_{84}$ auf 65,552 Mark; pro $^{84}/_{85}$ auf 69,058 Mark; $^{85}/_{86}$ auf 74,259 Mark, welche auf Antrag der Finanzcommission als Ausgabe des Etats der Finanzperiode vom 1. Juli 1882 — 1886 von der Synode angenommen wurde.

Der Etat der Synodalkasse liegt in der Form, in welcher derselbe aus den Verhandlungen der Synode hervorgegangen ist, als Anlage 4 bei.

Zu dem Etat wurden folgende 2 Anträge der Finanzcommission:

1) Synode wolle beschließen, der geistlichen Wittwenkasse bis zu 11,000 Mark vorzuschießen und dann das Vermögen derselben in obigem Betrage zur Synodalkasse sich überweisen zu lassen.

2) Synode wolle beschließen, Fürstliches Consistorium zu ersuchen, daß in Zukunft die Synodalrechnung alljährlich mit den Belägen dem Synodalvorstande vorgelegt und zur Prüfung und Abnahme derselben mindestens ein Mitglied des Synodalvor-

standes zugezogen werde, damit der Synodalvorstand einen klaren Einblick in die Rechnungsführung gewinne.

5. Vorlage die Agende betr.

Die Vorlage ist gemäß § 9 der Verordnung die Einführung einer Landessynode betr. vom 12. Sept. 1877 zwei Mal beraten.

Folgende Veränderungen des Entwurfs wurden von der Synode beschlossen:

S. 1 des gedruckten Entwurfs in der Ueberschrift zu setzen:

I. Gebete.

a) Vor der Predigt am Sonntag

Gebet Nr. 1 Zeile 1 am Schluß „Amen" hinzuzufügen.

Zeile 5 statt „arme elende Kinder arme Sünder"; statt „untüchtig ohne Dich zum Guten" „ohne Dich untüchtig zum Guten".

Zeile 6 statt „zu allem Bösen" „zum Bösen.

Zeile 11 statt „um des unschuldigen Leidens willen Deines lieben Sohnes Jesu Christi „um des unschuldigen Leidens Deines Sohnes Jesu Christi willen" zu setzen.

Gebet Nr. 2

Zeile 5 zu streichen: durch Deinen heiligen Geist.

Gebet Nr. 3 an die Stelle desselben Nr. 5 der jetzigen Agende zu setzen.

Gebet Nr. 4.

Zeile 3 statt „die eines zerschlagenen" 2c. zu setzen „die zerschlagenen" 2c.

Gebet Nr. 5

Zeile 12 statt „Sabbathe" zu setzen „Sabbath" und in letzter Zeile vor Ehre „einen Punkt".

Gebet Nr. 6

Zeile 15 zu streichen „mit Thränen" und Zeile 17 statt „unserer" erbarmen zu setzen „unser erbarmen".

Gebet Nr. 7. An die Stelle derselben zu setzen Nr. 14 der jetzigen Agende in etwas redigirter Gestalt.

Gebet Nr. 8 statt guter Werken Zeile 9 zu setzen „Werk". — Zeile 17 statt „Bis" „bis"; Zeile 24 statt „Namen" „Samen"; Zeile 25 statt „behalten" „bewahren" zu setzen, im vorletzten Satz zu streichen „einen Sabbath nach dem andern" und statt „dahinkommen" zu setzen „dahin kommen".

Gebet Nr. 9 S. 5 Zeile 3 zu streichen „mitten"; Zeile 7 statt „uns dereinst" zu setzen: „dereinst uns" und am Schluß zu streichen „und Erlöser".

Gebet Nr. 10

Zeile 2 statt geoffenbart zu setzen: „offenbaret".

Gebet Nr. 11

Zeile 6 zu setzen statt „Blick" „Blicke"; Zeile 14 statt „Ernst" „Ernste"; Zeile 16 statt „Geiste" „Geist".

Eingefügt wird als Gebet Nr. 12 Nr. 2 der jetzigen Agende; als Nr. 13 Gebet Nr. 6 derselben; als Nr. 14 Gebet Nr. 7 derselben; als Nr. 15 Gebet Nr. 7 der Würtenberger Agende pag. 185; als Nr. 16 Gebet Nr. 8 des Kirchenbuchs von Ebrard; Nr. 11 der Vorlage wird Nr. 17; Nr. 12 der Vorlage, in welchem statt „Ihr" „ihr" zu setzen ist, wird Nr. 18.

b. Nach der Predigt.

Gebet Nr. 1 Zeile 1 statt „Gütiger" „Barmherziger"; Zeile 4 statt in „unserm" „unsern" zu setzen. — S. 7 Zeile 5 zu setzen „Der Armen und Notleidenden" „Betrübten und Angefochtenen".

Das Gebet S. 10 der Vorlage „b nach der Predigt" wurde an diese Stelle mit der Nr. 2 zu setzen und am Schluß derselben die übliche Fürbitte ganz ausgedruckt einzuschalten beschlossen, sowie die Aufnahme der Einlageformel einer Fürbitte für die Communicanten in beide Gebete an passender Stelle.

Beschlossen wurde ferner, die Eingangs- und Segenssprüche vor den Sonntagsgebeten fortfallen zu lassen und statt dessen eine Anzahl derselben zum beliebigen Gebrauche an passender Stelle in die Agende, sowie durch die ganze Agende stets das Wort Gemeinde statt Gemeine zu setzen.

II. Gebete für festliche Zeiten.

Vor „Advent" ist Nr. 1 „vor Weihnachten" Nr. 2 zu setzen.

Gebet Nr. 1 wurde unverändert aufgenommen.

Gebet Nr. 2 wurde gestrichen und unter diese Nummer das Advents-Gebet Nr. 8 mit den beiden Veränderungen Zeile 10 statt „Lehre" „Laß" und Zeile 15 statt „Gnadenurteil" „Gnadenwort" gesetzt.

Gebet Nr. 3 der Vorlage bleibt. Statt „Gnadenreicher Jesu" im Eingang ist „Herr Jesu, gnadenreicher Heiland" und Zeile 16 statt: „Mache du uns auch selig" zu setzen: „Mache uns auch selig."

Gebet Nr. 4 der Vorlage wird gestrichen und an die Stelle desselben das Adventsgebet Nr. 4 der alten Agende zu setzen beschlossen.

Gebet Nr. 5 der Vorlage wird mit der Veränderung in der letzten Zeile statt damit „daß" angenommen.

Die Gebete Nr. 6 und 7 der Vorlage fallen fort.

Weihnachten.

Gebet Nr. 1 wird unverändert angenommen; desgl. Gebet Nr. 2 mit Veränderung des Ausdrucks Zeile 10 Knechtesgestalt in Knechtsgestalt.

Desgl. Nr. 3 mit der Veränderung in Zeile 9 statt „Du hast uns zugewendet" zu setzen: „in Dir ist uns erschienen" und Streichung des Wortes „bösen" in der vorletzten Reihe.

Gebet Nr. 4 wird in Zeile 7 bei „zu betrachten" das „zu" gestrichen; statt Knechtesgestalt in Zeile 10 „Knechtsgestalt" gesetzt und im letzten Satz die Worte „und Dein Leben" gestrichen.

Vor „Am letzten Sonntag im Jahre" fällt die Zahl 3 fort. Im betreffenden Gebete wird pag. 13 in Zeile 15 das Wort „können" und in Zeile 16 „wollen" gestrichen und Zeile 19 statt dieser Zeit „der Zeit" gesetzt.

Pag. 13 ist die Ueberschrift zu setzen: Jahreswechsel.

a. Jahresschluß und im Gebet p. 14 Zeile 4 das Wort „Niemand" zu streichen.

b. Neujahr Nr. 1: Als Eingangswort wurde zu setzen beschlossen:

„Jesus Christus gestern und heute und derselbe

in Ewigkeit"; in Zeile 7 statt nachhaltig „mannigfaltig"; in Zeile 9 statt und weil „da"; in Zeile 11 statt damit wir „daß wir"; in Zeile 14 statt hinzubringen „hinbringen" und in Zeile 21 statt „auf daß" „daß" zu setzen.

Gebet Nr. 2 ist in Zeile 5 „Gebete" statt Gebet zu setzen.

c. Epiphanias a Zeile 7 ist statt die „Dir" zu setzen.

b 1. pag. 16 Zeile 12 ist statt welche „welches" zu setzen;

in b 2 Zeile 5 statt in dieser Welt „in die Welt" und im Schlußsatz statt je mehr und mehr „mehr und mehr" zu setzen.

6. Passionszeit.

Nr. 1 ist unverändert angenommen.

Nr. 2 Zeile 7 ist statt es geziemet dem zu setzen „ziemte" und in Zeile 9 von unten zu streichen „heiligen".

Nr. 3 wird unverändert angenommen.

Nr. 4 Zeile 7 ist vor „Sterben" „im" zu setzen.

Nr. 5 wird unverändert angenommen.

In Nr. 6 Zeile 8 ist statt und „uns" zu setzen.

Nach Nr. 6 wird als Nr. 7 das Passionsgebet Nr. 7 der jetzigen Agende eingesetzt, daher erhalten die 4 folgenden Passionsgebete der Vorlage die Nummern: 8. 9. 10. 11.

In Gebet 7 der Vorlage p. 20 Zeile 11 ist zu setzen „wanken" statt warten.

In Nr. 8 der Vorlage Zeile 2 „werde" statt wäre.

In Nr. 9 der Vorlage am Schluß „regiereſt" ſtatt regierſt.

In Nr. 10 der Vorlage iſt im letzten Satz ſtatt laß in Dir „laß durch Dich" zu ſetzen.

7. Charfreitag.

Nr. 1 Zeile 7 iſt „das" ſtatt daß zu ſetzen.

Nr. 2 der Vorlage fällt aus und tritt Nr. 4 der Vorlage als Nr. 2 ein; in demſelben iſt pag. 23 Zeile 5 von unten der Satz: „Zeichne uns an — ſicher ſeien" geſtrichen.

8. Oſtern.

a. Oſtertag lautet „Erſter Oſtertag".

Gebet Nr. 1 Zeile 4 muß lauten: „Du haſt ihn um unſerer Sünde willen dahingegeben und um ꝛc."

Gebet Nr. 2 Zeile 11 iſt „lebet zu ſelger" ſtatt und lebt, und vor in Ewigkeit „und" einzuſchalten. Zeile 14 iſt ſtatt Chriſti „Chriſto" zu ſetzen und in der vorletzten Zeile „Chriſtum" ſtatt Chriſtus.

Gebet Nr. 3 erhält die Bezeichnung: „Auch nach der Predigt zu gebrauchen." Zeile 7 iſt ſtatt: in den Sünden „in Sünden". pag. 25 Zeile 7 iſt ſtatt unſerm „unſern" zu ſetzen.

Nr. 4 und 5 der Vorlage fallen fort.

b. 2. Oſtertag Nr. 1 iſt unverändert angenommen.

Nr. 2 fällt fort.

9. Himmelfahrt.

Nr. 2 tritt an die Stelle von Nr. 1 der Vorlage und Nr. 1 an Stelle von Nr. 2 mit der Be-

zeichnung „auch nach der Predigt zu gebrauchen." In Zeile 8 ist statt: auf daß wir ewig bei ihm seien zu setzen „auf daß wir seien wo er ist".

Nr. 2 der Vorlage ist unverändert angenommen.

Nr. 3, 4 und 5 fallen aus.

10. Pfingsten.

a. Erster Pfingsttag.

Nr. 1 beim Eingang ist zu setzen: „So spricht der Herr".

Nr. 2 der Vorlage fällt aus, an deren Stelle Nr. 4 der Vorlage tritt.

Nr. 3 der Vorlage erhält die Eingangsworte: „Dies ist der Tag, den uns der Herr gemacht hat ꝛc." und die Bezeichnung: „Auch nach der Predigt zu gebrauchen."

Nr. 4 der Vorlage Zeile 3 ist „euch" statt Euch zu setzen und am Schluß der Eingangsworte hinzuzufügen „und darnach thun". pag. 31 Zeile 3 ist statt „angeordnet" „bereitet"; Zeile 9 statt über uns Alle „uns Allen"; Zeile 12 statt gepredigt werden soll „gepredigt wird"; Zeile 16 statt über die ganze christliche Kirche „der ganzen christlichen Kirche" zu setzen.

b. Zweiter Pfingsttag.

Zeile 14 zu setzen: „in Versuchung nicht fallen" statt nicht in Versuchung fallen; Zeile 15 „im Gehorsam" statt in dem Gehorsam; Zeile 16 am Ende statt seien „sind"; Zeile 5 von unten lautet: „An allen Orten, wo — wird, wirke du selbst kräftig mit; pag. 32 Zeile ist hinter Verheißung „mehr und mehr" einzusetzen.

11. Trinitatis.

Demselben ist die Bezeichnung: „(oder auch Nr. 3 der Sonntagsgebete) beizufügen und in Zeile 2 statt Deinem „Deinen"; in Zeile 3 statt: Abgang „Abglanz"; in Zeile 4 statt: eine unvergängliche Kirche „ein unvergängliches Reich"; in derselben Zeile statt auf den Grund „dem Grunde"; in Zeile 7 statt: von der Erkenntniß „durch die Erkenntnis" und am Schluß statt: ja wo zu setzen „in der".

12. Bußtag.

Nr. 1 pag 33 Zeile 2 ist zu streichen „und haben dir Schande gemacht". Zeile 7 ist zu setzen „deine Gebote" statt dein Gebot und in Zeile 12 „Zorn" statt Eifer; im letzten Absatz Zeile 2 statt einen rechten Ernst „rechter Ernst" und am Schluß statt: daß wir genesen „so genesen wir" zu setzen.

Nr. 2 wird unverändert angenommen

13. Reformationsfest.

Gebet 1 und 3 wird gestrichen, an die Stelle von Nr. 1 der Vorlage tritt Nr. 4 unverändert.

Nr. 2 erhält die Bezeichnung: „auch nach der Predigt zu gebrauchen.

14. Erhält die Ueberschrift:
Am Schluß des Kirchenjahres.
(Todtenfest).

Gebet Nr. 1 der Vorlage wird Nr. 2 und als Nr. 2 das Gebet der Würtenberger Agende. Festgebete Nr. 2 pag. 175 mit kleinen Veränderungen aufgenommen.

In Nr. 1 der Vorlage ist in Zeile 2 statt: sammeln „versammeln" und Zeile 3 statt zubereiten „zu bereiten" zu setzen.

15. Erntedankfest.

Nr. 1, 2 und 3 werden unverändert angenommen.

16. Mission.

Am Schluß der Eingangsworte ist „Amen" zu setzen; Zeile 6 fallen die Worte: „Lasset uns beten" weg; Zeile 7 ist zu setzen statt: gelassen „gegeben"; Zeile 8 erhält den Wortlaut: „wir, denen du deinen Namen kund gethan hast, kommen ꝛc.; Zeile 13 ist statt: Gnadenwahl „Gnade" zu setzen; pag. 38 Zeile 4 statt aufgeweckt „erweckt" und in Zeile 6 statt: „die du zuerst liebest" „die noch ferne von dir sind" zu setzen.

17. Gustav-Adolph-Verein.

Das Gebet der Vorlage wird gestrichen und beschlossen, 2 Gebete und zwar als Nr. 1 ein Gebet des Synodalen Werdelmann mit kleinen Modificationen und als Nr. 2 das bezügliche Gebet aus Stier's Agende aufzunehmen.

18. Bibelfest.

Das Gebet wird unverändert angenommen, ebenso Gebet 1 und 2 der Festcommunionen, das letztere wird mit der Veränderung pag. 40 in der vorletzten Reihe „vor aufnimmst „uns" zu setzen.

In Gebet Nr. 3 Zeile 8 wird „auf morgender

Festtag" und Zeile 9 „und deinem ganzen Volke" gestrichen.

Nr. 4 wird unverändert angenommen.

Sakramente.

I. Die heilige Taufe.

Nr. 1 Zeile 4 ist zu setzen „auf den Namen" statt im Namen; Zeile 11 statt: als ein Kind „wie" ein Kind.

pag. 42 Absatz 2 erhält im Anfang die Fassung: „Lasset uns bekennen unsern christlichen Glauben, auf den dieses Kind" 2c. In Zeile 2 dieses Absatzes wird „den" vor Vater gestrichen. — Absatz 4 Zeile 1 vor „des Vaters" „Gottes" gesetzt und am Schluß desselben statt: und dabei erhalten" zu setzen „und erzogen werden" zu setzen.

Absatz 5 ist zwischen: Welchen Namen „christlichen" einzuschalten. In beiden Gebeten ist das Wort „dereinst" zu streichen. — In Zeile 2 von unten ist statt: „sein eigenes Heil befördern" zu setzen: „sein Heil gefördert werde."

Vor (der Segen) ist: „Unser Vater" zu setzen.

Nr. 2 pag. 43 ist als letztes Wort in Absatz 4 zu setzen „empfangen" statt „empfahen"; in Zeile 16 von unten „angelegenlichste" statt angelentste; Zeile 1 des Gebets erhält die Fassung: „Du hast diesem Kinde das Leben gegeben. —"

In Zeile 3 von unten wird das Wort „erlange" gestrichen.

pag. 44 Absatz 2 statt unser Vater in dem Himmel wird ein für alle Mal gesetzt: „Unser Vater der du bist im" Himmel.

Absatz 3 „Der Herr 2c." wird gestrichen.

Absatz 4 erhält die Fassung: „Lasset uns unsern christlichen Glauben bekennen, auf den das Kind getauft wird.

Absatz 7 erhält in seiner 2ten Hälfte die Fassung: „und wollet ihr auch dazu nach dem Vermögen, welches Gott darreicht, beitragen?"

Absatz 8 lautet: „Gebet dem Kinde einen christlichen Namen."

Absatz 9 beginnt: Ich taufe dich N. N.

In Zeile 3 von unten ist statt: erfreuen „erinnern" und Zeile 2 statt erhalten „behalten" zu setzen. — pag. 45 Zeile 6 „nach" vor dem Vorbilde zu streichen.

Nr. 3 wird gestrichen und statt dieses Formulares das des Synod. Werdelmann mit Einfügung der Taufhandlung von Taufformular I eingesetzt.

Nr. 4 Zeile 2 wird das Wort „Vorrechte" gestrichen.

Nach Absatz 1 wird das Wort (Glaubensbekenntnis) und an den Schluß des Formulars vor Segen (Fürbitte) gesetzt.

II. Das heilige Abendmahl.

Nr. 1 pag. 48 Absatz 4 Zeile 1 und 2 erhält die Fassung: „Darum versündigen wir uns schwer, wenn wir das Mahl des Herrn nicht unterscheiden von einem gewöhnlichen Mahle."

pag. 49. Die Absolutionsformel erhält die Fassung: „Auf dies euer Bekenntnis und Gelübde verkündige ich als Diener des Herrn, die ihr eure Sünden erkennt und bereuet und an Jesum Christum glaubt, die Vergebung aller Sünden im Namen 2c."

Allen aber, welche ihre Sünden nicht bereuen und nicht glauben an Jesum Christum, bezeuget der heilige Geist, daß ihnen ihre Sünden behalten werden. Amen."

Nr. 2 der Vorlage fällt fort, an seine Stelle tritt

Nr. 3 derselben mit folgenden Veränderungen: Zeile 1 erhält den Wortlaut: „Wir sind hier versammelt" in Zeile 8 von unten wird „schlüpfrigen", in Zeile 6 „frommen Rührungen in unserm Innern erweckt" gestrichen.

pag. 52 Absatz 3 Zeile 2 wird statt Gottes „Gebets" gesetzt.

Als Bekenntnisfragen sind die des 1. Formulars zu setzen und in Zeile 8 von unten statt: die weil „dieweil".

B. Haltung des heiligen Abendmahls Nr. 1.

In Absatz 4 pag. 53 ist statt: der für euch gegeben wird, zu setzen: „der für euch gebrochen wird."

An Stelle der drei untern Absätze von pag. 53 von: für eure Seele — Tretet nun herzu" ꝛc. tritt Folgendes: „Weilet nicht mit euren Gedanken bei dem, was sichtbar und vor Augen ist, sondern erhebet Eure Augen zu dem erhöhten Herrn „der euch diese Feier seines heiligen Mahles nach seiner Verheißung mit seiner Gnadengegenwart segnen und seine Gläubigen an ihrer Seele mit seinem gekreuzigten Leibe und vergossenem Blute zur Vergebung der Sünden und zum ewigen Leben so gewiß speisen und tränken will, als sie die sichtbaren Zeichen, Brod und Wein, nach seiner Einsetzung aus der Hand seines Dieners empfangen und genießen.

Du rufest, Herr, und siehe, wir kommen. Wir gedenken Deiner, gedenke Du auch unser! Du giebst, und wir nehmen von Deiner Fülle Gnade um Gnade. Laß uns schmecken und sehen, wie freundlich Du bist und wie wohl dem ist „der auf dich trauet. Amen."

Tretet nun herzu ꝛc.

pag. 54 oben lautet: Bei Darreichung des Brodes: Christus spricht: Nehmet, esset, das ist mein Leib, der für euch gebrochen wird, solches thut zu meinem Gedächtnis. Amen oder:

Christus spricht: Nehmet, esset, das ist mein Leib. Amen.

oder:

Christus spricht: Das ist mein Leib, der für euch gegeben wird, das thut zu meinem Gedächtnis Amen.

Bei Darreichung des Kelches.

Christus spricht: Dieser Kelch ist das neue Testament in meinem Blute, solches thut, so oft ihr es trinket, zu meinem Gedächtnis. Amen.

oder:

Christus spricht: Trinket alle daraus; das ist mein Blut des neuen Testaments, welches vergossen wird für viele zur Vergebung der Sünden. Amen.

oder:

Christus spricht: „Das ist der Kelch das neue Testament in meinem Blute, das für euch vergossen wird. Amen."

Nr. 2 der Zeile 5 ist zu setzen statt: der gesegnete Kelch, welchen wir segnen: „Der Kelch der Danksagung, womit wir danksagen."

pag. 55 soll die Ermahnung und Spendeformel wie im Formular 1 lauten.

pag. 57 Zeile 7 ist zu streichen: „nun noch zur Stärkung des Glaubens". Alles Andere bis pag. 59 „Kirchliche Handlungen" bleibt unverändert.

Kirchliche Handlungen.

1. Confirmation.

Im Eingang ist zu setzen: Im Namen Gottes des Vaters 2c.

Zeile 7 ist statt „heiligenden und" zu setzen: „heiligen, seligmachenden 2c."

pag. 60 Absatz 2 Schluß lautet: „und begehrt ihr demnach euren" Taufbund zu bestätigen und zum heiligen Abendmahl zugelassen zu werden, so antwortet: Ja.

So antwortet: Ja; ist hinter jede Frage zu setzen.

Die Aufnahmeformel lautet zum Schluß: „Daß ihr Teil habet an allen Gnaden und Segnungen der Bekenner des Evangeliums der Gläubigen. Amen."

Darnach knieen die Kinder 2c. ist einzuklammern.

Absatz 4 von unten Zeile 1 ist statt: um Jesu Christi willen: „durch Jesum Christum" zu setzen.

In Zeile 2 von unten wird „Verherrlichter Heiland" und in Zeile 1 von unten „lieben" gestrichen.

pag. 61 Schluß des 1. Absatzes ist statt: deiner seligen Gnade" zu setzen: „seligmachenden Gnade."

Die Ueberschrift lautet statt:

II. Gesang „2 Formular"

pag. 62 Die Fragen und Aufnahmeformel sind dem I. Formular conform zu machen.

Im Schlußgebet wird die Zeile 3 „lieben" gestrichen; gleichfalls im untersten Absatze die Worte:

so lange sie in diesen sterblichen Leibe wallen.

pag. 63 ist in der 7. Zeile zu streichen: wenn sie nun zurückkehren zu den Ihrigen" und Zeile 9 ist statt munter: „geschickt" zu setzen.

Vor III Ordination ꝛc. werden mit II die Copulationsformulare der kleinen Agende unverändert eingefügt.

III. Ordination und Introduction.

Bei Nr. 1 ist die Bemerkung in Klammern zu setzen: (Bei der Ordination und Introduction eines Pastors, der noch nicht Geistlicher in einer Gemeinde war.)

Absatz 1 Zeile 10 ist statt: worden „werden" zu setzen.

Absatz 2 Zeile 2 ist statt: eines evangelisch protestantischen Geistlichen vertreten will" zu setzen: „eines evangelisch reformierten Geistlichen antreten will.

pag. 64 Zeile 9 von unten ist nicht zu streichen.

pag. 65 wird Frage 3 der jetzigen Agende sub Nr. 3 bis „zu bedienen begehren" eingeschaltet und Frage 3 der Vorlage wird Frage 4. —

In Zeile 12 von unten ist statt: Ordians „Ordinator" zu setzen.

pag. 66 Zeile 12 von oben ist statt: die ihr dieser Gemeinde zugehörig seid „die ihr zu dieser Gemeinde gehört" zu setzen.

II. Introduction oder Einführung ꝛc.

Absatz 1 wird gestrichen.

pag. 67 Zeile 15 ist statt: geben werden „geben

müssen" zu setzen. Zeile 11 von unten ist statt: die ihr dieser Gemeinde zugehörig seid zu setzen „die ihr zu dieser Gemeinde gehört" zu setzen.

IV. Einführung der Kirchenvorsteher ist in der Ueberschrift Zeile 2 Kirchenvorsteher zu streichen.

Absatz 6 Zeile 4 muß heißen: „dem ungöttlichen" 2c.

pag. 69 Zeile 1 ist Kirchenvorsteher zu streichen.

Zeile 14: Geistlicher: Reichet mir zur Bekräftigung eures Gelübdes die rechte Hand" wird gestrichen. —

Mit vorstehenden Veränderungen wird die Agende einstimmig angenommen.

Zu dieser Vorlage werden 3 Beschlüsse und zwar

1) Die Agende möge in der Octavform der jetzigen Agende herausgegeben;

2) Dem Worte des Titels evangelischen das Wort „reformiert" zugefügt werden.

3) Fürstliches Consistorium wird ersucht in Gemeinschaft mit dem Synodalvorstande bei Herausgabe der Agende in dem Format der kleinen Agende ein Material von Leichen- und Begräbnisgebeten und einer Auswahl von passenden Schriftstellern zusammenstellen zu wollen für den Gebrauch des Pastors und im Behinderungsfalle desselben für den Cantor und Lehrer.

Die Agendevorlage liegt in der Form, in welcher sie aus den Beratungen der Landessynode als Anlage 5 an.

Der Bericht „die Vorlage" das Gesangbuch betr. liegt an.

II.

Anträge.

1. Auf das Gesuch des Vereinsgeistlichen Burckhardt in Bielefeld, welches folgenden Wortlaut hat:

Hochwürdiger Synode

hiermit zu hochgeneigter Kenntnisnahme die ergebenste Mitteilung, daß der Unterzeichnete bereit ist, alle etwa von auswärts nach Bielefeld in Dienst oder Lehre tretenden Knaben oder Mädchen selbst oder mit Hülfe der Vereinsdiaconen, sowie der Vorstandsmitglieder des hiesigen Jünglings- und Jungfrauenvereins auf Wunsch oder Mitteilung seitens der Geistlichen, Lehrer oder Eltern aufzusuchen, zu besuchen und christlicher Gemeinschaft zuzuführen.

Dies Anerbieten geschieht auf dringenden Wunsch auswärtiger Pastoren, welche mit Sorge die eben von ihnen Confirmierten aus dem Schutz des Elternhauses und der Heimat in die versuchungsvolle fremde Stadt ziehen sehen, wo sie von Niemandem gekannt, beraten, gewarnt, geschützt aber von dem gottlosen Treiben, zumal an den freien Sonntagen, so schwer bedrängt und so leicht christlicher Kirche und Glauben entfremdet werden. Unterzeichneter bittet daher alle Geistlichen und wem sonst die Sache am Herzen liegt, um Mitteilung des Namens, sowie möglichst genauer Adresse des nach Bielefeld verzogenen Knaben oder Mädchen, sowie um alljährliche Erneuerung solcher Mitteilung vor oder kurz nach der Confirmation.

Es wird auf jede solche Mitteilung möglichst umgehend und ausführlich Bericht erstattet werden.

Der Vereinsgeistliche f. i. M.

P. J. Burckhardt.

An
Hochwürdige Synode Detmold
z. H. des Herrn Superintendenten Krücke
zu
Langenholzhausen.

beantragt die Petitionscommission:

„Synode wolle beschließen, das Schreiben des Vereinsgeistlichen Burckhardt Fürstlichem Consistorium zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

2. Verfassungscommission beantragt auf den von Syn. Zeiß und Genossen gestellten Antrag:

„Es kommt in neuer Zeit nicht selten vor, daß die seit unvordenklichen Zeiten üblichen Accidenzien, welche als außerordentliche Gebühr bei der Taufe unehelicher Kinder (gewöhnlich 3 M. für den Pastor und 1,50 M. für den Küster) und bei der Taufe eines ersten ehlichen, aber über 2 Monate zu früh geborenen Kindes (1,50 M. und 75 Pfg.) zu entrichten sind, geweigert werden, meistens unter dem Vorgeben, daß dieselben mit den s. g. Unpflichtsstrafen aufgehoben seien.

Da nun den Geistlichen nicht zugemutet werden kann, auf diese Einnahme ohne Weiteres zu verzichten, oder auch, auf ihre eigenen Kosten deshalb einen Prozeß zu beginnen, der wahrscheinlich durch mehrere Instanzen zu führen und dessen Ausgang zweifelhaft ist, so wird hiermit beantragt:

Versammelte Landessynode wolle entweder beschließen, daß beregte Accidenzien aufgehoben werden und Ersatz dafür aus der Synodalkasse geleistet werde, oder unter Uebernahme der entste-

henden Kosten Auftrag zur Durchführung des Prozesses erteilt werde.

Emil Zeiß. Th. Krücke. E. Meier.
Märtens.

Synode wolle beschließen, den Antrag Fürstlichem Consistorio zur Prüfung zu überweisen. Derselbe wird angenommen.

3. Verfassungscommission beantragt, den Antrag Syn. Zeiß und Genossen:

Da § 15, 4 der Verordnung, die Kirchenvorstände betr., vom 18. Febr. 1876, resp. 29. Aug. 1878, in welchen es heißt: dem Kirchenvorstande gemeinschaftlich mit den Stellvertretern steht zu:

„die Veranlagung von kirchlichen Steuern nach Maßgabe der bestehenden und noch weiter zu erlassenden Verordnungen" —

in Praxi eine verschiedene Auslegung erfährt und zwar in der Weise, daß in einigen Gemeinden die Stellvertreter nur zugezogen werden, um den Steuerfuß festzustellen, nachdem der Kirchenvorstand eine Ausgabe beschlossen hat, dadurch eine Steuererhebung nötig wird; in anderen hingegen die Stellvertreter mitberaten und beschließen, sobald es sich um eine Ausgabe handelt, durch welche die Erhebung einer Kirchensteuer notwendig wird; es aber höchst wünschenswert erscheinen muß, in allen Gemeinden der Landeskirche ein gleichmäßiges Verfahren herbeizuführen, so beantrage hiermit:

Versammelte Landessynode wolle ein authentische Interpretation vorstehender Bestimmung zu erwirken suchen.

Emil Zeiß, Th. Krücke, E. Meier, Märtens.

dahin zu beantworten: „Die gesetzlichen Bestimmungen

über die Zuziehung der Stellvertreter zu den Verhandlungen des Kirchenvorstandes sind dahin zu verstehen, daß sie in Fällen zu geschehen haben, in welchen Ausgaben in Fragen stehen, welche die Erhebung einer Kirchensteuer erfordern.

Fürstliches Consistorium wird ersucht, durch Circularverfügung eine gleichmäßige Anwendung des Gesetzes zu veranlassen.

Der Antrag ist angenommen.

4. Finanzcommission beantragt: Synode wolle beschließen: daß der jedesmalige Generalbericht des Synodalvorstandes über die Verhandlungen der Landessynode nebst der darauf erfolgten Antwort Fürstlichen Cabinetsministeriums bezw. Consistoriums gedruckt und dieser Beschluß auf den Generalbericht und den darauf erfolgten Bescheid Fürstlichen Consistoriums in Betreff der ersten Landessynode ausgedehnt werde.

Der Antrag wird angenommen.

5. Die Verfassungscommission beantragt auf den Antrag Zeiß und Genossen:

Es hat, wie allgemein anerkannt sein wird, seine Schwierigkeiten, die Kirchensteuer der Einzelgemeinden gemäß den Bestimmungen des Gesetzes v. 16. Mai 1827 fernerhin nach dem Brandkataster zu heben. Eine Neuordnung der Steuerverhältnisse ist dringendes Bedürfnis geworden, auch nach § 15, 4 der Verordnung, die Kirchenvorstände ꝛc. betr. vom 18. Febr. 1876 in Aussicht gestellt.

Deshalb wird hiermit beantragt:

Versammelte Landessynode wolle beschließen, daß unter Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen die Kirchensteuer in den einzelnen Gemeinden, welche zur

Bestreitung laufender Ausgaben aufzubringen sind, nach der Classen- und Einkommensteuer erhoben werden, solche Steuern hingegen, welche aus andern Gründen nötig werden, namentlich zu Neubauten und bedeutendern Reparaturen (über 300 Mark), sowie zur Erwerbung von Grundstücken und sonstigen liegenden Eigentum, nach Grund-, Gebäude- und Klassen- resp. Einkommensteuer in gleichen Simplen zu erheben sind.

Emil Zeiß, E. Meier, C. Cronemeyer, G. Neubourg.

„Synode wolle beschließen, denselben Fürstl. Consistorium mit dem Gesuche zu überweisen, eine dem Antrage entsprechende Gesetzesvorlage zu veranlassen.

Der Antrag ist angenommen.

6. Verfassungscommission beantragt auf den Antrag Zeiß und Genossen:

„Da die Bezeichnung „Stellvertreter" in unseren neuen kirchlichen Verordnungen keine rechte Bedeutung mehr hat, ja zu irrtümlicher Auffassung Anlaß giebt, so wird versammelte Landessynode ersucht, zu beantragen, daß in den betreffenden Verordnungen statt „Stellvertreter" — „Beisitzer" gesetzt werde.

Sollte diese Veränderung beliebt werden, so bitte ferner zu beschließen, daß statt der Bezeichnung „Kirchenvorsteher" der bei uns Jahrhunderte hindurch gebräuchlich gewesene Ausdruck „Kirchenälteste" wieder hergestellt werde.

Emil Zeiß, C. Cronemeyer, Th. Krücke, Schemmel.

Fürstliches Consistorium möge denselben bei passender Gelegenheit berücksichtigen.

Derselbe ist angenommen.

6. Synode beschließet nach Beratung des Antrags Krücke 2 und Genossen in pleno:

Da durch die Eisenacher Kirchenconferenz eine gegenseitige Anerkennung der theol. Examina auf gleicher Grundlage der Anforderungen an den zu Examinirenden angestrebt wird, und wir in unserm Lande an sich schon den Wunsch hegen, daß eine Aenderung der Examinationsordnung eintrete, so wolle Hohe Synode beschließen: Hochfürstl. Consistorium wird ersucht, dahin wirken zu wollen, daß künftig hin die Examinationscommission unsers Landes gebildet werde von den zwei theol. Mitgliedern des Consistoriums, dem Vorsitzenden der Synode, einem von der Synode zu erwählenden Pastor und einem im Amte stehenden Prof. der Theologie.

Da aber an unsern Universitäten ein Prof. der reform. Dogmatik sich nicht befindet, möge durch Hochfl. Consistorium unsere Hohe Staatsregierung ersucht werden, dahin rechten Orts zu wirken, daß in Rücksicht auf die Reformierten in Hannover, Hessen, Lippe und sonst ein Lehrstuhl der ref. Dogmatik an der Universität Göttingen oder Marburg errichtet werde.

Th. Krücke, L. Krücke, C. Mörs, Dreves denselben Fürstlichem Consistorio zur Berücksichtigung zu überweisen.

8. Synode beschließt auf den Antrag des Synodalen Krücke 2 und Genossen:

Da die Verordnungen über die Parochialverhältnisse vom 7. Oct. 57 und vom 18. Oct. 75 die Verhältnisse in mancher Beziehung noch im Unklaren lassen, sodaß sogar eine wesentliche Differenz der Anschauungen zwischen Cabinetsministerium und Synodalvorstand hervorgetreten ist und allseitig eine Neuregelung gewünscht wird, so wolle Hohe Synode beschließen:

Hochfürstliches Consistorium ist zu ersuchen, indem ihm beifolgender Entwurf überreicht wird, durch denselben Anlaß zu nehmen, dahin zu wirken, daß nächstens der Synode eine Vorlage über ein Parochialgesetz gemacht werde.

Th. Krücke, Schemmel, Seiff, Emil Zeiß, C. Cronemeyer

nach Beratung desselben in pleno, den Antrag Fürstl. Consistorio zur Berücksichtigung zu überweisen, ohne daß sie den Inhalt des Entwurfs sich aneigne.

9. Verfassungscommission beantragt in Betreff des Antrags Werdelmann und Genossen:

In der Verordnung Fürstl. Consistoriums v. 22. Mai 1876, Nachweisung der erfolgten Ausfälle an Einnahmen durch Accidenzien betr., heißt es sub 4: Ausfall von Leichengebühr:

„Zur Vermeidung von Irrtümern wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß eine Verpflichtung zur Anzeige eines Sterbefalls bei dem betreffenden Pastor behufs Eintragung in das Kirchenbuch, bezw. zur Einholung der Erlaubnis zur Beerdigung der Leiche nur in dem Falle gesetzlich begründet ist, wenn der Begräbnisplatz, auf welchem die Leiche beerdigt werden soll, ein kirchlicher Todtenhof ist. Alsdann müssen auch die bisherigen Leichengebühren entrichtet werden, und zwar ohne Unterschied, ob eine Begleitung der Leiche seitens des Pastors oder eine s. g. stille Leiche stattfindet. — Soll die Leiche dagegen auf einem s. g. communalen Todtenhofe beerdigt werden, so ist eine Verpflichtung zur Anzeige des Sterbefalles gesetzlich nicht begründet und sind also die bisherigen Leichengebühren nur in dem Falle zu erheben, wenn ein Sterbefall aus freiem Willen desjenigen, wel-

chem die Einholung der Erlaubnis zur Beerdigung obliegt, dem Pastor behufs Eintragung des Sterbefalls in das Kirchenbuch angezeigt wird."

Hiernach ist also für eine Leiche, die auf einem communalen Todtenhofe beerdigt wird, die Gebühr nur dann anforderbar, wenn der Sterbefall dem Pastor behufs Eintragung in das Kirchenbuch angezeigt wird.

Am Schlusse des Passus heißt es sodann: „Die Ortspolizeibehörde hat von jeder Beerdigung auf communalen Todtenhöfen den betr. Geistlichen zu benachrichtigen, damit dieser der ihm nach der Verordnung vom 24. März 1855 (L. V. B. XI S. 303) obliegenden Pflichten nachkommen kann." — Diese Verordnung schreibt in § 1 vor: „Die evangelischen Geistlichen des Landes sind verbunden, die Leichen aller nach der Confirmation verstorbenen Gemeindeangehörigen ohne Unterschied des Standes und Vermögens zu Grabe zu geleiten und im Trauerhause oder an der Gruft die ihnen vom Consistorium vorgeschriebenen liturgischen Handlungen zu vollziehen."

Darnach hätte der Pastor die Beerdigung einer Leiche auf einem communalen Todtenhofe auch dann vorzunehmen, wenn eine Anmeldung behufs Eintragung in das Kirchenbuch nicht geschehen ist und also auch keine Gebühr entrichtet wird.

So wird thatsächlich in einer dem Antragsteller bekannten Gemeinde, die einen communalen Todtenhof hat, seitens des Pastors verfahren.

Er begleitet Leichen, die auch nicht zur Eintragung in's Kirchenbuch angemeldet sind und stellt die Gebühren der Synodalkasse in Rechnung. In anderen Gemeinden, die communale Todtenhöfe haben,

wird die Sache so aufgefaßt, daß die kirchliche Begleitung die Eintragung in das Kirchenbuch involviert, sodaß, wo diese nicht geschieht (und also auch keine Gebühr entrichtet wird) auch jene nicht stattfindet.

Es ist durchaus wünschenswert, daß hier ein gleichmäßiges Verfahren in allen Gemeinden, die communale Todtenhöfe besitzen, eintrete und wolle daher Synode beschließen, daß Consistorium zu ersuchen sei, betreffs der Bestimmungen über die Beerdigungen auf communalen Todtenhöfen eine genaue Instruction zu erlassen, resp. eine authentische Interpretation dieser Bestimmungen zu bewirken.

Werdelmann, Dreves, L. Krücke,
W. Weerth.

„Synode wolle beschließen, den Antrag Fürstl. Consistorio zur Veranlassung einer Entscheidung der angeregten Frage zur gleichmäßigen Behandlung der Sache mitzuteilen.

Der Antrag ist angenommen.

10. Synodale Dreves, Weerth und Genossen stellen den Antrag:

Veränderung der Verordnung, die Emeritierung der reformierten Pastoren des Landes betr. vom 29. Aug. 1878:

„Synode wolle beschließen: Dem § 1 der Verordnung vom 29. Aug. 1878 ist folgende Fassung zu geben.:

§ 1.

„Jeder im Dienste der evangelischen Kirche des Landes stehende Pastor hat, wenn er in Folge von Krankheit teilweise oder ganz dienstunfähig geworden, das Recht, einen Hülfsprediger anzunehmen oder sich emeritieren zu lassen.

Nach vollendetem 40. Dienstjahre bezw. nach vollendetem 70. Lebensjahre steht ihm das Recht zu, sich emeritieren zu lassen.

Den § 6 dahin abzuändern, daß a linea 2: „Der Nachfolger u. s. w. fortfällt.

Fürstliches Consistorium zu ersuchen, hochgeneigtest höchsten Orts beantragen zu wollen, daß diese Veränderungen der besagten Verordnung „thunlichst bald" gesetzliche Kraft erhalte."

Der Antrag wurde, nachdem derselbe von der Verfassungs- und Finanzcommission der Landessynode beraten und zur Annahme empfohlen war, von der Synode angenommen.

Indem der Synodalvorstand vorstehendem Generalbericht die sämmtlichen Protocolle der zweiten Landessynode beifügt, ersucht er, Fürstliches Consistorium das Weitere veranlassen zu wollen.

Der Synodalvorstand.

gez. L. Krücke. W. Weerth. Chr. Krecke.

Verordnung,

den Termin für den Amtsantritt der Kirchenvorsteher und Stellvertreter wie der Klassensuperintendenten betreffend, vom 19. October 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen unter Zustimmung der Landessynode zur Ergänzung der §§ 10, 11 und 25 der Verordnung,

die Kirchenvorstände pp. vom 18. Februar 1876 betreffend, wie folgt:

§ 1.

Die von den stimmberechtigten Gemeinegliedern gewählten Kirchenvorsteher und Stellvertreter treten ihr Amt am 1. September und die von den Klassenversammlungen gewählten und Höchstlandesherrlich bestätigten Klassensuperintendenten treten ihr Amt am 1. December des Jahres an, in welchem ihre Wahl erfolgt ist.

§ 2.

Die betreffenden Wahlen sind so zeitig vorzunehmen, daß diese Termine eingehalten werden können.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit der Publication in Kraft und wird Unser Consistorium mit Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 19. October 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Verordnung,

die Abänderung des § 17 wegen der Kirchenvorstände pp. vom 18. Februar 1876 betreffend, vom 19. October 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr

und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen unter Zustimmung der Landessynode, wie folgt:

§ 1.

§ 17, vierter Absatz der Verordnung, die Kirchenvorstände pp. betreffend, vom 18. Februar 1876 wird in der Art abgeändert, daß er lautet:

Die Versammlung ist beschlußfähig, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes anwesend sind. Bei mangelnder Beschlußfähigkeit der Versammlung haben die ohne genügende Entschuldigung, über welche der Kirchenvorstand vorbehältlich des Recurses an das Consistorium zu befinden hat, ausgebliebenen Kirchenvorstandsmitglieder eine Ordnungsstrafe im Betrage von 0,50 bis 3 Mark zur Kirchencasse zu zahlen. Ist eine ordnungsmäßig berufene Versammlung des Kirchenvorstandes nicht beschlußfähig gewesen, so wird eine andere Versammlung mit dem Bemerken anberaumt, daß die dann Erschienenen über die vorliegende Sache Beschluß zu fassen berechtigt seien.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit der Publication in Kraft und wird Unser Consistorium mit Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 19. October 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Verordnung,

den Beitritt der lutherischen Gemeinden des Landes zur Landessynode betr., vom 19. October 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen hinsichtlich des Beitritts der lutherischen Gemeinden des Landes zur Landessynode in Gemäßheit von § 15 der Verordnung, die Einführung einer Landessynode betreffend, vom 12. September 1877 unter Zustimmung der Landessynode, wie folgt:

§ 1.

Die vier lutherischen Gemeinden zu Detmold, St. Nicolai zu Lemgo, St. Marien zu Lemgo und zu Bergkirchen treten der Landessynode bei.

§ 2.

Die Verordnung, die Einführung einer Landessynode betreffend, vom 12. September 1877 gilt auch für die lutherischen Gemeinden des Landes, ohne daß ihr Bekenntnißstand, wie er sich namentlich in den Bekenntnißschriften der lutherischen Kirche, in Gottesdienstordnung und in kirchlichen Lehr- und Gesangbüchern darstellt, dadurch berührt oder in der Landessynode darüber verhandelt wird.

Andererseits haben die lutherischen Mitglieder der Landessynode in allen den Gegenständen, welche den Bekenntnißstand der reformierten Kirche des Landes betreffen, sich der Betheiligung an der Debatte und der Abstimmung zu enthalten.

§ 3.

Die lutherischen Gemeinden des Landes wählen nach Maßgabe der Vorschrift in § 3 der Synodal-Ordnung vom 12. September 1877 aus ihrer Mitte zur Landessynode drei Abgeordnete, nämlich einen Prediger und zwei Laien.

§ 4.

Die lutherischen Gemeinden des Landes haben

1. ihre Kirchenvorstände da, wo es nicht, wie in der Gemeide zu Detmold nach ihrem von Uns genehmigten Gemeindestatut vom 8. März 1875 in ähnlicher Weise schon geschieht, nach Vorschrift der für die reformierten Gemeinden gültigen Verordnungen, die Kirchenvorstände u. s. w. betreffend, vom 18. Februar 1876 und die Abänderung der §§ 7. 8. 9 u. s. w. betreffend vom 29. August 1878 zusammenzusetzen;
2. zu einer Classe zusammenzutreten, welche nach Maßgabe der bezüglichen Bestimmungen der Verordnung, die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger und die Classenversammlungen der reformierten Kirchengemeinden des Landes betreffend, vom 18. Februar 1876, nur mit der Abweichung gebildet wird, daß sie auf ihrer jedesmaligen Jahresversammlung einen Geistlichen zum Vorsitzenden wählt, welcher im Behinderungsfalle durch das an Dienstjahren älteste geistliche Mitglied der Classe vertreten wird. Der Vorsitzende ernennt ein Mitglied der Versammlung zum Schriftführer.

Im Uebrigen bleiben die inneren Einrichtungen

der lutherischen Gemeinden, ihre statutarischen Vorschriften, ihre Selbstständigkeit und ihr Verhältniß unter einander so wie ihre Stellung zu Unserem Consistorium unberührt. Es werden deshalb auch die Geschäfte eines Superintendenten für die lutherischen Gemeinden durch das lutherische Mitglied Unseres Consistoriums besorgt.

§ 5.

Die drei Verordnungen, die Emeritirung, die Pension der Witwen und Waisen und die Gehaltsverbesserung der reformierten Pastoren des Landes betreffend, vom 29. August 1878 finden auch auf die lutherischen Pastoren des Landes und deren Witwen und Waisen Anwendung.

§ 6.

Die § 2, § 4 erster und letzter Absatz, § 6 und § 7 Nr. 4 der Verordnung, die Einführung einer Landessynode betr., vom 12. September 1877 werden in der Art abgeändert, daß

I.

§ 2 lautet:

Die Landessynode besteht aus

1. den drei Superintendenten,
2. drei von dem Landesherrn zu ernennenden weltlichen Mitgliedern,
3. sieben zu wählenden Predigern,
4. elf zu wählenden Laien.

Von den zu wählenden Predigern wählt jede der drei Classen Detmold, Brake und Varenholz zwei, die lutherische Classe einen; von den zu wählenden

Laien wählt jede der drei Classen Detmold, Brake und Varenholz je drei, die lutherische Classe zwei. Außer den Abgeordneten werden eben so viel Stellvertreter gewählt. Für jede ordentliche Synode findet eine neue Wahl statt.

II.

a, § 4, erster Absatz, lautet:

Die Wahl der Abgeordneten zur Landessynode erfolgt innerhalb jeder Classe unter Leitung des Superintendenten, bez. in der lutherischen Classe unter Leitung des Vorsitzenden, in der der Landessynode zunächst vorhergehenden Classenversammlung.

b, § 4, letzter Absatz, lautet:

Ueber die Wahlen ist ein Protokoll aufzunehmen, vom Schriftführer, vom Superintendenten, bzw. in der lutherischen Classe vom Vorsitzenden, und von zwei andern Mitgliedern des Wahlcollegiums zu unterzeichnen und an das Consistorium einzusenden.

III.

§ 6 lautet:

Die Mitglieder der Landessynode legen bei ihrem Eintritt in die Synode nachstehendes Gelöbniß ab:

> Ich gelobe vor Gott, daß ich meine Obliegenheiten als Mitglied der Synode sorgfältig und treu, dem Worte Gottes und den bestehenden kirchlichen Ordnungen gemäß, erfüllen und darnach trachten will, daß die Kirche in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus.

IV.

§ 7, Nr. 4, lautet:

Die Landessynode ist berechtigt, an den Prüfungen der reformierten Candidaten der Theologie Theil zu nehmen und tritt zu diesem Zwecke der Vorsitzende der Synode als Mitglied der theologischen Examinations-Commission mit vollem Stimmrecht ein.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Publication in Kraft.

Mit der Ausführung derselben ist Unser Consistorium beauftragt.

Detmold, den 19. October 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Circular-Verfügung
an die Pastoren des Landes, Beerdigungen auf communalen Todtenhöfen betr., vom 6. November 1882.

Anläßlich eines Antrages der diesjährigen Landessynode werden die Herren Pastoren des Landes hierdurch benachrichtigt, daß sie die Leichen, deren Beerdigung auf communalen Todtenhöfen erfolgt, nur dann zu begleiten haben, wenn die Leiche zur Eintragung in das Kirchenbuch angemeldet ist, und daß Ausfälle

an Einnahme von Accidenzien niemals berechnet werden dürfen, wenn eine auf einem communalen Todtenhofe beerdigte Leiche von dem Pastor begleitet ist.

Detmold, den 6. November 1882.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Circular-Verfügung

an die Kirchenvorstände der reformierten Gemeinen des Landes, die Abänderung des § 17 der Verordnung wegen der Kirchenvorstände ꝛc. betr., vom 18. Februar 1876, vom 6. November 1882.

Zu der Verordnung, die Abänderung des § 17 wegen der Kirchenvorstände ꝛc. vom 18. Febr. 1876 betreffend, vom 19. Octbr. 1882 wird dem Antrage der Landessynode entsprechend, folgende Instruction erlassen:

Eine ordnungsmäßig berufene Versammlung des Kirchenvorstandes ist eine solche, zu welcher rechtzeitig, spätestens einen Tag zuvor eine schriftliche die Angabe der Tagesordnung enthaltende Einladung erfolgt ist.

Die Bestimmungen der genannten Verordnung finden selbstverständlich auch auf die Versammlungen des Kirchenvorstandes Anwendung, an welchen die Stellvertreter Theil zu nehmen haben.

Gleichzeitig wird einem weiteren Antrage der Landessynode entsprechend bestimmt, daß die Stell-

vertreter stets zu den Versammlungen der Kirchenvorsteher hinzuzuziehen sind, wenn es sich um Berathung über Ausgaben handelt, welche die Erhebung einer Kirchensteuer erfordern.

Detmold, den 6. November 1882.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Verordnung,

die Abänderung des § 6 der Verordnung wegen der Emeritirung der reformierten Pastoren des Landes vom 29. August 1878 betreffend, vom 16. November 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg 2c. 2c. verordnen unter Zustimmung der Landessynode wie folgt:

§ 1.

§ 6 zweiter Absatz der Verordnung, die Emeritirung der reformierten Pastoren des Landes betreffend, vom 29. August 1878 wird in der Art abgeändert, daß er lautet:

Wenn das dem Nachfolger verbleibende Einkommen nicht die Höhe des Einkommens erreicht, welches ihm nach seinem Dienstalter zusteht, so wird die fehlende Summe aus der Synodalkasse zugeschossen.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit der Publication in Kraft und wird Unser Consistorium mit der Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 16. November 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Circular-Verfügung

an die reformierten Pastoren des Landes, die neue Agende betr., vom 10. September 1883.

Die neue Agende, welche unter dem heutigen Tage den reformierten Kirchenvorständen des Landes zugesandt wird, ist spätestens vom 1. October d. J. ab in Gebrauch zu nehmen und bei den Gottesdiensten 2c. zu benutzen. Es bleibt übrigens den Herren reformierten Pastoren unbenommen, bei außerordentlichen Fällen sich eines anderen agendarischen Materiales zu bedienen, vorausgesetzt, daß dasselbe mit dem Glaubensgrunde und Bekenntniß unserer nach Gottes Wort reformierten Kirche übereinstimmt.

In Bezug auf die Einsetzungsworte der heiligen Taufe und des heiligen Abendmahles sowie auf das apostolische Glaubensbekenntniß, auf die Bekenntnisfragen bei der Confirmation und auf die Einsegnungs-

formel bei der kirchlichen Trauung und bei der Ordination ist eine Abweichung nicht gestattet.

Detmold, den 10. September 1883.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Circular-Verfügung
an die reformierten Kirchenvorstände des Landes, die neue Ausgabe des Gesangbuches betr., vom 15. Octbr. 1883.

Von der zweiten Landessynode ist der Beschluß gefaßt, es solle die neue Ausgabe des Gesangbuches in der Art zur Einführung kommen, daß vom 1. October d. J. ab in allen reformierten Kirchen des Landes die Nummern der Gesänge nur nach der neuen Ausgabe des Gesangbuches angegeben würden. Der Druck der neuen Ausgabe des Gesangbuches ließ sich jedoch bis zum 1. October d. J. nicht fertig stellen, ist aber jetzt vollendet. Es wird nun im Einvernehmen mit dem Synodalvorstande als Termin, von wo ab die Nummern der Gesänge in den reformierten Kirchen des Landes nur nach der neuen Ausgabe des Gesangbuches angegeben werden dürfen, der 2. December d. J. (1. Advent) bestimmt. Es ist danach zu verfahren und den Gemeinen an den beiden vorhergehenden Sonntagen von der Kanzel die bezügliche Mittheilung zu machen.

Die neue Ausgabe des Gesangbuches ist dem Beschlusse der zweiten Landessynode nach mit größerer

und mit kleinerer Schrift gedruckt. Die mit größerer Schrift gedruckte Ausgabe kostet wie bisher roh 70 Pf., die mit kleinerer Schrift gedrnckte 1 M.

In die neue Ausgabe des Gesangbuches, deren Nummern im Uebrigen genau mit denen des bisherigen s. g. neuen Gesangbuches übereinstimmen, sind unter folgenden Nummern Gesänge theils aus dem s. g. alten Gesangbuche theils anderswoher aufgenommen:

Nummer 3;
" 13;
" 18;
" 32;
" 33;
" 34;
" 52;
" 53;
" 96;
" 97;
" 113;
" 118;
" 123;
" 130;
" 148;
" 153;
" 178;
" 185;
" 186;
" 246;
" 262;
" 269;
" 288;
" 294;

Nummer 311;
" 313;
" 343;
" 364;
" 369;
" 373;
" 438;
" 441;
" 483;
" 484;
" 490;
" 495;
" 497;
" 508;
" 510;
" 517;
" 538;
" 567;
" 599.

Da nicht beabsichtigt wird, das s. g. neue Gesangbuch, welches zur Zeit in den meisten reformierten Gemeinen des Landes in ausschließlichem Gebrauche steht, außer Gebrauch zu stellen, ist zu beachten, daß die vorstehend bezeichneten Gesänge zum Gebrauch bei den Gottesdiensten in den reformierten Kirchen des Landes einstweilen nicht gewählt werden dürfen. Es darf dies erst geschehen, wenn nach Ansicht des Kirchenvorstandes die neue Ausgabe des Gesangbuches in solcher Zahl im Gebrauche steht, daß unbedenklich auch diese Gesänge gewählt werden können.

Weiter ist bei dem Gebrauche der neuen Ausgabe des Gesangbuches noch zu beachten, daß nach Beschluß der zweiten Landessynode bei einer Anzahl

von Gesängen, die sich unter derselben Nummer in dem s. g. neuen Gesangbuch finden, einzelne Verse ausgefallen sind. Es werden die Nummern dieser Gesänge unter Angabe der Verse des s. g. neuen Gesangbuches, welche ausgefallen sind, wie folgt bezeichnet:

Nummer 8 Vers 5.
" 10 " 8 u. 9.
" 15 " 13.
" 17 " 9 u. 14.
" 19 " 6, 7 u. 8.
" 22 " 4 u. 5.
" 56 " 4, 5 u. 10.
" 68 " 6.
" 93 " 8, 9 u. 13.
" 94 " 9.
" 106 " 3, 5 u. 6.
" 121 " 6.
" 169 " 8, 9, 11, 12, 13, 15, 16 u. 17.
" 207 " 5.
" 216 " 5 u. 7.
" 221 " 6.
" 247 " 5.
" 268 " 5.
" 296 " 11, 12 u. 13.
" 303 " 7 u. 11.
" 317 " 5.
" 318 " 12.
" 328 " 10.
" 332 " 7 u. 8.
" 344 " 8 u. 9.
" 349 " 11 u. 18.
" 351 " 6.

Nummer	352	Vers	7.
"	358	"	9.
"	367	"	9 u. 10.
"	371	"	6.
"	379	"	7.
"	390	"	7.
"	392	"	5.
"	410	"	9.
"	411	"	5 u. 7.
"	434	"	11 u. 12.
"	443	"	6.
"	445	"	8.
"	448	"	12 u. 13.
"	460	"	7 u. 8.
"	462	"	6 u. 7.
"	479	"	4.
"	480	"	3 u. 4.
"	488	"	10 u. 14.
"	496	"	3, 4, 5 u. 8.
"	501	"	5.
"	525	"	6.
"	536	"	13 u. 14.
"	556	"	5 u. 6.
"	560	"	5 u. 6.
"	561	"	5.
"	563	"	7.
"	571	"	6.
"	577	"	8, 10, 14 u. 15.
"	584	"	5.

Es ist dies bei dem Gebrauche der neuen Ausgabe des Gesangbuches zur Vermeidung aller Störung des Gesanges in den Gottesdiensten zu beachten.

Der neuen Ausgabe des Gesangbuches ist vielfach geäußertem Wunsche entsprechend eine Anzahl Gebete im Anhang beigefügt.

Wir hegen die Zuversicht, daß die neue Ausgabe des Gesangbuches zur Hebung und Förderung des christlichen Glaubens und Lebens in den reformierten Gemeinen des Landes unter dem Segen Gottes dienen werde.

Detmold, den 15. October 1883.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Circular-Verfügung

an die Kirchenvorstände der reformierten Gemeinen des Landes, die Formulare für Beerdigungen betr., vom 10. Decbr. 1883.

Einem Höchstlandesherrlich genehmigten Beschlusse der zweiten Landessynode entsprechend haben wir unter Benutzung des uns von den Herrn Superintendenten Zeiß-Barntrup, Pastor Werdelmann-Detmold und Pastor Schmidt-Wüsten eingereichten Materiales Formulare für Beerdigungen hergestellt und in dem Format der sogen. kleinen Agende drucken lassen.

Die Formulare kosten pro ungebundenes Exemplar 1 Mk. und sind auf Kosten der Kirchenkassen anzuschaffen.

Die Kirchenvorstände wollen binnen 8 Tagen angeben, wie viele Exemplare dieser Formulare sie zu beziehen wünschen.

Detmold, den 10. December 1883.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

Verfügung

auf die Berichte über das Ergebniß der Berathungen der zweiten Landessynode im Jahre 1882 vom 18. Februar 1884.

Dem Synodalvorstande erwiedern wir auf die Berichte vom 29./30. Juli und 8./10. August 1882, Ergebnisse der Berathungen der zweiten Landessynode betr., Folgendes:

I. Vorlagen.

1. Verordnung, den Beitritt der lutherischen Gemeinen des Landes zur Landessynode betr.

Die von der Landessynode gestellten unwesentlichen Aenderungsvorschläge sind genehmigt und ist die betr. Verordnung unter dem 19. Oct. 1882 Gesetzsammlung de 1882 No. 34 erschienen.

Im Anschlusse an diese Verordnung ist dem Antrage der Landessynode entsprechend der lutherischen Gemeine zu Detmold der Wunsch ausgesprochen, sie möge ihr Gemeinestatut der Verordnung vom 18. Febr. 1876 bzw. vom 29. August 1878 conform machen.

2. Verordnung, die Abänderung des § 17 wegen der Kirchenvorstände pp. vom 18. Febr. 1876 betr.

Die von der Landessynode beantragte redaktionelle Aenderung ist genehmigt, und ist die betr. Verordnung unter dem 19. Oct. 1882 Gesetzsammlung de 1882 No. 33 erschienen.

Die von der Landessynode beantragte Instruction zu dieser Verordnung ist unter dem 6. Nov. 1882 No. 2431 von uns erlassen.

3. Verordnung, den Termin für den Amtsantritt der Kirchenvorsteher und Stellvertreter wie der Klassensuperintendenten betr.

Die Verordnung, zu welcher Abänderungsvorschläge nicht gemacht waren, ist unter dem 19. Oct. 1882 Gesetzsammlung de 1882 No. 32 erschienen.

4. Etat der Synodalkasse pro 1. Juli 1882 — 30. Juni 1886.

Die zur Einnahme gestellten Anträge der Landessynode sind genehmigt, nur steht die Beschlußfassung darüber, ob die Hebung von $^1/_2$ Simpl. Klassen- und classificirter Einkommensteuer im 4. Jahre der Etatperiode unterbleiben soll, bis dahin aus, wo sich ergeben, daß der Stand der Kasse die Unterlassung der Erhebung gestattet.

Die zur Ausgabe gestellten Anträge, daß

a. dem Pastor zu Lipperode die Vergütung für seine Mühewaltung in Cappel bei dem Anschlage seiner Pfarre nicht anzurechnen sei;
b. dem Superintendenten Zeiß zu Barntrup so viel Zulage zu seiner Stelleneinnahme zu bewilligen sei, als er als Pastor von Barntrup rechtlich beanspruchen könne;

c. dem Pastor zu Wöbbel 75 Mk. für Transportkosten nach Schieder bei Berechnung seines Gehaltes zu gute zu rechnen seien,

sind genehmigt.

Die weiter zur Ausgabe gestellten Anträge, daß der Wwe. Superintendent Clüsener jährlich 300 Mk. vom 1. Juli 1882 an und der Witwe Pastor Neubourg zu Lemgo weiter noch 150 Mk. jährlich vom 1. Juli 1882 an bewilligt werden möchten, sind genehmigt und ist der letztere Betrag in Tit. X in Ausgabe gestellt.

Dem zu Tit. V, VII u. VIII der Ausgabe auf Ablösung dieser Ausgabeposten zielenden Antrage hat nicht entsprochen werden können, da der Ablösung erhebliche Bedenken entgegenstehen.

In Tit. X der Ausgabe ist es genehmigt, daß für außerordentliche Unterstützungen ein Betrag von 500 Mk. ausgeworfen wird, doch ist bestimmt, daß vor Gewährung der von uns mit Zustimmung des Synodalvorstandes für angemessen erachteten Unterstützungen in jedem Falle, so lange nicht eine anderweite Verfügung ergangen, die Genehmigung Fürstlichen Cabinets-Ministeriums einzuholen sei. Die sonstigen zu den Ausgabe-Titeln des Etats gestellten Anträge der Landessynode und namentlich die bezüglich der der geistlichen Witwenkasse zu leistenden Vorschüsse und der Zuziehung des Synodalvorstandes bei der Abnahme der Jahresrechnung der Synodalkasse gestellten Schlußanträge sind genehmigt.

5. Die Agende der evangelisch reformierten Kirche im Fürstenthume Lippe ist den Anträgen der Landessynode entsprechend fertig gestellt und eingeführt. cf. Verfügung vom 10. Sept. 1883 No. 1999. Auch

sind Formulare für Beerdigungen herausgegeben. cf. Verfügung vom 10. Dec. 1883 No. 2905.

6. Das Gesangbuch ist den Anträgen der Landessynode entsprechend fertig gestellt. Da der Druck des Gesangbuches sich nicht so zeitig fertig stellen ließ, daß die Einführung am 1. Oct. 1883 hätte erfolgen können, ist das Gesangbuch unter Zustimmung des Synodalvorstandes am ersten Adventssonntage 1883 eingeführt. cf. Verfügung vom 15. Oct. 1883 No. 2282.

Das Melodienbuch ist jetzt unter Benutzung der von der Melodienbuchscommission gelieferten Ausarbeitung von uns mit Zustimmung des Synodalvorstandes druckfertig hergestellt und wird im Laufe dieses Frühjahres im Drucke erscheinen. Wir bemerken dazu, daß die Melodien in Ziffern nicht erscheinen werden, da der Gebrauch der Melodien nach Ziffern in den Schulen des Landes nicht gestattet ist.

II. Anträge.

1. Schreiben des Vereinsgeistlichen Burckhardt zu Bielefeld betr.

Es muß den Eltern und Vormündern solcher Kinder, welche in Bielefeld in Dienst oder in die Lehre treten, überlassen werden, ob sie von dem Anerbieten des Vereinsgeistlichen Gebrauch machen wollen, und darf erwartet werden, daß dies Anerbieten den Eltern und Vormündern durch diejenigen, welche sich den Bestrebungen des gedachten Vereines anschließen, bekannt wird, nachdem dasselbe auch auf der Landessynode seine Besprechung gefunden hat.

2. Dem Gesuche der Landessynode, die aufgeworfene Frage wegen der Gebüren bei der Taufe un-

ehelich geborener Kinder einer Prüfung zu unterziehen, haben wir entsprochen und die Ueberzeugung gewonnen, daß die Anstrengung eines Processes nicht räthlich ist, cf. unser Verfügung an den Synodalvorstand vom 1. Nov. 1883 No. 2504.

3. Dem Antrage in Bezug auf § 15, 4 der Verordnung wegen der Kirchenvorstände vom 18. Febr. 1876 und vom 29. Aug. 1878 haben wir durch den letzten Absatz der Verfügung vom 6. Nov. 1882 No. 2431 entsprochen.

4. Der Abdruck der Generalberichte des Synodalvorstandes und der darauf erfolgten Resolutionen ist genehmigt und werden die betreffenden Schriftstücke in nächster Zeit im Drucke erscheinen.

5. Die gesetzliche Regelung des Steuerfußes, nach welchem die Kirchensteuern für die einzelnen Kirchengemeinen zu heben sind, erscheint dringend erforderlich. Wir haben eine entsprechende Verordnung ausgearbeitet, und wird dieselbe, wenn sie die Höchstlandesherrliche Genehmigung erhält, der nächsten Landessynode vorgelegt werden.

6. Die Prüfung der Frage, ob die Bezeichnung „Kirchenvorsteher und Stellvertreter" in „Kirchenälteste und Beisitzer" zu verändern sei, kann einstweilen ausstehen.

7. Der Ausführbarkeit des bezüglich anderweiter Zusammensetzung der theologischen Examinationscommission für das hiesige Land gestellten Gesuches stehen zu erhebliche Bedenken entgegen, als daß demselben entsprochen werden könnte.

8. Die anderweite Regelung der Parochialverhältnisse erscheint dringend nothwendig. Nachdem jetzt der Eintritt der lutherischen Gemeinen in den Syno-

dalverband erfolgt ist, werden wir unter Benutzung des von den einzelnen Kirchenvorständen bzw. von den Klassenversammlungen und der lutherischen Classis vorgelegten Materiales eine Verordnung demnächst ausarbeiten und dieselbe, wenn sie Höchstlandesherrlich genehmigt wird, der nächsten Landessynode vorlegen.

9. Dem Antrage bezüglich der Leichengebühren bei Beerdigungen auf communalen Todtenhöfen haben wir durch die Verfügung vom 6. Nov. 1882 No. 2431 entsprochen.

10. Der Antrag, durch Abänderung der Vorschrift in § 1 der Verordnung, die Emeritirung der Pastoren des Landes betr., vom 29. August 1878 den Pastoren das Recht zuzusprechen, sich nach vollendetem vierzigsten Dienstjahre oder nach vollendetem siebenzigsten Lebensjahre auch dann emeritiren zu lassen, wenn sie noch dienstfähig, ist nicht genehmigt. Dagegen ist dem Gesuche um Aufhebung der Vorschrift im zweiten Absatze des § 6 der gedachten Verordnung durch die Verordnung vom 16. Nov. 1882 Gesetzsammlung de 1882 No. 39 entsprochen.

Schließlich bemerken wir noch, daß wir einem von der 2. Landessynode geäußerten, aber im Generalberichte nicht erwähnten, Wunsche entsprechend, die seit dem Jahr 1876 in Bezug auf die Kirchenvorstände und anläßlich der Berathungen der Landessynode erlassenen Verordnungen und Verfügungen demnächst im Drucke erscheinen lassen werden.

Detmold, den 18. Febr. 1884.

Fürstlich Lippisches Consistorium.
B. Meyer.

88 30902

Lippische Landesbibliothek
04371055

W. Bünermann
Papier- und Schreibwaren
Buchbinderei-Bildereinrahmung
Detmold, Krummestr. 5

